





<36700011550011

<36700011550011

Bayer. Staatsbibliothek

R VI 3175

Philos. Nr. 665.

Hufeland

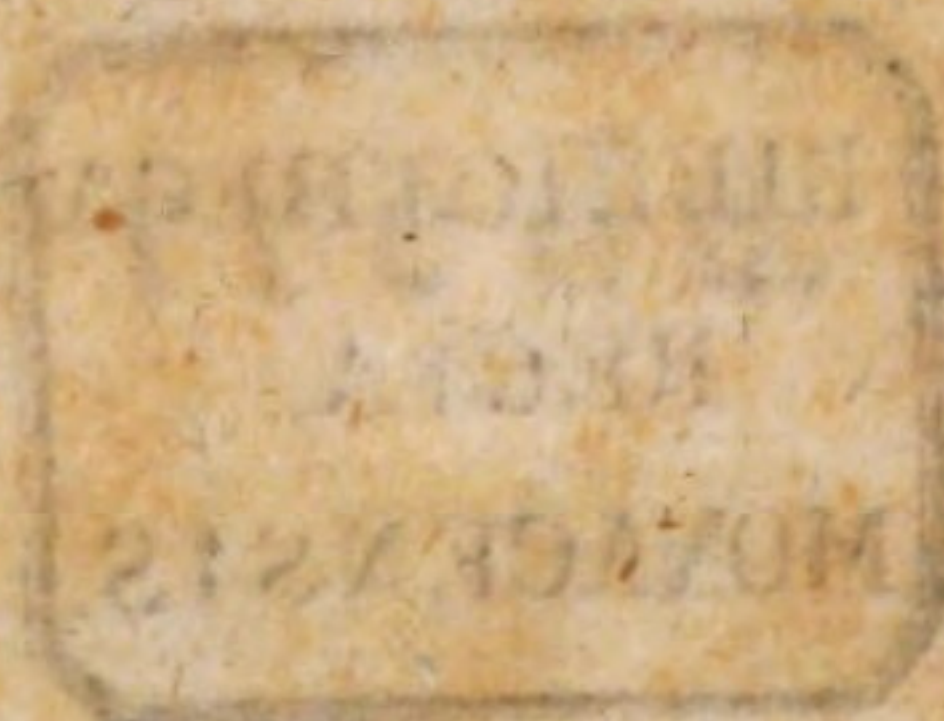
Philos. Jus Nat. Scr. varia. 1680.

R

Lehrfätze des Naturrechts

und

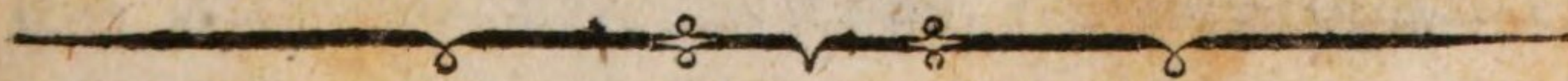
der damit verbundenen Wissenschaften



von

Gottlieb Hufeland,

der Welt - Weisheit und Rechte Doctor und der letztern
öffentlichem Lehrer auf der Universität zu Jena.



J e n a

bey Christ. Heinr. Cuno's Erben.

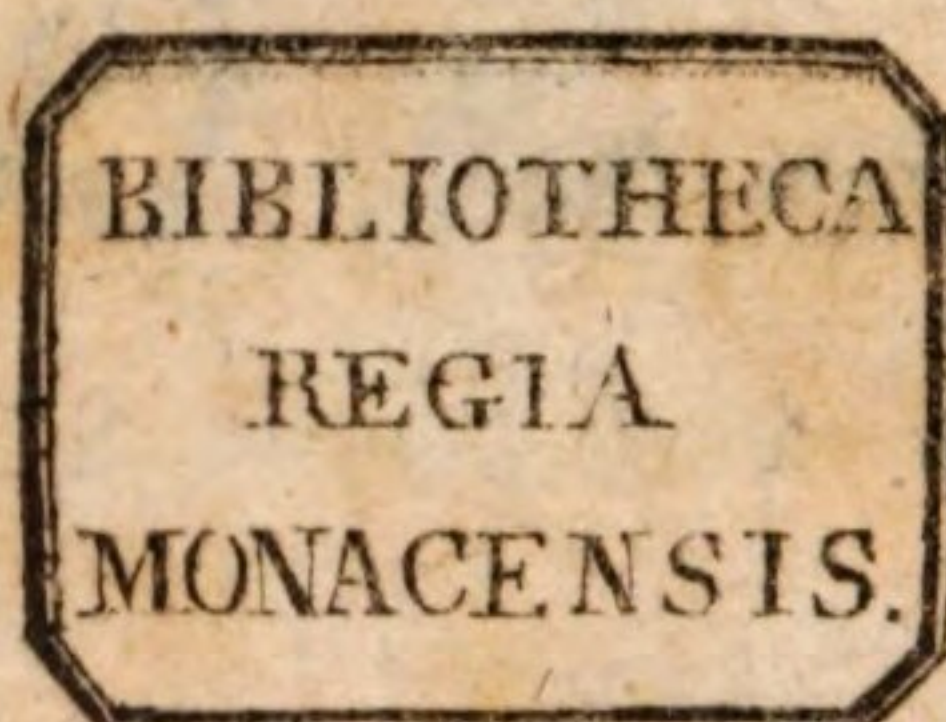
1790.

Lehrstühle

des Naturrechts

und

der damit verbundenen Wissenschaften



von

Gottlieb Hufeland.

der Welt - Weisheit und Rechts Doctor und der besten
österreichischen Lection auf der Universität zu Jena.

Leipzig

bey Christl. Heidegger's Erben

1799

Vorrede.

Da es mir bey dem von andern Behandlungen ziemlich abweichenden Plan meiner Vorlesungen über die zum Naturrecht im allgemeinen Sinn zu rechnenden Wissenschaften, der vielleicht einigen meiner Leser schon aus meinem 1785. erschienenen *Versuch über den Grundsatz des Naturrechts* bekannt ist, nicht ohne grofse und für die Zuhörer verdrießliche Unbequemlichkeit möglich war, irgend eins von den schon vorhandenen Lehrbüchern zum Grunde zu legen, und da das schon seit fünf Jahren versuchte Dictiren

der Paragraphen immer lästiger ward; so mußte ich mich zur öffentlichen Bekanntmachung derselben entschließen. Dieser Hauptbewegungsgrund zu der Herausgabe dieses Buchs wird hoffentlich manchem Mangel desselben, der bey noch längerem Durchdenken und Feilen vielleicht hätte vermieden werden können, zu einiger Entschuldigung dienen. Ungemein erfreulich würde es indessen für mich seyn, wenn unter dem, was etwa neues oder doch nicht ganz gewöhnliches in demselben enthalten ist, vielleicht einige Behauptungen von Philosophen, Rechtsgelehrten oder Politikern einiger Aufmerksamkeit sollten würdig gefunden werden.

Ich habe, so viel möglich, in den Paragraphen selbst die eigentlichen Lehrsätze, oder die Entwicklung des ganzen Systems, darzulegen, in den Noten aber zweckmäßige und, soviel für Vorlesungen erforderlich ist, vollständige Erläuterungen und Rücksichten auf andere Behauptungen, Einwürfe etc. beyzubringen gesucht

gesucht und überhaupt darauf gesehen, daß nichts einigermaßen bedeutendes übergangen werde, was sonst in den Vorlesungen über das Naturrecht vorgetragen wird, gesetzt es gehörte auch nach meiner Ueberzeugung nicht im strengsten Sinne dazu.

Literatur habe ich nur wenig beygebracht, so leicht es mir auch gewesen wäre, eine recht vollzählige aus *Meister bibliotheca juris naturae*, aus den reichhaltigen Compendien der Herren *Höpfner*, *Ulrich* u. a. herauszuziehen; allein ich sehe den Nutzen derselben bey einem Compendium über diese Wissenschaft nicht recht ein. Wer bloße Büchertitel sucht, der kann sich in jenen Schriften, die ich deshalb bey dem Abschnitt von der Literatur der Wissenschaft (S. 24.) auch besonders genannt habe, leicht Rathshol. Dem Anfänger in der Wissenschaft können die Büchertitel bloß allein ohne Urtheil gar nichts nützen; und ein Urtheil über alle hinzuzufügen, würde in der That die Vorlesungen weit über die für sie be-

stimmte Zeit ausdehnen; daher ich mich bloß auf die Anführung allgemeiner und ganz besonders wichtiger Werke eingeschränkt habe. Zu dem kommt noch, daß Literatur zur bloßen gründlichen Erlernung dieser Wissenschaft an sich gar nicht nöthig ist. Bey positiven Wissenschaften muß man wissen, auf welchen Zeugnissen die vorgetragenen Sätze beruhen und da ist es also nothwendig, oder wenigstens verdienstlich, den Anfänger gleich auf die Quellen hinzuweisen. Allein das ist ganz anders bey philosophischen Wissenschaften, wo man bloß eigener Ueberzeugung, nicht aber den Zeugnissen anderer, zu folgen hat.

Wenn man freylich zu gleicher Zeit mit einer vollständigen Geschichte jeder Lehren bekannt gemacht wird, und also zugleich die verschiedenen Grundsätze der einzelnen Schriften selbst und ihr Verhältniß zu einander erfährt, dann wird Literatur sehr wichtig. Allein zu einer solchen Geschichte der einzelnen Lehren ist noch zu wenig vorgearbeitet; ich selbst

habe schon viele einzelne Data dazu gesammelt, aber man kann damit nicht wohl eher ins Publicum, bis sie einigermaßen vollständig ist. Vielleicht kann ich einmal bey einer neuen Ausgabe, falls dies Buch dazu kommen sollte, einen Versuch davon liefern. Bey den Hauptlehren habe ich schon jetzt einige Data angegeben, und werde sie im mündlichen Vortrage noch weniger vergessen.

Noch giebt man als einen Vortheil der in Compendien beygebrachten Literatur an, daß der Zuhörer dadurch im Stand gesetzt werde, selbst über das gehörte weiter nachzulesen. Diesen Vortheil habe ich, so weit er mir Vortheil scheint, zu befördern gesucht, indem ich diejenigen Schriften oder Stellen bey einzelnen Materien angeführt habe, deren Behauptungen ganz, oder doch beynahe ganz, mit den meinigen übereinstimmen. Andre zum eignen Nachlesen ohne weitere Anleitung zu empfehlen, scheint mir für den Anfänger einer solchen Wissenschaft, ehe er ganz mit derselben

bekannt geworden, gar nicht zweckmässig. Je-
 ner Absicht wegen habe ich dann vorzüglich
 auch auf die Lehrbücher hiesiger Universitäts-
 Lehrer, welche mit mir am meisten überein-
 stimmten, verwiesen, um dem Anfänger den
 so nöthigen Zusammenhang aller, zumal der
 angränzenden, Wissenschaften recht sichtbar
 und geläufig zu machen.

Inhalt.

Einleitung.

I. Begriff und Zweck des Naturrechts. S. 1.

II. Theile des Naturrechts und damit verbundene Wissenschaften. S. 8.

III. Nutzen des Naturrechts. S. 12.

IV. Geschichte des Naturrechts. S. 14.

V. Literatur des Naturrechts. S. 20.

Erster

Inhalt.

Erster Theil. *Eigentliches Naturrecht.*

**I. Hauptstück. *Gründung und allgemeine Entwicklung
des Naturrechts.***

**I. Abschnitt. *Erfodernisse der wissenschaftlichen Behand-
lung des Naturrechts. S. 25.***

**II. Abschnitt. *Ableitung des Grundsatzes des Natur-
rechts. S. 30.***

**III. Abschnitt. *Entwicklung der Bestandtheile der Voll-
kommenheit. S. 43.***

**IV. Abschnitt. *Allgemeine Folgerungen aus dem Grund-
satze. S. 45.***

II. Haupt-

Inhalt.

II. Hauptstück. *Absolutes oder ursprüngliches Naturrecht.*

I. Abschnitt. *Rechte.*

I. Abtheilung. *Erhaltung der eigentlichen Bestandtheile der ursprünglichen eignen Vollkommenheit.*

S. 32.

II. Abtheilung. *Erhaltung des Vermögens sich zu vervollkommen. S. 57.*

III. Abtheilung. *Resultate aus dem vorhergehenden.*

S. 64.

IV. Abtheilung. *Rechte für andre Menschen. S. 68.*

III. Ab-

Inhalt.

II. Abschnitt. *Art zu verletzen.* S. 70.

III. Abschnitt. *Art zu schützen.* S. 73.

IV. Abschnitt. *Regeln für Collisionen.* S. 76.

Anhang. *Was gehört nicht in das absolute Naturrecht?* S. 81.

III. Hauptstück. *Hypothetisches Naturrecht.*

I. Abschnitt. *Allgemeines hypothetisches Naturrecht.*

I. Abtheilung. *Einleitung.* S. 82.

II. Abtheilung. *Rechte des Eigenthums.* S. 84.

III. Abtheilung. *Rechte in Ansehung der Verträge.*

S. 104.

I. An-

Inhalt.

I. Anhang. *Was gehört nicht in diese Lehre von
den Verträgen?* S. 128.

II. Anhang. *Was gehört nicht in das hypothetische
Naturrecht überhaupt?* S. 129.

II. Abschnitt. *Gesellschaftliches Recht.*

I. Abtheilung. *Allgemeines Gesellschafts - Recht.*
S. 132.

II. Abtheilung. *Ehe.* S. 142.

III. Abtheilung. *Gesellschaft zwischen Eltern und
Kindern.* S. 150.

IV. Abtheilung. *Gesellschaft zwischen Herrn und
Knecht.* S. 158.

V. Ab-

Inhalt.

V. Abtheilung. *Familie.* S. 160.

VI. Abtheilung. *Religionsgesellschaft.* S. 161.

Zweyter Theil. *Allgemeines Staatsrecht.*

I. Hauptstück. *Einleitung.*

I. Abschnitt. *Literarische Vorbereitung.* S. 171.

II. Abschnitt. *Metapolitische Einleitung.* S. 176.

II. Hauptstück. *Absolutes allgemeines Staatsrecht.*

I. Abschnitt. *Gründung des allgemeinen Staatsrechts.*

S. 178.

II. Abschnitt. *Rechte der Oberherren im Staate.* S. 183.

III. Ab-

Inhalt.

III. Abschnitt. Rechte der Unterthanen im Staate.

S. 196.

III. Hauptstück. Angewandtes Staatsrecht, S. 201.

Dritter Theil. Allgemeines Völkerrecht.

I. Abschnitt. Vorbereitung. S. 206.

II. Abschnitt. Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts.

S. 210.

III. Abschnitt. Ursprüngliche Rechte eines Volks. S. 213.

IV. Abschnitt. Erworbene Rechte eines Volks. S. 217.

V. Abschnitt. Art zu verletzen. S. 231.

VI. Abschnitt. Art zu schützen. S. 232.

Vier-

Inhalt.

Vierter Theil. Allgemeines bürgerliches Recht.

I. Abschnitt. Vorbereitung. S. 244.

**II. Abschnitt. Was ändert der Eintritt in den Staat
an den Rechten der einzelnen Menschen. S. 249.**

**III. Abschnitt. Was darf der Staat an den Rechten der
einzelnen Menschen ändern? S. 252.**

**IV. Abschnitt. Was muss der Staat an den Rechten
der einzelnen Menschen ändern? S. 270.**

Ein-

Einleitung

I. Begriff und Zweck des Naturrechts.

§. 1.

Alle willkührliche Handlungen (*actiones voluntariae*) vernünftiger Wesen sind entweder durch sittliche Gesetze verboten oder nicht verboten. Diese heißen *erlaubte*, jene *unerlaubte Handlungen* (*actiones licitae et illicitae*).

1. Unterschied der *nothwendigen* und *willkührlichen* Handlungen (*actiones necessariae et voluntariae*).
2. *Sittliche Gesetze* haben das besondre, daß ihre Beziehung auf Handlungen nur dadurch möglich ist, daß sie *vorge stellt* werden. Die Nothwendigkeit einer *Handlung* eines vorgestellten Gesetzes wegen ist der Begriff, der bey dem Worte: *Sollen* zum Grunde liegt, Unterschied dieser Gesetze von den *Naturgesetzen*, deren Nothwendigkeit durch *müssen* ausgedrückt wird.

3. Hier ist es bloß um Entwicklung der unter diesen Worten enthaltenen Begriffe zu thun; ob diese Begriffe wirklich sind, gehört noch gar nicht hieher.

Ueber den Begriff von Gesetz s. auch M. C. C. E. Schmidt *Versuch einer Moralphilosophie* (Iena 1790.) §. 21—28.

§. 2.

Unter den erlaubten Handlungen (§. 1.) sind einige durch sittliche Gesetze geboten. Diese heißen *Pflichten* (*officia*), und zu diesen hat man *Verbindlichkeit* (*obligatio*).

Vergl. Schmidt *Moralphilosophie*. §. 296. 297. 303.

Eintheilungen der Verbindlichkeit in *bejahende* und *verneinende* (*obligatio affirmativa et negativa*), *absolute* und *hypothetische* (*absoluta et hypothetica*), *absolute* und *relative* (*absoluta et relativa*), *natürliche* und *positive* (*naturalis et positiva*), *innre* und *äussre*, (*interna et externa*), *vollkommne* und *unvollkommne*, (*perfecta et imperfecta*), u. s. w. Einige dieser Eintheilungen werden verschiedentlich bestimmt; die meisten sind überflüssig, oder wenigstens unfruchtbar.

§. 3.

Einige willkührliche Handlungen sind so beschaffen, daß andre Menschen verbunden sind, sie nicht zu hindern; zu diesen ist der Handelnde *befugt*. Zu denen, die andre Menschen, ohne ihre Verbindlichkeit zu übertreten, hindern können, hat er keine *Befugniß*.

Zuwei-

Zuweilen wird auch unter *Befugniss* die Beschaffenheit einer Handlung verstanden, vermöge deren es mir erlaubt ist, andre, die mich an derselben hindern wollen, von dieser Hinderung abzuhalten.

§. 4.

Die Beschaffenheit einer Handlung, vermöge deren sie erlaubt und der Handelnde dazu befugt ist, heisst ein *Recht* (*jus*), und eine solche Handlung heisst *recht* oder *rechtmässig*.

1. Wenn gleich die bisher erläuterten Begriffe von *Erlaubtseyn*, *Befugniss* und *Recht* an sich von einander genug unterschieden sind; so werden doch schwerlich Beyspiele zu finden seyn, bey denen nicht fast alle zugleich eintreten müssten, da unter Gesetzen der Sittlichkeit überhaupt kein Widerspruch statt finden kann.
2. Die Sache, in Ansehung welcher man eine solche Handlung ausüben kann, heisst auch ein *Recht*; so wird aber dieses Wort meistentheils nur bey Zwangsrechten gebraucht.
3. Andere Bedeutungen von *Recht* gehören nicht ins Naturrecht, wenigstens nicht zu den Grundbegriffen.
4. Es giebt noch viele Eintheilungen des Rechts; z. B. in *bejahendes* und *verneinendes* (*jus affirmativum et negativum*), *angebornes* und *erworbenes* (*connatum et acquisitum* s. *adventitium*), *ursprüngliches* und *abgeleitetes* (*originarium et derivativum*), *absolutes* und *hypothetisches* (*absolutum et hypotheticum*), *absolutes* und *relatives* (*absolutum et relativum*), *inneres* und *äusseres*

res (internum et externum), wirkliches und förmliches (*reale et formale*), u. d. gl. Nicht alle sind richtig, wenige nützlich, und noch wenigere fruchtbar genug, um eigene Benennungen zu verdienen.

§. 5.

Zwang (coactio) heißt Gebrauch von Antrieben der Sinnlichkeit, um jemanden zu einem Entschluß zu nöthigen. *Nöthigung* ist Bestimmung des Willens mit Ueberwindung der entgegenstehenden Neigungen.

1. „Ein Antrieb ist ein Zweck, sofern er dem Gemüthe vorgestellt wird, eine den Willen bestimmende „Vorstellung.“ *Schmidts Moralphilosophie* §. 277. vergl. §. 281.

2. Es giebt demnach physische und moralische Nöthigung, nicht moralischen Zwang, (es sey denn, daß man alle Antriebe, die nicht körperlich wirken, wenn sie auch gar nicht mit sittlichen Gesetzen zusammenhängen, moralisch nennen will). Physische Nöthigung ist Zwang.

§. 6.

Zwangsrecht (jus cogens) ist die Beschaffenheit des Zwangs (§. 5.), vermöge deren er erlaubt, und mit einer Befugniß verbunden ist. (§. 4.)

§. 7.

Dieser Bestimmung nach zerfällt die ganze Sammlung von Rechten in zwey Classen: in *Zwangsrechte* und *Nicht-Zwangsrechte*.

Diese

Diese Eintheilung ist mit der in vollkommne und unvollkommne Rechte (*jura perfecta et imperfecta*), wie sie gewöhnlich bestimmt wird, nicht einerley. Die letztere ist fehlerhaft.

S. über alles bisher gefagte *meinen Versuch über den Grundsatz des Naturrechts* (Leipzig 1785.) Abschn. 2.

§. 8.

Unter allen Rechten hat das Naturrecht *Zwangsrechte* (§. 6.) zum Gegenstande.

1. Allmählich, besonders seit Gundling, ist dieser Begriff so eingeschränkt worden. Versuch über den Grundsatz des Naturrechts, Abschn. 1.
2. Die Aufgabe für das Naturrecht betrifft aber nur die Rechtmäßigkeit des Zwangs, die ganz unabhängig von der physischen Möglichkeit, Zwang auszuüben, zu betrachten ist. *Klein Schreiben an Garve über die Zwangs- und Gewissenspflichten.* Berlin. 1789.

§. 9.

Stand (status) ist der Inbegriff gewisser Beziehungen eines Dinges gegen andre. Insofern auf den Stand des Menschen sich Rechte beziehen sollen, müssen diese Beziehungen rechtliche Beziehungen, d. h. solche seyn, auf die sich Rechte anwenden lassen.

Eintheilungen des Standes in gesellschaftlichen und aussergesellschaftlichen (*status socialis et extrasocialis*), absoluten und hypothetischen (*absolutus et hypotheticus*), u. s. w.

§. 10.

Naturstand (§. 9.) ist hier dem bürgerlichen Stande entgegengesetzt. Er ist demnach der Inbegriff der rechtlichen Beziehungen, welche dem Menschen außer dem Staat zukommen.

§. 11.

Der Naturstand im Naturrecht braucht keine weitere Bestimmung, und jeder andre Zusatz, der nicht aus der hier angegebenen Bestimmung fließt, muß aus der Idee desselben entfernt werden. Folglich ist dieser Naturstand bloße Hypothese.

1. Der Naturstand, der in der Geschichte der Menschheit angenommen wird, der *ursprüngliche Stand*, oder Stand der Kindheit des Menschengeschlechts, ist von diesem verschieden; und selbst diesen kennt man nicht anders als durch Hypothesen: denn der *Stand der Wildheit*, der auch zuweilen Naturstand heißt, ist mit keinem von beiden einerley.

2. Hobbes, Pufendorfs, Rousseau's, Platners, und Kants Hypothese vom Naturstande, von denen wenigstens die drey ersten im Naturrechte gebraucht worden sind. Versuch über den Grundsatz des NR. S. 190—195.

§. 12.

Das *Naturrecht* (*jus naturae*) ist die Wissenschaft, welche die Zwangsrechte (§. 6.) des Menschen im Naturstande (§. 10.) lehrt.

1. Man

1. Man rechnet zum Naturrecht im weitern Verstande auch die damit verbundenen Wissenschaften; davon unten (§. 26.)
2. Es giebt auch noch andere, aber jetzt weniger gebräuchliche, Bedeutungen des Worts *Naturrecht*.

§. 13.

Der Mensch lebt fast allenthalben im Staate, gewiss nirgends in dem oben (§. 10. 11.) bestimmten Naturstande; folglich kann man für diesen nicht Rechte lehren wollen.

§. 14.

Die Rechte des Menschen im Naturstande haben auf seine Rechte nach Errichtung der Staaten großen Einfluß; also ist es deswegen wichtig, sie genau zu kennen.

§. 15.

Demnach ist das Naturrecht eigentlich zu keinem Zwecke brauchbar, als um über die Rechte der Menschen im Staate zu urtheilen.

§. 16.

Je aufgeklärter und cultivirter der Mensch wird; desto mehr Berührungspunkte, desto mehr Verhältnisse, desto mehr rechtliche Beziehungen erhält er, und desto weitläufiger wird der Inbegriff seiner Rechte.

§. 17.

Alles, was nicht aus dem Begriff des Staats fließt, widerspricht der Idee des Naturstandes (§. 10.) nicht. Aufklärung und Cultur setzt nicht nothwendig den Begriff des Staats voraus. Also kann ich dem Menschen im Naturrechte so viel Aufklärung und Cultur beylegen, als ich bey jeder Frage nöthig finde; das Naturrecht wird dadurch zu seinem Zweck (§. 15.) immer tauglicher.

II. Theile des Naturrechts und damit verbundene Wissenschaften.

§. 18.

Die Lehre von den Rechten, welche der Mensch im Naturstande ursprünglich, ohne alle Voraussetzung einer Handlung, hat, heißt das *absolute* oder *ursprüngliche Naturrecht* (*jus naturae theticum, absolutum, primarium, connatum*).

§. 19.

Die allgemeinen Lehren von den Rechten, die der Mensch im Naturstande erwerben kann, und von den Arten zu erwerben machen das *hypothetische* oder *erwerbliche Naturrecht* (*jus natu-*
rue

rae hypotheticum, secundarium, adventitium, acquisitum) aus.

Eintheilung desselben in *jus naturae factitium* und *patitium*.

§. 20.

Unter den erworbenen Rechten hat man die Lehre von den Rechten der Gesellschaft meistens von den übrigen abge sondert und sie unter den Titel des *allgemeinen Gesellschaftsrechts* (*jus sociale universale*) abgehandelt.

1. *Allgemein (universale)* heisst hier und im folgenden, was aus dem allgemeinen Begriff eines bestimmten Dinges, ohne anderweitige Zusätze, fließt.
2. Man nahm die gedachte Absonderung vor, weil man diese Lehre als eine nothwendige Vorbereitung zum allgemeinen Staatsrecht ansah, welches sie denn doch nur unter grossen Einschränkungen seyn dürfte. Am besten wird sie daher als ein Theil des hypothetischen Naturrechts vorgetragen.
3. Theile des allgemeinen Gesellschaftsrechts: *jus oeconomicum speciale, jus oeconomicum generale etc.*

§. 21.

Sobald man sich Menschen in einem *Staate* denkt, so entstehen dadurch drey neue Verhältnisse, die vorher nicht da waren; das Verhältniß zwischen dem ganzen Staat und den Bürgern in demselben, das Verhältniß zwi-

schen dem Staat und andern Menschen auſſer demſelben, und das Verhältniß der Bürger des Staats unter einander.

Bürger des Staats (*privati*) heißen alle im Staat, in ſofern ſie nicht die höchſte Gewalt in demſelben haben, ſ. allg. Staatsrecht.

§. 22.

Das *allgemeine Staatsrecht* (*jus publicum universale*) lehrt die Rechte des ganzen Staats und der Bürger in demſelben gegen einander.

§. 23.

Das *allgemeine Völkerrecht* (*jus gentium universale*) lehrt die Rechte des Staats und der Menſchen auſſer demſelben gegen einander.

§. 24.

Das *allgemeine bürgerliche Recht* (*jus civile universale*) trägt die Veränderungen in den Rechten einzelner Menſchen gegen einander, die durch den Eintritt derſelben in den Staat geſchehen oder nothwendig gemacht ſind, und die Grundſätze über das Recht des Staats, ſie zu ändern, vor.

§. 25.

Dieſe drey letzten Wiſſenſchaften (§. 22-24.) gehören nicht zum Naturrecht im engern Sinne;

Sinne; werden aber als Theile des Naturrechts im weiteren Verstande angesehen.

§. 26.

Das *Naturrecht im weitem Verstande* (§. 25.) ist ein Inbegriff der Wissenschaften, welche die Rechte der Menschen lehren, die ihnen im Naturstande, oder unter der Voraussetzung des allgemeinen Begriffs vom Staate, zukommen.

1. Man macht noch andre Theile des Naturrechts; aber sie sind entweder unter den genannten begriffen, wie grösstentheils das *allgemeine Kirchenrecht* (*jus ecclesiasticum universale*), oder gehören gar nicht ins Naturrecht, z. B. das *allgemeine Lehnrecht* (*jus feudale universale*) etc.
2. Das Naturrecht ist ein Theil der Philosophie.

§. 27.

Da das *Naturrecht* die *Zwangsrechte* des Menschen, die ihm ohne Voraussetzung eines bestimmten Staats (§. 26.) zukommen, lehren soll; so kann es nicht schwer werden, dasselbe von *Moral*, *Politik*, *Philosophie des Rechts*, *positiver Rechtsgelahrtheit* und andern Wissenschaften zu unterscheiden.

In Rücksicht der *Politik* ist noch besonders zu merken, dass freylich jedem Menschen verboten sey, das zu thun, was üble Folgen haben kann, und also auch das, wovon grosse Wahrscheinlichkeit ist, dass
üble

üble Folgen daraus in den meisten Fällen entstehen würden. Allein wenn es nicht immer böse Folgen hat, so kann man es nicht als allgemein verboten, und also als etwas nach dem Naturrecht, oder auſſer dem Staat, gänzlich unerlaubtes anſehen; ſondern in dem Falle gehört es bloß für die Politik, dem poſitiven Geſetzgeber ein ſolches Verbot vermöge der üblen Folgen, die ſie aus der Erfahrung als wahrſcheinlich darlegt, anzurathen.

III. *Nutzen des Naturrechts.*

§. 28.

Das Naturrecht iſt für jeden Menſchen wichtig, damit er ſeine und ſeiner Nebenmenſchen Rechte kenne.

§. 29.

Aus derſelben Urfache und um gerechten und billigen Verordnungen williger gehorchen, ſelbſt einige Uebel des Staats, wegen der gröſſern Uebel des Lebens auſſer dem Staat, leichter ertragen, und alſo auf jeden Fall zufriedner leben, aber auch im Nothfall ungerechter Gewalt mit Ueberzeugung und Nachdruck ſich wider-

widersetzen zu können, ist es für jeden Bürger eines Staats von grofser Wichtigkeit.

§. 30.

Für einzelne Stände wird es wegen besonderer Beziehung sehr erheblich.

§. 31.

Der Befitzer der höchsten Gewalt im Staate und die Theilnehmer an derselben lernen ihre und ihres Volkes Rechte daraus.

§. 32.

Der Gelehrte muß es als Theil der Philosophie, als Ergänzung der Moral, als Prüfstein der Geschichte u. s. w. kennen.

§. 33.

Der Gesetzgeber und Staatsmann lernt daraus den Grund und die Gränzen der Gesetzgebung und Staatsverwaltung.

§. 34.

Der praktische Jurist braucht es theils zur Bestimmung der Gültigkeit der positiven Gesetze, theils zur leichtern Anwendung derselben, theils als subsidiarisches Recht.

IV. Geschichte des Naturrechts.

Mein Versuch über den Grundsatz des Naturrechts
Abschn. 4.

§. 35.

Man hat bis zur Mitte des sechszehnten Jahrhunderts das Naturrecht nicht abgesondert behandelt; man trug es vermischt mit der praktischen Philosophie, oder bey andern Wissenschaften nebenher in einzelnen Bemerkungen, vor, setzte ihm keine eigenthümliche Gränze und machte zum Theil Philosophie des Rechts daraus, die an Subtilitäten nicht leer war.

1. In den Schriften der römischen Rechtsgelehrten finden sich viele dahin gehörige Bemerkungen.
2. Von den Römern ist die Benennung: *jus naturae et gentium* üblich geworden, deren Bedeutung mit der, die wir jetzt unter *Naturrecht* und *Völkerrecht* denken, nicht einerley ist.

§. 36.

Die Zeit seit dem ersten Versuch einer besondern wissenschaftlichen Abhandlung des Naturrechts kann man in die *Vorzeit*, da die Versuche zu unvollkommen waren, um Aufsehen und Interesse zu erregen, in die *unbestimmte*

stimmte Zeit, da man Naturrecht von den angränzenden Wissenschaften noch durch kein festes Merkmal unterschied, und in die *bestimmte Zeit*, da man den Zwang zum Unterscheidungsmerkmal des Naturrechts machte, theilen.

§. 37.

Die *Vorzeit* geht bis auf *Grotius*. Die bekannten Schriftsteller aus dieser Periode sind *Johann Oldendorp*, *Nikolaus Hemming*, *Matthäus Stephani*, und *Benedict Winkler*.

Io. Oldendorpii isagoge seu elementaris introductio juris naturae, gentium et civilis. Col. Agripp. 1539.

12. curante Car. Ant. Martini. Vindob. 1758. 8.

steht auch in *Oldendorp. opp. 1559. T. I. etc.*

Nic. Hemmingii de lege naturali methodus apodictica.

Vit. 1562. 1564. 1577. 8.

Matth. Stephani methodica tractatio de arte juris.

Gryphisw. 1615. 8.

Bened. Winkleri, Soltquellensis, principiorum juris

quinque, in quibus genuina juris tam naturalis quam

positivi principia et firmissima jurisprudentiae funda-

menta ostenduntur, ejusdem summus finis ob oculos

ponitur et divina auctoritas probatur. Lips. 1615.

§. 38.

Hugo Grotius ist der erste, der die Naturrechtswissenschaften mit allgemeinerem Beyfall bear-

bearbeitete; mit ihm hebt daher die *unbestimmte Zeit* an. Man hält ihn für den Vater des Naturrechts; sein Buch enthält aber mehr Völkerrecht, wie die Werke von *Thomas Hobbes* allgemeines Staatsrecht.

Hugonis Grotii de jure belli et pacis Libri III. — erste Ausgabe *Par.* 1625. 4. — beste Ausgabe — *cum notis Ioh. Frid. Gronovii, Henr. et Sam. de Cocceji etc. Lausannae* 1751. V. Vol. 4. (*Le Droit de la guerre et de la paix par Hugues Grotius traduit Jean Barbeyrac. Amst.* 1724. 4. — zuletzt *Leide.* 1759. II Tom. 4.)

Thomae Hobbesii elementorum philosophiae Sect. 3. de Cive. *Paris* 1642. 4. — besonders *Amst.* 1647. 12. — zuletzt *Genevae.* 1742. 12.

— — *Leviathan, or concerning Commonwealth.* *London.* 1651. fol. et 8. — lateinisch *Leviathan, sive de civitate ecclesiastica et civili. Amstel.* 1667. (*Appendix ad Leviathanem.* 1668. 4.) *London.* 1668. 4.

§. 39.

Der wahre Vater des Naturrechts ist *Samuel von Pufendorf*. Er und viele seiner Nachfolger gründen das Naturrecht auf Geselligkeit und können Socialisten genannt werden.

Sam. Pufendorfii elementa jurisprudentiae universalis. Hagae com. 1660. 8.

— — *de jure naturae et gentium. Libri VIII.* *Lond. Scan.* 1672. 4. — beste Ausg. *cum notis Hertii, Bar-*

Barbeyracii, et Godofred. Mascovii. Lips.
1744. und 1759. II. Tom. 4.

— — *de officio hominis et civis Libri II. Lond.*
Scan. 1673. 8. — cura G. S. Treuer. Lips. 1717.
und mehrmals. — neueste Ausg. *Lugd. Bat. 1769.*
II. Tom.

Man sieht als Pufendorfs Vorgänger in mehrern Stücken
an: *Lambert Velthuyfen in epistolica disserta-*
tio de principiis justi et decori, continens apologiam
pro tractatu clariss. Hobbaei de cive. Amst. 1651. 12.

§. 40.

Christian Thomasius, vorher ein Freund der
Socialisten, wird ihr erster wichtiger Gegner.

Christ. Thomasi institutiones jurisprudentiae. Lips.
1688. 4. und mehrmals.

— — *fundamenta I. N. et G. Hal. 1705. und mehr-*
mals.

§. 41.

Sein Schüler, *Nicolaus Heinrich Gundling*,
schränkt zu gleicher Zeit mit *Ephraim Gerhard*
das Naturrecht auf Zwangsrechte und Zwangs-
pflichten ein (§. 8. Anm.), und eröffnet dadurch
die bestimmte Zeit.

Nic. Henr. Gundlingii jus N. et G. Hal. 1714. 8.
und mehrmals.

Ephr. Gerhardi delineatio juris naturalis; sive de
principiis justi Libri III. Ienae 1712. 8.

§. 42.

Unter den Lehrern dieser Epoche nehmen viele Rücksicht auf das positive Recht *Heinrich* und *Samuel von Cocceji*, *Nettelbladt* und andre.

Von den Cocceji's s. vorzüglich den §. 38. Anm. angeführten Commentar über Grotius; und mehrere andre ihrer Schriften in *Meister bibl. jur.* T. I. S. 340. 341.

Dan. Nettelbladt systema elementare universae jurisprudentiae naturalis. Ed. Vta. Hal. 1785. 8.

§. 43.

Auf Triebe bauten das Naturrecht *Claproth*, *Schmaufs*, *Rousseau* u. a.

Ioh. Christ. Claproth Grundriß des Rechts der Natur. Göttingen. 1749. 8.

Ioh. Iac. Schmaufs neues System des Rechts der Natur. Gött. 1754. 8.

I. I. Rousseau im *Emile* u. a. seiner Schriften.

§. 44.

Aus Vernunftgründen leiten es her: *Treuer*, *Köhler*, *Wolf*, *Hollmann*, *Darjes*, *Achenwall* u. a.

Treuer Commentar über Pufendorf S. §.-39. Anm.

Henr. Köhleri juris naturalis exercitationes VII. Ienae 1729. 4. mehrmals in 4. und 8. (Hiezu gehört: *Alex. Gottl. Baumgarten jus naturae* Hal. 1763. 8.)

Christ.

Christ. L. B. de Wolf jus naturae methodo scientifica pertractatum P. VIII. Hal. 1740 — 1748. 4. (*jus gentium*. T. IX. 1749.)

Sam. Christ. Hollmanni jurisprudentiae naturalis primae lineae. Gött. 1751. u. a.

Ioach. Georg. Darjes institutiones jurisprudentiae universalis. Ienae 1743. 8. mehrmals.

Gottfr. Achenwalli jus naturae Gött. 1755. 8. mehrmals — neueste Ausg.: *Prolegomena juris naturalis*; edit. V. — *jus naturae, cum praef. I. H. C. de Selchow*. Gött. 1781. 8. II Tomi.

§. 45.

Die glänzendste Zeit des Naturrechts geht mit Verbesserung des Staatsrechts und mit der größern Denk- und Druck-Freyheit an.

§. 46.

Wichtig sind in dieser Periode *Feder*, *Höpfner*, *Mendelssohn*, *Garve*, *Eberhard*, *Zöllner*, *Ulrich*, *Schlettwein*, u. a.

Ioh. Georg. Heinr. Feder Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens. Ilte Abth. Göttingen 1782. 8.

Ludw. Jul. Friedr. Höpfner Naturrecht des einzelnen Menschen, der Gesellschaften und der Völker. Giessen. 1780. — vierte Ausg. 1787. 8.

Moses Mendelssohn Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum. Berl. 1783. 8.

Christian Garve philos. Anmerkungen und Abhandlungen zu Cicero's Büchern von den Pflichten; zweyte Ausg. Berl. 1788. 8. III Bände.

Ioh. Aug. Eberhard Sittenlehre der Vernunft. Berlin. 1781. 8.

Ioh. Fridr. Zöllner über Moses Mendelssohns Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum. Berl. 1783. 8.

Ioh. Aug. Henr. Ulrich *initia philosophiae iustitiae juris naturae, socialis et gentium.* Ienae 1783. edit. 2. 1790. 8.

Ioh. Aug. Schlettwein Rechte der Menschheit oder der einzige wahre Grund aller Rechte, Ordnungen, und Verfassungen. Giessen 1784. 8.

V. *Literatur des Naturrechts.*

§. 47.

Die Schriften, welche diese Wissenschaft angehen, zerfallen in folgende Classen: 1) allgemeine Abhandlungen über Sittlichkeit und ihre Principien *), 2) Abhandlungen über die Grundsätze des Naturrechts überhaupt **), 3) Systeme des Naturrechts ***), 4) Compendien desselben ****), 5) Abhandlungen über einzelne Lehren +), 6) Deductionen, welche Fragen aus den Naturrechtswissenschaften berühren

ren ++), 7) Abhandlungen aus angränzenden Fächern +++), 8) Literarische Hülfsmittel ++++).

*) Hieher die wichtigsten Schriften über die Moral; z. B. von neuern

Ferguson Grundsätze der Moralphilosophie, übersetzt von *Garve*. Leipzig 1772. 8.

Eberhard Sittenlehre der Vernunft. Berlin 1781. mehrm. 8.

Feder Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens. Göttingen 1782. I Abth. mehrm. 8.

Platner philosophische Aphorismen. Leipzig. 1782. II Theil. Anh. 8.

Payley Grundsätze der Moral und Politik, a. d. engl. übersetzt von *Garve*. Leipz. 1787. II. Theile. gr. 8.

Vor allen andern aber

Kant Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Riga 1785. gr. 8.

— Kritik der praktischen Vernunft. Riga. 1788. gr. 8.

Schmidt Versuch einer Moralphilosophie. Iena 1790. 8.

**) Die ältern s. in *Meister bibliotheca juris nat.* T. III. S. 78—97.

Von neuern sind auſser *Mendelssohn*, *Garve*, *Eberhard*, *Zöllner*, die schon oben (§. 46.) angeführt sind, zu merken:

Pilati von der Wirklichkeit des Rechts der Natur, übersetzt von *Winning*. 1767. 8.

Sulzer Versuch, einen festen Grundsatz zu finden, um die Pflichten der Sittenlehre und des Naturrechts zu unterscheiden 1756 — in f. vermischten Schriften. Leipzig 1777. 8.

Hissmann Betrachtungen über die Naturgesetze. — Deutsches Museum. 1778. I Band. S. 529—543.

Selle (vier Abhandlungen) von der Freyheit, Moralität, Gesetzen und Rechten der menschlichen Handlungen — Berlin. Monatschrift. 1783. 1784.

Flatt Ideen zur Revision des Naturrechts oder Prolegomena zu einem neuen Zwangsrecht; — in f. vermischten Versuchen. Leipzig. 1785. 8.

Hufeland Versuch über den Grundsatz des Naturrechts. Leipzig 1785. 8.

***) *Grotius*, *Pufendorfs* und *Wolfs* Werke I. oben bey S. 38. 39. 44.

Glafey Vernunft- und Völkerrecht. Frankfurt 1723. Nürnberg 1752. 4.

Burlamaqui principes du droit de la nature et des gens. Geneve. 1747. 4. II. P. — avec la suite du droit de la nature qui n'avoit point encore paru. Par *M. de Felice*. Yverdon 1766. 1767. V. Tomes. 8.

de Felice Leçons du Droit de la Nature et des Gens. Tom. I. II. Yverdon. 1769. 8.

Lampredi jus naturae. Livorn. 1779. II. Tom. 8.

Fredersdorf System des Rechts der Natur auf bürgerliche Gesellschaften, Gesetzgebung, und das Völkerrecht angewandt. Braunschweig. 1790.

u. a. m.

****)

****) Pufendorfs, Thomasi, Gundlings, Köhlers, Achenwalls, Hollmanns, Darjes, Feders, Höpfners, Ulrichs, Schlettweins Lehrbücher, s. bey §. 39. 40. 41. 44. 46.

Westphal institutiones juris naturalis. Lips. 1776. 8.

Frid. Guil. Pestel fundamenta jurisprudentiae naturalis, delineata in usum auditorum. Edit. 4ta.

Lugd. Bat. 1788. 8.

Madihn Grundsätze des Naturrechts zum Gebrauch seiner Vorlesungen. — Erster Theil. Absolutes Naturrecht. Frankfurt an der Oder (1790.) 8.

†) Das Verzeichniß der hieher gehörigen Schriften fordert ein eignes Werk; einige der wichtigsten werde ich bey manchen Lehren, doch mit der bey meinem Zweck rathsamen Sparsamkeit, anführen.

††) Hieher viele Deductionen, die zwischen freyen Völkern verhandelt worden, besonders die aus den letztern Kriegen, und viele andere Schriften für Privatpersonen, oder für Völker, woran die *Schlözerschen* u. a. Journale Ueberfluß haben.

†††) Hieher die Schriften aus der Politik; als: *Stewart's principles of political oeconomy; Smith's on the wealth of nations; Mirabeau ami des hommes; Filangieri scienza della legislazione* u. a.

aus der Philosophie des Rechts als: *Montesquieu de l'esprit des loix; Linguet theorie des loix civiles* u. a.;

aus der Geschichte der Menschheit, als: *Ferguson's essay on the history of the civil society, Iselins*

Geschichte der Menschheit, *Herders* Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit u. a.

aus dem positiven Völkerrecht, als: *Martens primae lineae juris gentium practici*; *Günthers* europäisches Völkerrecht u. a,

++++) Die wichtigsten sind:

Meister bibliotheca juris naturae et gentium P. I—III.
Gött. 1749—1757. 8.

v. *Ompeda* Literatur des Völkerrechts. Regensburg. 1785. 8. Th. II.

S. v. andern *Meister* P. I. Vorrede u. S. 56. 57.

Die neuere Literatur kann man einigermaßen in einigen neuern Compendien, z. B. denen von *Höpfner*, *Ulrich* u. a., finden.

Erster Theil.

Eigentliches Naturrecht.

Erstes Hauptstück.

***Gründung und allgemeine Entwicklung des
Naturrechts.***

Erster Abschnitt.

***Erfordernisse der wissenschaftlichen Behandlung des
Naturrechts.***

Mein Versuch über den Grundsatz des Naturrechts.
Abchn. 3. u. 7.

§. 48.

Einige leugnen die Möglichkeit, das Naturrecht überhaupt zu erkennen, andre die Möglichkeit es genau zu bestimmen; da aber die Fragen, die es beantworten soll, nicht von der Zufälligkeit der Erfahrung abhängen, sondern durch Vernunft veranlaßt sind; so muß

auch diese eine genaue Rechenschaft darüber geben können.

Kant Kritik der reinen Vernunft S. 480. — neue Ausg. S. 508. flgg.

§. 49.

Das Naturrecht muß die Eigenschaften einer Wissenschaft, einer philosophischen Wissenschaft, und einer praktischen Wissenschaft haben; folglich muß der Grundsatz desselben wahr, einleuchtend, einzig, dem Naturrecht allein eigen, und eine allgemeine Regel seyn.

Die erforderliche Wahrheit kann nicht allgemeine subjektive Wahrheit seyn, insofern dies eine durch Erfahrung bewiesene Uebereinstimmung in den Grundsätzen voraus setzt; die Erfahrung ist dagegen.

§. 50.

Das Naturrecht soll nach einer ziemlich allgemeinen Uebereinstimmung bloß, (oder doch vorzüglich) solche Rechte oder Pflichten lehren, mit denen Zwang verbunden ist (§. 8.); also muß in seinem Grundsätze schon Zwang liegen.

§. 51.

Den Zwang soll der Rechthabende, nicht der Pflichttragende, ausüben; also muß in den
Gese-

Gesetzen, die für die Handlungen des erstern gelten, der Grund dazu liegen; folglich der Zwang allein oder doch zunächst von Rechten, nicht von den ihnen gegenüberstehenden Pflichten, zu beweisen seyn.

Die *durchgängige* Reciprocität der Rechte und Pflichten zweyer gegen einander handelnder Menschen ist ungegründet, und deshalb im Naturrecht weder etwas darauf zu gründen, noch ein Einwurf daraus herzunehmen.

§. 52.

Da das Naturrecht bloß Zwang als Bestimmungsmerkmal seiner Gränzen anerkennt, (§. 8.) und der Zwang nur von Rechten bewiesen werden kann (§. 51.); so muß es *nur Zwangsrechte* lehren.

Der Unterschied zwischen Pflichten der Moral und Pflichten des Naturrechts nebst der Vor Spiegelung, als ob diese auf einem *andern* und *festern* Grunde als jene beruhten, und daher grössere Verbindlichkeit hätten, man sich auch wohl diesen unterwerfen könne, ohne jene anzuerkennen, ist also nach der vorhergehenden Betrachtung nichtig, da alle Pflichten eigentlich in die Moral gehören.

§. 53.

Zwang ist mit Einschränkung der Freyheit eines andern verbunden (§. 5.). Diese ist nicht erlaubt, also ist Zwang in der Regel unerlaubt.

Die

Die Behauptung, daß Einschränkung der Freyheit nicht erlaubt sey, wird hier nur in der Absicht vorgebracht, um dadurch der Behandlung des Naturrechts ihren Weg vorzuzeichnen, und ist daher kein Theil des Systems, das hier schon im völligen Zusammenhange bewiesen werden mußte. Sie wird nur als Lehnatz gebraucht, und kann zu diesem Zweck leicht gehörig erläutert werden.

§. 54.

Eine Handlung, welche mir durch eine Pflicht verboten wird, kann nur dadurch wieder erlaubt werden, und dazu also ein Recht entstehen, wenn eine höhere Pflicht sie gebietet.

Wäre dies nicht, so müßten die Gebote und Verbote der Sittlichkeit noch von etwas anderm außer den sittlichen Gesetzen abhängen.

§. 55.

Zwang ist verboten (§. 53.): um erlaubt und also mit einem Recht verknüpft zu seyn, muß er wieder geboten werden (§. 54.). Also kann man *Zwangsrechte nur gültig auf Pflichten zu zwingen gründen.*

1. Diese Pflichten zu zwingen liegen im Rechthabenden, nicht im Pflichttragenden, und sind also mit den oben (§. 51. flg.) aus dem Naturrecht entfernten nicht einerley; doch sind auch diese Pflichten zu zwingen im Naturrecht nicht vornehmlich und eigentlich, sondern nur wegen der darauf zu gründenden Rechte, zu betrachten.

2. Hier kann die Frage noch genauer erläutert werden, ob man nach dem Naturrechte weniger Pflichten und mehr Befugnisse habe, als nach der Moral?

§. 56.

Sobald man die Pflichten vereinzelt; so kommen Collisionen oder Widersprüche bey Anwendung derselben vor; also wird es auch unter den vereinzeltten Zwangsrechten (§. 55.) Collisionen geben.

§. 57.

Collisionen werden dadurch gehoben, dass man bey der Untersuchung auf höhere Grundsätze und so fort bis auf den höchsten zurückgeht. Man muss daher das ganze System der Sittlichkeit, besonders ihre ersten und höchsten Grundsätze, genau kennen.

Vergl. *Schmidt* Moralphilosophie §. 269. 311. 312.

§. 58.

Demnach muss es von grossem Vortheil für die Aufklärung und Bearbeitung des ganzen Naturrechts seyn, wenn man bey derselben von den ersten Grundsätzen der Sittlichkeit ausgeht.

Zweyter Abschnitt.

Ableitung des Grundsatzes des Naturrechts.

§. 59.

Vernünftige Wesen haben das Vermögen, sich selbst *nach der Vorstellung von Gesetzen* zum Handeln zu bestimmen, — d. i. einen *Willen* oder eine *praktische Vernunft*.

1. *Praktische Vernunft* heist er, weil zur Ableitung der Handlungen von Gesetzen das Vermögen der Gesetze, Vernunft, thätig seyn muß. *Kant Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, S. 36.
2. Ueber den Unterschied der verschiedenen Arten des Willens, und die Verschiedenheit des praktischen Verstandes und der praktischen Vernunft: ferner der physischen Gesetze des Wollens und der sittlichen Gesetze für den Willen; (lauter Gegenstände, die nicht zur geradesten Ableitung der sittlichen Gesetze nothwendig sind, und deshalb *hier* übergangen werden; welche aber zur vollständigen Einsicht in alle damit verbundenen Fragen und zur Hebung mancher vielleicht aufstossenden Einwürfe gehören, und wegen derer hier wenigstens auf die Willensschaft, in der darauf Rücksicht zu nehmen ist, die *Kritik der praktischen Vernunft*, verwiesen werden muß,) s. *Schmid Moralphilosophie* §. 5. 6. — Vergl. auch oben §. 1. Anm.

§. 60.

§. 60.

Sobald Menschen über ihre Handlungen nachzudenken anfangen, und sich ihres Willens (§. 59.) bewußt werden, werden sie sich zugleich bewußt, daß ihnen unverbrüchliche Gesetze obliegen.

1. Man kann auch sagen: sie werden sich der nothwendigen Wirksamkeit der praktischen Vernunft bewußt.

2. Wer sich über die Bestandtheile des Bewußtseyns in theoretischer Hinsicht genauer belehren will, der vergleiche die völlig neue Theorie desselben in *Reinholds Theorie des Vorstellungsvermögens* (Iena 1789.) S. 321 — 345.

§. 61.

Diese Unverbrüchlichkeit der Gesetze kann nicht auf ihrem Gegenstand oder ihrem Zweck beruhen; denn theils ist die physische Möglichkeit oder Wirklichkeit der Gegenstände allein durch Erfahrung für uns erkennbar, und kann also weder nothwendig, noch schlechterdings allgemein seyn, weil dies keine Erfahrung seyn kann; theils hingen dann die Gesetze wieder davon ab, ob ich den Zweck auch begehrte oder wollte, und würden also nicht *unverbrüchlich* oder *unbedingt nothwendig*, sondern durch die Begehrung des Gegenstandes immer bedingt seyn.

Zweck

Zweck ist der Gegenstand einer Vorstellung, sofern die letztere als die Ursache von dem erstern angesehen wird.

§. 62.

Daher kann ihre Unverbrüchlichkeit bloß von dem, was nicht der Gegenstand der Gesetze ist (§. 61.), also von der *Form* (oder dem *Kennzeichen*) der *Gesetzmäßigkeit* herzuleiten seyn, welche in der Vernunft allein ihren Grund hat, weil sie durch nichts anders als durch Vernunft entstehen kann (§. 59. Anm. 1.).

§. 63.

Da die sittlichen Gesetze bloß durch Vernunft möglich sind, und allein in der Vernunft ihren Grund haben (§. 62.); so müssen sie allen vernünftigen Wesen gemein seyn, und zu dem *Kennzeichen der Gesetzmäßigkeit* muß noch das *Kennzeichen der Allgemeinheit* kommen.

§. 64.

Demnach ist *allgemeingeltende Gesetzmäßigkeit* (§. 63.) das Kennzeichen oder die Form aller Sittlichkeit, und der oberste Grundsatz derselben muß heißen:

Die Vorschriften, nach denen du handelst, müssen so beschaffen seyn, dass sie allgemeine Gesetze seyn können,

können, oder doch dass du wollen kannst, dass sie allgemeine Gesetze würden.

1. Der zweyte Zusatz zu dieser allgemeinen Formel ist für diejenigen Fälle, wo man bey der Prüfung der vorzunehmenden Handlungen zwar finden würde, dass jede von zwey entgegenstehenden Vorschriften sich als ein allgemeines Gesetz *denken* liesse, (welches an sich schon nicht immer möglich ist), aber doch eine vor der andern so viel Vorzüge hat, dass man von einer nur wünschen kann, dass sie ein allgemeines Gesetz würde.

2. Von der ganzen bisherigen Gründung der Sittlichkeit lassen sich keine weitem oder frühern Gründe angeben, noch weniger aber Beweise führen; denn das Bewusstseyn (§. 60.), worauf sich alles zuletzt gründet, ist eine Thatfache, deren Wirklichkeit oder Erkenntniß nicht wieder von etwas anderm abzuleiten ist. Allein wenn sie gleich nicht bewiesen werden kann, so kann sie *doch erläutert* werden; und dazu scheinen mir folgende Betrachtungen zu dienen:

1) Der Mensch hat über alles, was die Wirkungen und Handlungen seines Gemüths angeht, kein anderes Mittel, Erkenntniß zu erlangen, als sein eigenes Bewusstseyn: es kann also keinesweges befreunden, wenn man auch bey der Untersuchung der sittlichen Handlungen darauf zurückkommen muß.

2) Der Begriff von *Sollen* ist wirklich vorhanden (§. 1. und Anm.); allein die ganze Möglichkeit seiner Entstehung beruht bloß auf der Vernunft;

nunft, der Grund derselben ist also durchaus nicht aufser derselben zu suchen.

3) Die sittlichen Gesetze beruhen auf der Vernunft. Alles, was die Vernunft angeht, kann ich allein durch das Selbstbewußtseyn wissen. Dies Bewußtseyn an sich ist aber darum nicht etwa erst durch die neuere Philosophie geweckt oder wirksam geworden; es liegt bey jeder sittlichen Vorstellung zum Grunde. Bloß also die Entwicklung jenes Begriffs und die Erhebung desselben zur deutlichen Vorstellung war den Philosophen unserer Zeiten vorbehalten. Durch dunkles, auch wohl klares, Bewußtseyn war er immer vorhanden und wirksam; aber freylich war dies Bewußtseyn *nicht als vorhanden und wirksam vorgestellt*. S. die belehrende Unterscheidung *des Bewußtseyns überhaupt in klares und deutliches Bewußtseyn in Reinholds Theorie des Vorstellungsvermögens a. a. O.*

4) In den allgemeinen Begriffen von *Gut* und *Böse*, von *Recht* und *Unrecht*, kommen alle Menschen überein; sie sind bloß darinn unter einander nicht einig, welche bestimmte Handlungen gut und böse seyn? Nur also in den Gegenständen, die sie erst durch Erfahrung kennen lernen müssen, nicht in der *Form*, der Sittlichkeit zeigt sich die Verschiedenheit; ihre Begriffe sind daher durch genauere Untersuchungen der Form, die ihnen gemein ist, zu berichtigen.

5) Man fing sonst häufig die Darstellungen der Systeme der Sittlichkeit damit an, daß alles Gesetzen unterworfen sey und also auch der Mensch es seyn müsse. Dies ist aber keine nothwendige Folge

Folge, zumal da im ersten Falle von *Naturgesetzen*, im zweyten aber von *sittlichen Gesetzen* (§. 1. Anm. 2.) gesprochen wird. Indessen kann es als analogische Erläuterung wohl nützlich seyn; nur muß der Begriff von Gesetzen hier bloß nach den Bedingungen eines vernünftigen Wesens verstanden werden.

- 6) Diese allgemeinen Begriffe von den sittlichen Gesetzen und der Gesetzmäßigkeit überhaupt liegen bey allen andern philosophischen Systemen der moralischen Wissenschaften dunkel zum Grunde; denn wenn dieselben einen Zweck, der zu bewirken sey, zum Grunde legen; so bleibt immer noch die Frage übrig: *warum* ist man zu diesem Zweck verbunden? eine Frage, die freylich bisher nicht aufgelöst ward.
- 7) Die oben gegebne Darstellung ist nicht etwa bloß dem philosophischen Verstande einleuchtend, sondern kann dem gemeinen Menschenverstande ganz verständlich gemacht werden, wenn sie nur in dem ihm verständlichen Ausdrücken vorgetragen wird.
- 8) Sollte es ja Menschen geben, die sich jener unverbrüchlichen Gesetze nicht bewußt werden könnten, (obgleich man daran mit Recht zweifeln kann); so würde daraus allenfalls folgen, daß für diese keine Sittlichkeit gälte: allein dadurch würde die Sittlichkeit überhaupt und die Gültigkeit der gegebenen Darstellung gar nicht aufgehoben werden; denn *theils* würde bey denselben, da alle Menschen zugleich vernünftige und sinnliche Wesen sind, und die Sittlichkeit nur auf der Vernunft beruht, die Vernunft durch die Sinnlichkeit unterdrückt wor-

den seyn; *theils* würde das auch deswegen keinen Einwurf machen, weil die Sittlichkeit nicht auf der wirklichen Anerkennung allgemeiner Gesetze, sondern darauf beruht, daß *der Handelnde* die Vorschriften, nach denen er handelt, *als solche erkennt*, die für jedes vernünftige Wesen allgemeine Gesetze *seyn könnten*, oder von denen *er wollen kann*, daß sie solche würden.

§. 65.

Wenn gleich die sittlichen Gesetze nicht nach einem durch sie zu erreichenden Zwecke bestimmt werden können; so können sie doch nicht ohne solchen Zweck seyn; nur muß derselbe erst durch die (§. 63. 64.) angegebene Form der Sittlichkeit bestimmt werden.

§. 66.

Jedes vernünftige Wesen kann nicht bloß als ein Mittel als zu höhern Zwecken angesehen und also keinesweges denselben als solches gänzlich untergeordnet werden, *theils* weil das sittliche Gesetz nicht in Beziehung auf etwas anders da ist und also auch das Wesen, in dem es allein vorhanden ist, nicht wieder um eines andern willen da seyn kann, *theils* weil man unter allen Dingen eigentlich bloß in Ansehung der vernünftigen Wesen
etwas

etwas abzwecken kann, endlich weil ohne sie gar nichts von unbedingtem Werthe würde angetroffen werden.

Kant Grundlegung zur Metaphysik der Sitten S. 56.

§. 67.

Auf die vernünftigen Wesen müssen sich daher zuletzt alle Zwecke der menschlichen Handlungen beziehen oder denselben untergeordnet worden.

Schmid §. 119. 410—415.

1. Man kann daher jedes vernünftige Wesen *Zweck an sich selbst* nennen.
2. Das Gegentheil der eben vorgetragenen Behauptung kann so wenig *allgemeines Gesetz* (§. 64.) seyn, daß es sich vielmehr geradezu selbst widersprechen würde.
3. Bey dieser Entwicklung der ersten Gründe der Sittlichkeit ist der geradeste Weg genommen worden, weil er zur Begründung derselben hinreicht; s. *Kant* Grundlegung S. 81. Alle andern darauf sich beziehenden Betrachtungen, die Durchprüfung des ganzen Begehrungsvermögens, die Untersuchung der Möglichkeit sittlicher Handlungen in ihrem Zusammenhange und mit allen ihren Folgen, zur Beruhigung bey Zweifeln, welche etwa aufsteigen könnten, gehören in die Kritik der praktischen Vernunft, welche ganz zweckmäßig als eine Einleitung in die Moral vortragen wird. S. darüber: *Kants* Critik der praktischen Vernunft; *Schmids* Moralphilosophie S. 10—225. und in *Reinholds* Theorie des Vorstellungsver-

mögens — die Theorie der Vernunft, besonders S. 326 — 541, und die Grundlinien des Begehrungsvermögens S. 560 — 575.

§. 68.

Der vernünftigen Wesen eigentliche, (für uns erkennbare,) Bestandtheile sind Vermögen oder Kräfte. Was also in Ansehung derselben abgezweckt werden kann, ist Ausbildung ihrer Kräfte; und der letzte mögliche Zweck wäre die höchste Ausbildung derselben.

§. 69.

Der Mensch ist nicht ein bloß vernünftiges Wesen. Neben der Vernunft sind in ihm noch mehrere Kräfte, welche aber derselben, ihrer Natur nach, (§. 66. 67.) nur untergeordnet seyn können, durch die Vernunft eigentlich ihren Werth erhalten, und durch sie zu einem Ganzen vereinigt werden.

§. 70.

Die höchste Stufe der Ausbildung aller Kräfte des Menschen in Zusammenstimmung zu einem Ganzen kann man *Vollkommenheit des Menschen* nennen.

Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß dieser Begriff von dem gewöhnlichen Begriff von Vollkommenheit etwas abweicht.

§. 76.

Unter diesen Gesetzen ist die Vollkommenheit des Handelnden, da er auch ein Mensch ist, unstreitig mit begriffen. Da aber jeder Mensch seine eigne Vollkommenheit am wirksamsten erhalten und befördern kann, und deswegen auch am ersten erhalten und befördern soll; so ist das vornehmste untergeordnete Gesetz des vorigen (§. 74.):

Verhindre, dass deine Vollkommenheit nicht gemindert werde.

1. Dieses Gesetz kann als Maassstab aller andern, die in dem allgemeinen Grundsatz des Naturrechts enthalten sind, dienen; und seine Entwicklung wird deswegen ganz schicklich als die Grundlage der übrigen vorausgeschickt.
2. Ueber den Vorzug der eignen Vollkommenheit vor der Vollkommenheit andrer s. unten die Lehre von den Collisionen.

§. 77.

Was ich thun soll, das darf ich auch thun. (§. 1. 2.) Folglich fließen aus jenen Pflichten Rechte (§. 74.), und diese Pflichten zu zwingen führen Rechte zu zwingen mit sich.

§. 78.

Dafs nur mit diesen (§. 74. 76.), und nicht mit andern Pflichten und Rechten, (also nur

mit der Erhaltung, nicht aber mit der bloßen Vermehrung der Vollkommenheit, (weder der eignen noch fremder), Zwang verbunden sey, folgt daraus, daß 1) jeder Mensch *seine edelsten Kräfte* nur durch *eigne freye Wirkung* vervollkommen kann, 2) bey dem Zwange zur Vervollkommnung seiner untern Kräfte, oder auch zur Vervollkommnung anderer, *seine eigne Vollkommenheit* in grösserm Maasse gemindert werden würde, 3) kein Mensch dem andern hier nachzusetzen, oder gar als bloßes Mittel für den andern zu gebrauchen ist.

Die Rücksicht auf *Gott* ist zur Begründung der Sittlichkeit nicht nothwendig, aber freylich das wichtigste Mittel, ihre Ausübung zu befördern.

§. 71.

Es kann also kein höherer Zweck in Ansehung des Menschen gedacht werden, als seine Vollkommenheit; und da Gesetze auf einen Zweck bezogen werden müssen, dieser Zweck aber seiner Ableitung nach (§. 66. 67.) auf alle Menschen (die einzigen vernünftigen Wesen, auf welche die Handlungen der Menschen Einfluss haben können,) auszudehnen ist; so kann der Zweck der sittlichen Gesetze kein anderer seyn, als *Vollkommenheit aller Menschen.*

§. 72.

Demnach ist die allgemeinste Vorschrift der Sittlichkeit, welche wirkliche Handlungen vorschreibt, (das höchste materiale Gesetz der Sittlichkeit,) folgende:

Vervollkomme alle Menschen,

oder:

Befördre die Vollkommenheit aller Menschen.

§. 73.

Dieses Gesetz ist der oben (§. 64.) angegebenen Form der Sittlichkeit vollkommen gemäß.

Es ist wohl kaum nöthig, hier noch zu bemerken, dass alles das, was Kant und andre nach ihm gegen die materialen Grundsätze der Sittlichkeit gesagt haben,

auf dieses Gesetz gar nicht paßt, da dieses nicht einen bloß durch das Begehrungsvermögen gewählten, sondern einen erst nach der Form der Sittlichkeit den formalen Bedingungen derselben, die aus der Vernunft fließen, unveränderlich festgesetzten Zweck enthält. Man vergl. darüber unter andern: Kant Grundlegung z. M. d. S. S. 64. Kant Kritik der prakt. Vernunft S. 39. 48. Schmid Moralphilosophie S. 267. Daß ich aber nicht dem formalen Grundsatz (§. 64.) nur einzelne Fälle als Stoff untergelegt, sondern einen allgemeinen materialen Grundsatz, (dessen Gültigkeit indessen immer von dem formalen abhängt) festzusetzen gesucht habe, dazu hat mich vorzüglich die Nothwendigkeit einer systematischen Verbindung bewogen, weil mir im Gegentheil wohl eine bloße Aufzählung einzelner Regeln für *gesammelte* Fälle, die noch immer unvollständig bleiben könnte, nicht aber systematisch vollständige Entwicklung niederer Grundsätze aus höhern, so leicht möglich schien.

§. 74.

In diesem allgemeinen Gesetz (§. 72.) liegt vorzüglich das Gesetz (vergl. §. 67.):

Verhindre daß die Vollkommenheit aller Menschen nicht gemindert werde.

§. 75.

Dies ist der *allgemeinste Grundsatz des Naturrechts*. Mit seiner Ausübung ist Zwang un widersprechlich verbunden.

§. 76.

Dritter Abschnitt.

Entwicklung der Bestandtheile der Vollkommenheit.

§. 79.

Vollkommenheit des Menschen im eigentlichsten Verstande ist die höchste Stufe der Ausbildung aller Vermögen und Kräfte des Menschen in Zusammenstimmung zu einem Ganzen (§. 70.)

§. 80.

Iedes einzelne Vermögen des Menschen, auf seinen verschiedenen Stufen der Ausbildung, ist ein *Theil der Vollkommenheit*.

§. 81.

Iedes Ding, das zur Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit als Mittel dient, kann auch ein *Theil der Vollkommenheit* genannt werden.

§. 82.

Solche Mittel können meiner Natur ursprünglich eigen oder erworben seyn.

§. 83.

§. 83.

Also ist *Vollkommenheit des Menschen* im *weitem* Verstande ein Inbegriff aller Theile der Vollkommenheit (im *eigentlichen* Verstande) und aller Mittel dazu (§. 80 — 82.)

§. 84.

Jeder Theil der Vollkommenheit im *weiten* Verstande, sowohl jeder Bestandtheil der Vollkommenheit im *eigentlichen* Sinne, (§. 81.) als jedes Mittel dazu (§. 82.), kann auch ein *Gut* (*bonum, meum, suum*) genannt werden.

1. Diese Bestimmung ist auch dem Sprachgebrauch gemäß.
2. Eintheilung in *meum formaliter tale* und *virtualiter tale*. Die weitere Anwendung dieser Eintheilung, nebst anderer Meynungen über das, was zu meinen Gütern zu rechnen sey, s. in der Lehre vom *Eigenthum* und von den *Verträgen*.

§. 85.

Es giebt also *ursprüngliche* und *erworbene* Güter. Daran hängt die Eintheilung in *ursprüngliches* und *erwerbliches* Naturrecht (§. 18. 19.) ab.

Vierter Abschnitt.

Allgemeine Folgerungen aus dem Grundsatz.

§. 86.

Im Naturstande ist kein Richter (§. 10.), der Rechthabende übt also seine Rechte selbst aus; folglich darf nur der Rechthabende sie kennen, um sie auszuüben. (Vergl. §. 1. Anm. 2.)

§. 87.

Wer also im Naturstande weiß, und erkennt, daß er Rechte hat; der übt sie aus.

Abweichende Meynungen Cocceji's und andrer über diese Frage.

§. 88.

Was ein jeder als Recht erkennt, das darf er ausüben, und also was ein jeder als seine Vollkommenheit ansieht, das darf er mit Zwang sich erhalten.

1. Diese Begründung aller allgemeinen Bestimmungen der Rechte auf eigener Ueberzeugung ist der Natur der Sittlichkeit (§. 63.) allein gemäß; in die Darstellung des Naturrechts aber als einer Wissenschaft *außer*, d. i. von der Anerkennung anderer auf irgend eine Art abhängiger, Rechte käme, (ihre wegen der entgegenstehenden Erfahrung (§. 49.) unmögliche Sicherheit und Gewißheit ungerechnet,) etwas anders, was nicht zum Wesen der Sittlichkeit gehört, als Grundlage hinein. Indessen ist man vielleicht veranlaßt worden, dieses Gebäude der äußern Rechte deshalb zu erbauen, weil man den sehr richtigen Grund der Sittlichkeit, die *Allgemeingültigkeit* ihrer Gesetze, nicht gehörig angesehen hat. Diese ist aber nicht etwas wirklich unter Menschen existirendes, sondern bloß das Kennzeichen der sittlichen Gesetze, wodurch sie jede einzelne Vernunft auffinden soll (§. 61 — 64.), und würde nur bey bloß vernünftigen Wesen in der Ausübung angetroffen; kann aber bey Menschen, eben weil sie nicht bloß vernünftige, sondern vernunftig-sinnliche Wesen sind, ihrer von ihnen unzertrennlichen Natur nach, nie gefunden werden.
2. Die im Text gegebne allgemeine Antwort auf die Frage: *was* darf man mit Zwang erhalten? soll und kann keinesweges so verstanden werden, als ob dadurch alle Rechte eines jeden Willkühr überlassen wären; vielmehr ist es ja die Absicht der ganzen folgenden Abhandlung, die Vorstellungen über solche Rechte zu berichtigen. Dies kann aber allein nur auf die Art geschehen, daß man die allerersten und einzig möglichen Beziehungen der Gesetze auf Handlungen richtig darstellt, um die Anwendung derselben nachher desto sicherer aus den allgemeinen und

Begriffen und Gesetzen der Sittlichkeit betrachten zu können und nicht etwa durch Einwürfe, die gar nicht treffen, irre gemacht zu werden. Es ist ganz etwas anders, nach *eigner Ueberzeugung*, die sich von der Vernunft bestimmen und prüfen lassen muß, und nach *willkührlichen Vorstellungen*, die kein Gesetz heißen können, zu handeln. Man vergl. auch §. 87.

§. 90.

Um zu verhindern, daß nicht jemand meine Vollkommenheit mindere, kann ich *erstlich* ihn an der Vollendung einer auf die Minderung abzweckenden Handlung verhindern.

§. 91.

Ich kann ihm *zweytens*, wenn ich seine Handlung voraus sehe, es unmöglich machen, sie zu unternehmen.

§. 92.

Hat er mir *drittens* ein Gut genommen, und dieses Gut ist noch da und kann zurück erhalten werden; so ist es nicht sein, sondern noch mein, weil keine Pflicht mir verbietet, es nicht mehr als einen Theil meiner Vollkommenheit anzusehen (vergl. §. 54.); folglich kann ich dasselbe wieder nehmen.

§. 93.

§. 93.

Viertens wenn das geraubte Gut nicht mehr existirt; so ist nichts mehr da, was ich für meine Vollkommenheit ansehen kann, und was ich also als solche erhalten könnte. Da ich nun aber den andern nicht zwingen kann, meine Vollkommenheit zu mehren (§. 79.), welches jetzt allein übrig bliebe; so giebt es kein Zwangsrecht zum Ersatz.

1. Dadurch ist die *Pflicht* des andern zum Ersatz eben so wenig als das *Recht des Staats*, das Zwangsrecht zum Ersatz einzuführen, geleugnet.
2. Der Ersatz ist nicht Wiedererstattung desselben Theils der Vollkommenheit, sondern Hinzufügung eines andern, und folglich bloß Mehrung; das Zwangsrecht zum Ersatz kann also nicht anders bewiesen werden als wenn das Zwangsrecht zur Mehrung der Vollkommenheit bewiesen würde. Schon *Grotius* (*de I. B. et P. L. II. c. 10. §. 2.*) sagt bloß: *Aequitas est, ut de rebus non exstantibus reddam domino, quantum ex iis sum locupletior factus.*
3. Es ist natürlich, daß in allen Darstellungen des Naturrechts, in welchen Pflichten, die den Rechten gegen überstehen, vorgetragen werden, der Ersatz gelehrt werde; denn eine sehr große Pflicht dazu hat der, der dem andern etwas genommen hat, unstreitig.

§. 94.

Fünftens wenn der andere aus dem mir geraubten Gut Vortheile besitzt, die ich auch daraus gezogen und schon erwartet, folglich als mein angesehen, hätte; so sind diese Vortheile (§. 92.) mein und ich nehme sie ihm.

§. 95.

Sechstens sind die Vortheile bloß durch Kunst und Fleiß des andern entstanden, oder überhaupt nicht schon von mir als mein angesehen; so darf ich sie ihm nicht durch Zwang nehmen (§. 93.)

1. Hier ist abermals weder von den Pflichten des andern, noch von den vortheilhaften, oder auch wohl nothwendigen, Aenderungen des Staats an den ursprünglichen Rechten die Rede.

2. Die Anwendung und genauere Erläuterungen der Grundsätze s. in der Lehre vom Zuwachs.

§. 96.

Ich kann alle Mittel als Zwangsmittel brauchen, die den höchsten Grundsätze der Sittlichkeit nicht zuwider sind, d. h. die nicht mehr Vollkommenheit vernichten als durch sie erhalten werden soll.

D

§. 97.

§. 97.

Auch kann ich in diesen Fällen hohe Wahrscheinlichkeit für Gewissheit nehmen, weil ich handeln soll und nicht anders als nach meiner Einsicht handeln kann.

§. 98.

Diesem allen zufolge habe ich also nur so lange Recht zum Zwange, als ich wahrscheinliche Hoffnung zur Erhaltung oder Wiedererhaltung eines Guts durch Zwang habe.

Kein Zwangsrecht zur Strafe oder zur Rache.

§. 99.

Ich kann Zwang gegen jeden ausüben, der meine Vollkommenheit mindern will (§. 90.) und gegen jeden, der das mir genommmene Gut besitzt (§. 92. 94.)

1. Der Gebrauch der Vernunft ist also in Ansehung der Ausübung der Zwangsrechte bey dem, der sie ausüben soll, durchaus erforderlich (§. 88.); nicht aber bey dem, gegen den sie ausgeübt werden sollen.

2. Gegen den, der Ursache an der That eines andern ist, kann ich nur dann Zwang ausüben, wenn er im Besitz meines Guts ist, und wenn ich dadurch künftige Eingriffe abwenden muß.

§. 100.

§. 100.

Collision ist der Widerstreit von zwey in ebendemselben Falle anzuwendenden Gesetzen. Dieser kann nur dadurch gehoben werden, dafs man durch eine unmittelbar auf den obersten Grundsatz der Sittlichkeit genommene Rücksicht untersucht, welches von beiden untergeordneten Gesetz wichtiger sey und also dem andern vorgehe.

1. Bey Collisionen mehrerer Pflichten geht entweder die Pflicht, welche Zwang verbietet, oder die, welche Zwang gebietet, der entgegengesetzten vor. Ist das letztere, so mufs ich im Collisionsfall ein Zwangsrecht ausüben, und wenn dieses Zwangsrecht gegen das Zwangsrecht, das ein andrer hat, auszuüben ist; so heisst dies ein *Nothrecht*, und ein solcher Collisionsfall ein *Nothfall*.

2. Die genauere Entwicklung der Lehre von den Collisionen, wie auch mancher andern allgemeinen Folgerungen, wird der bessern Einsicht wegen bis an das Ende des ursprünglichen Naturrechts verspart, wenn sie gleich auch Einfluss auf andere Theile des Naturrechts hat.

Zweytes Hauptstück.

Absolutes oder ursprüngliches Naturrecht.

Erster Abschnitt.

Rechte.

Erste Abtheilung.

Erhaltung der eigentlichen Bestandtheile der ursprünglichen eignen Vollkommenheit.

§. 101.

Zu den Theilen der Vollkommenheit (§. 83.) gehören *erstlich* die Kräfte und Anlagen des Menschen an sich selbst, noch ohne alle Rücksicht auf ihre Ausbildung.

§. 102.

Unter diesen Kräften ist ihrer Natur nach (§. 69.) die vornehmste von allen, die zugleich allen andern ihren Werth giebt und bestimmt, das Vermögen der Sittlichkeit, der *Wille* oder die praktische Vernunft. (§. 59.) Dieses wichtigste

tigste Gut von allen darf also durch Zwang geschützt werden.

§. 103.

Der Wille kann ohne Freyheit (Vermögen, nach selbsterkannten Vernunftgesetzen zu handeln), nicht gedacht werden. (Vergl. §. 59.) Also ist *Freyheit des Willens*, als die nothwendige Bedingung der Sittlichkeit, dem Vermögen derselben ganz gleichzusetzen.

Man kann ganz füglich diese Freyheit in Rücksicht auf andre Arten der Freyheit, die unten vorkommen werden, die *innerliche Freyheit* nennen. *Klein* Freyheit und Eigenthum, abgehandelt in acht Gesprächen über die Beschlüsse der Französischen Nationalversammlung. (Berlin 1790.) S. 92. flgg.

§. 104.

Das Daseyn aller Kräfte des Menschen, wenigstens in ihrer ganzen Verbindung, und aller Aeufferungen derselben macht das *Leben* aus und beruht auf demselben; es ist daher eine nothwendige Bedingung jeder Aeufferung der Sittlichkeit.

§. 105.

Folglich ist ohne das Leben keine Vollkommenheit des Menschen möglich, und so

gehört das Leben zu seinen ersten und vornehmsten Gütern. (§. 84.)

§. 106.

Jeder Mensch darf also sein *Leben* durch *Zwang erhalten*.

1. Hier macht weder die Aufsicht auf ein künftiges Leben nach diesem irdischen, welche nur Hoffnung, nie Gewissheit, seyn kann, noch, (da nicht Glückseligkeit das höchste Princip der Sittlichkeit seyn kann,) die Ueberzeugung, daß der übrige Theil des irdischen Lebens nichts als Unannehmlichkeit mit sich führen werde, einen Unterschied. Vergl. *Schmid Moralphilosophie* §. 477. und S. 181. Anm.
2. Der Trieb oder Instinct der Selbsterhaltung, auf welchen viele dieses Recht oder wohl gar das ganze Naturrecht bauen, ist, wie so viele andre Triebe, die sich auf Pflichten beziehen, dem Menschen sehr weislich eingepflanzt, damit er schon dann durch Triebe zur Erreichung seines Zwecks bestimmt werde, wenn er auch die Pflichten dazu nicht erkennen kann; nur können sie deswegen doch nie zum Grunde einer Wissenschaft gebraucht werden.
3. Zum Selbstmorde und zur Ermordung oder Abtreibung eines Embryo kann niemand im Naturstande ein Zwangsrecht gegen andere, die ihn daran hindern wollten, haben.

§. 107.

Recht zum Zweck schließt Recht zu Mitteln in sich; folglich habe ich ein Zwangsrecht,

recht, mir alle Mittel zu erwerben und zu erhalten, ohne welche mein Leben nicht erhalten werden kann.

1. Es versteht sich, daß hier das Recht zu den Mitteln unter der oben (§. 96.) angegebenen Einschränkung verstanden wird.

2. Zu den zum Leben durchaus nothwendigen Mitteln gehört Luft, Platz, Nahrung, und (in den meisten Klimaten) Decke.

§. 108.

Ich soll aber nicht bloß alle Kräfte zusammen genommen, sondern auch jede einzeln, und jede Verbindung von mehreren, erhalten.

§. 109.

Den Inbegriff der edelsten Kräfte nennt man *Sele*. Diese Sele sowohl, als jede einzelne Kraft derselben, soll und darf ich erhalten.

§. 110.

Folglich alles, was mein Erkenntnißvermögen mir rauben oder geringer machen könnte, abwehren.

1. Dasselbe gilt auch von den in demselben enthaltenen einzelnen Kräften: Vernunft, Verstand, Einbildungskraft, Gedächtniß etc.

2. Selbst gegen Verführer und Betrüger kann ich mich durch Zwang schützen, wenn kein gelinderes Mittel hier hinreicht. Das ist besonders wegen der nachherigen Anwendung für andere wichtig.

§. 111.

Eben das (§. 108.) gilt auch vom Begehungsvermögen und den in demselben enthaltenen Kräften.

Außer der praktischen Vernunft (§. 103. 104.) noch Triebe, Gefühle, etc.

§. 112.

Werkzeuge der Selenkräfte sind die Organe. Da nun die Selenkräfte diese nothwendig zu ihrer Aeufferung brauchen, so erhalte ich auch diese durch Zwang.

§. 113.

Der Inbegriff aller Organe, und zugleich neuer Kräfte, die zur Unterstützung der edleren dienen, und ihrer Werkzeuge, heisst *Leib*.

§. 114.

Auch diesen kann ich durch Zwang erhalten, nicht bloß im Ganzen, sondern in allen seinen Theilen.

§. 115.

§. 115.

Also kann ich auch alle meine Glieder durch Zwang erhalten.

§. 116.

Gesundheit und Wohlbefinden ist theils ein Gefühl der Tauglichkeit unserer Kräfte, theils ein Mittel zum leichtern Gebrauche derselben. Schmerz ist von beiden das Gegentheil.

§. 117.

Folglich bin ich berechtigt, mir Wohlbefinden zu erhalten, und Schmerz von mir abzuwehren.

Zweyte Abtheilung.*Erhaltung des Vermögens sich zu vervollkommen.*

§. 118.

Neben allen diesen Kräften gehört zwey-
tens zu der ursprünglichen Vollkommenheit ei-
nes jeden Menschen das Vermögen, sich oder
seine Kräfte zu vervollkommen.

§. 119.

Das Vermögen, sich zu vervollkommen, begründet 1) Recht auf die Vervollkommnung selbst, 2) Recht auf die Mittel dazu.

§. 120.

Jeder Mensch hat also ein Recht, sich überhaupt zu vervollkommen, oder alle seine Kräfte auszubilden.

§. 121.

Alle Kräfte der Menschen haben die Eigenschaft gemein, daß sie durch Uebung ausgebildet werden. Uebung setzt Handlungen voraus; der Mensch hat also ein Recht, alle Handlungen auszuüben, wodurch er seine Vervollkommnung oder die Ausbildung seiner Kräfte befördert.

Die Einschränkung, daß nicht größere Vollkommenheit dabey gemindert werde, versteht sich auch hier wieder aus dem obigen (§. 96.) von selbst und wird bey der Lehre von den Collisionen noch genauer in Erwägung gezogen werden.

§. 122.

Die Ausbildung der Selenkräfte an sich hat das besondere, daß sie bloß Vollkommenheit mehrt,

mehrt, ohne je Vollkommenheit, (zumal anderer Vollkommenheit,) zu mindern.

Fast eben dies sagt *Schlettwein* Rechte der Menschheit §. 100. Von Mitteln dazu, und Handlungen, die zur Erlangung der Mittel vorgenommen werden, ist hier noch nicht die Rede. Vergl. §. 118. u. 119.

§. 123.

Also kann ich meine Selenkräfte so sehr ausbilden als ich will, und jeden, der mich daran hindern will, durch Zwang von dieser Hinderung abhalten. Daraus folgt also schon überhaupt unumschränkte *Freyheit in Ansehung alles intellectuellen.*

§. 124.

Das Erkenntnisvermögen wird durch Erwerbung von Erkenntnissen ausgebildet und diese Erkenntnisse sind nachher wieder Mittel zur Ausbildung des Erkenntnisvermögens und anderer Kräfte; folglich gehört *Erkenntnis* zu meiner Vollkommenheit.

Der Natur des Erkenntnisvermögens nach (vergl. mit §. 121. 122.) darf mich niemand zu einer bestimmten *Erkenntnisart* zwingen, oder sonst meiner Ueberzeugung Gewalt anthun.

§. 125.

Der Wille wird nur durch Uebung seiner Kraft (§. 120.), also durch Ausübung sittlicher Gesetze, gebildet. Beobachtung sittlicher Gesetze kann nie Vollkommenheit mindern (§. 72. 74.); also habe ich Pflicht und *Recht*, das Vermögen, sittliche Handlungen auszuüben, mir durch Zwang zu erhalten.

1. Ohnehin würde sich, wenn das Gegentheil statt hätte, alles Recht selbst aufheben.

2. Mich kann deshalb auch niemand hindern, andre zu vervollkommen, z. B. Wahrheiten zu sagen und bekannt zu machen, deren Ausbreitung ich für nützlich halte, u. d. gl.

3. Es kann seyn, daß hier, wie in mehrern Fällen im Naturstande, eine verschiedene Ueberzeugung bey verschiedenen Menschen herrscht, und von zwey Menschen z. B. jeder glaubt, daß die Handlungen des andern Vollkommenheit mindern, und er also durch Zwang, sie zu hindern, verpflichtet sey. Dies hebt die Regel darum nicht auf. Freylich muß hier die Ueberzeugung des einen nach den allgemeinen Principien zu berichtigen seyn; aber so lange er sie für richtig hält, würde er unsittlich und unrecht handeln, wenn er nicht derselben gemäß verführe. Der Staat darf in solchen Fällen einige Einschränkungen hinzufügen: wie weit dies Recht aber gehe, davon unten.

§. 126.

Religion besteht eigentlich aus *Erkenntnissen*, welche *Sittlichkeit* unterstützen und befördern. Ich darf sie daher (§. 123. 124.) mir gegen jedermann durch Zwang erhalten.

1. Auch wenn meine Religion falsch wäre, würde dasselbe gelten; denn ich handle nach meiner Ueberzeugung und nach meiner subjectiven Erkenntniß von Sittlichkeit.

2. Auch Religionshandlungen, insofern sie meiner subjectiven Sittlichkeit (§. 124.) gemäß sind, übe ich aus, und zwinge andre, mich nicht daran zu hindern. Von dem, was hier der Staat thun könne, unten. *Meine* Abhandlung über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen und über solchen zu halten (Jena 1788.) Abschn. I.

§. 127.

Neben dem Recht, meine Selenkräfte auszubilden, habe ich auch ein Recht, meine Leibeskräfte auszubilden, so fern nur die Ausbildung dieser nicht meine oder andrer Vollkommenheit mindert.

§. 128.

Eben so habe ich auch ein Recht, *Mittel* zu meiner Vollkommenheit zu gebrauchen.

§. 129.

§. 129.

Die erste Art dieser Mittel begreift solche, die ich gleich *unmittelbar* brauche. An dem Gebrauch derselben darf mich niemand so wenig als an ihrem Zweck hindern; ich habe sonst das Recht, ihn durch Zwang von dieser Hinderung abzuhalten.

§. 130.

Eine zweyte Art dieser Mittel begreift solche, die ich nicht sogleich, sondern künftig brauchen will.

Hievon weitläufig im hypothetischen Naturrecht.

§. 131.

Es giebt zur Vervollkommnung angeborene und erworbenne Mittel.

Die genauere Untersuchung der letztern gehört ins hypothetische Naturrecht.

§. 132.

Zu den angeborenen Mitteln gehört der Mangel an böser Meynung, die andere von jemanden haben könnten, und die Freyheit, sich guten Namen zu erwerben, welches zusammen *natürliche* oder *ursprüngliche Ehre* (*fama simplex*) genannt werden kann.

1. Die Meynung anderer kann meine Fähigkeiten und Kräfte eben so gut als meinen guten Willen betreffen.
2. Von erworbener Ehre (*fama auſta*) kann erst im hypothetischen Naturrecht die Rede seyn.

§. 133.

Wenn jemand von mir eine böse Meynung erweckt, oder mir die Erwerbung des guten Namens erschwert, so kann ich Zwang gegen ihn ausüben.

1. Nur im Collisionsfall kann man zu dem ersten berechtigt seyn, und dann wird das Recht zu zwingen durch eine höhere Pflicht aufgehoben.
2. Durch diese Bestimmungen, verglichen mit dem vorigen, lassen sich manche bekannte Fragen des Naturrechts leicht beantworten; z. B. Ist Ehre und Leben gleich zu achten? Wie ist eine Ohrfeige im Naturrecht zu betrachten? Was für ein Zwangsrecht hat die Jungfrau wegen geraubter Jungferschaft? etc.

§. 134.

Ein Theil der Kräfte des Menschen wird durch den Genuß der Glückseligkeit ausgebildet, die Ausbildung anderer dadurch erleichtert und befördert, und unverbotne Neigungen dadurch befriedigt. Ich halte also jeden durch Zwang ab, der mir Glückseligkeit oder die Mittel dazu rauben will.

Dritte Abtheilung.*Resultate aus dem vorhergehenden.*

§. 135.

Die sittlichen Gesetze sind für alle Menschen, insofern die Verhältnisse, auf welche sie angewendet werden sollen, gleich sind, gleich.

§. 136.

Die ursprünglichen Zwangsrechte beziehen sich auf solche Verhältnisse des Menschen, die bey allen gleich sind; folglich müssen auch *alle Menschen gleiche Zwangsrechte haben.*

§. 137.

In dem Verhältniß der Menschen, vermöge dessen sie alle gleiche Zwangsrechte haben, besteht die *Gleichheit der Menschen.*

Dies folgt erst aus der Betrachtung der ursprünglichen Rechte des Menschen, und konnte also derselben nicht, wie von einigen geschieht, zum Grunde gelegt werden.

§. 138.

Nur in dieser und in keiner andern Rücksicht läßt sich *Gleichheit der Menschen* im Naturrecht behaupten.

Einige

Einige, z. B. Rousseau, dehnen sie viel weiter aus; andere wollen aus der Ungleichheit, die unter den Menschen in andern Rücksichten ist, auch Ungleichheit in den Rechten ableiten.

§. 139.

Daraus folgt dann, daß ich jeden, der sich mehr Zwangsrechte anmaßt, mit Zwang zurücktreiben kann.

§. 140.

Aus dieser Entwicklung und dem, was oben (§. 131. 132.) über die Ehre gesagt worden, folgt, daß es keinen Rang nach dem ursprünglichen Naturrechte gebe.

Rang schließt Ehrenbezeugungen, oder Handlungen anderer gegen den, der höhern Rang hat, in sich.

§. 141.

Frey seyn heißt in Ansehung seiner Handlungen von der Willkühr anderer Menschen nicht abhängen. Diese äußerliche Freyheit ist eine nothwendige Bedingung der Ausübung der Sittlichkeit.

1. Ohne diese äußerliche Freyheit (*Freyheit der Handlungen*) würde selbst die innerliche Freyheit (*Freyheit des Willens* §. 103.) leiden. Klein Freyheit und Eigenthum. S. 93. u. a.

E

2. Daß

2. Dafs diese Freyheit durch sittliche Gesetze eingeschränkt werde, widerspricht ihrer Idee nicht.
3. Man kann auch *jede Erhaltung ursprünglicher Güter gegen Gewalt Schutz der Freyheit* nennen.

§. 142.

Diese Freyheit kann durch eignen Willen desjenigen, dem sie zukömmt, in einigen Rücksichten aufgehoben werden. Dies erfordert aber eine *bestimmte Handlung*.

§. 143.

Im absoluten Naturrechte (§. 18.) setzen wir keine solche Handlung voraus; folglich ist hier *unumschränkte äusserliche Freyheit*, die sich jeder durch Zwang erhalten kann. Jeder bestimmt hier seine Handlungen, insofern sie keine Vollkommenheit mindern, nach seiner Einsicht.

§. 144.

Da die Theile der Vollkommenheit ihren wahren Werth erst von der Sittlichkeit oder der praktischen Vernunft (§. 69.) erhalten; so ist derselbe auch ganz nach ihrem Verhältniß zu derselben zu bestimmen.

§. 145.

§. 145.

Nun aber lehrt die Erfahrung, daß ich die höhern Kräfte mehr ausbilden und zum Dienste der Sittlichkeit geschickter machen kann, wenn ich mich einiger Theile der ursprünglichen Vollkommenheit begeben. Es kann mir also nicht verboten seyn, mich dieser letzten zu begeben; sie sind *veräußerlich*.

1. Beyspiele sind: die Disposition über gewisse Kräfte, das Vermögen gewisse Handlungen vorzunehmen, gewisse Kräfte auszubilden, gewisse Mittel zur Vervollkommnung mir zu erwerben, die vollkommne Gleichheit, die unumschränkte äußerliche Freyheit.
2. Die Veräußerung dieser Güter ist nicht als Minderung der Vollkommenheit, die dem Handelnden etwa verboten wäre, anzusehen, weil die Verbindung derselben mit dem übrigen Ganzen seiner Vollkommenheit, von dem sie den Werth erhalten, eigentlich von der Einsicht und Beurtheilung des Handelnden abhängt, und er aufhören kann, sie, als nothwendig zu dem übrigen gehörig, anzusehen.
3. Es hängt indessen im Naturstande von jedes eigener Entschliessung und Beurtheilung ab, ob er ein bestimmtes Gut veräußern wolle; eben so auch nachher von eines jeden Ueberzeugung, ob er es veräußert habe. Was dies für Einfluß in das Recht der Verträge und des Staats habe, davon unten.

§. 146.

Was aber zur Erhaltung und zur Ausbildung der Sittlichkeit schlechterdings erfordert

wird, das ist, der Natur der Sittlichkeit wegen, durchaus verboten, wegzugeben; diese Güter sind ganz unveräußerlich.

Schmid Moralphilosophie. §. 489. 537. 538.

Beyspiele sind: Freyheit des Willens, Leben, höhere Seelenkräfte, Vermögen sich überhaupt oder seine edleren Kräfte zu vervollkommen, Religion, Gleichheit der Menschen und Freyheit der Handlungen, insofern sie zur Ausübung der Sittlichkeit durchaus nothwendig ist. Diese letzte Bedingung kann aber nur in ihrem ganzen Umfang von jedem Handelnden beurtheilt werden, und andre müssen erst von ihm erfahren, was er alles dazu seiner Ueberzeugung nach rechnet. Dafs aber ein gewisser Theil dieser Freyheit, dessen nothwendige Verbindung mit der Sittlichkeit jedem klar ist, nicht erst dieses Zeugnisses bedarf, versteht sich von selbst.

Vierte Abtheilung.

Rechte für andre Menschen.

§. 147.

Ich kann jede Minderung der Vollkommenheit anderer durch Zwang abwehren.
(§. 74.)

§. 148.

§. 148.

Wenn die Vollkommenheit anderer zugleich einen Theil meiner eignen Vollkommenheit ausmacht; so erhalte ich dadurch noch ein größeres Zwangsrecht.

Zwangsrechte für Freunde.

§. 149.

Wenn sich der andre durch eigne Handlungen Güter rauben, oder Vollkommenheit mindern will, deren er sich nicht entäußern darf (§. 146.); so hindre ich ihn mit Zwang daran.

Verhinderung des Selbstmords.

§. 150.

Die einzelnen Güter anderer find nach meiner eignen Vollkommenheit zu bestimmen, die den Maafstab der Vollkommenheit anderer (§. 76. Anm. 1.) ausmacht.

§. 151.

Der Unterschied der veräußerlichen und unveräußerlichen Güter (§. 145. 146.) bringt einen wichtigen Unterschied in die Ausübung der Zwangsrechte für andre. Denn da die ersten

veräußert werden können, so muß man immer erst davon, daß derjenige, für den man ein Gut durch Zwang schützen will, dies nicht veräußert habe, überzeugt seyn; wenigstens würde die entgegengesetzte Ueberzeugung offenbar das Zwangsrecht aufheben. Die unveräußerlichen Güter anderer aber werden ohne alle Rücksicht auf diese Bedingung durch Zwang geschützt.

Zweyter Abschnitt.

Art zu verletzen.

§. 152.

Verletzung (*injuria, laesio, turbatio*) heißt jede Minderung der Vollkommenheit. Im genaueren Verstande heißt sie aber nur dann so, wenn jemand dazu nicht berechtigt war.

Derjenige, welcher Güter raubt oder rauben will, heißt der Angreifende (*aggressor*); der, dem er sie nehmen will, der Angegriffene (*aggressus*)

§. 153.

Die Verletzung geschieht entweder durch *Thaten*, oder durch *Worte*. Die ersten brauchen

chen nach dem, was schon bisher (Abschn. I.) gesagt worden, keiner neuen Erläuterung; aber wohl diese wegen einiger gewöhnlich im Naturrecht aufgeworfenen Fragen.

Zu den Worten gehören auch die Zeichen, welche statt der Worte gebraucht werden.

§. 154.

Die Worte und Zeichen sind bloß als Mittel zur Erhaltung, Minderung oder Mehrung der Vollkommenheit zu betrachten. Diese Wirkung derselben hängt von ihrer Bedeutung ab, die aber von der Willkühr der Menschen bestimmt wird, sehr verschieden seyn kann, und also auch sehr verschiedene Wirkungen haben kann. Der Rechthabende kann aber hier wieder nicht anders als nach seiner Einsicht beurtheilen und handeln.

§. 155.

In Ansehung der Worte hat Verletzung theils dadurch statt, daß jemand nicht redet, theils daß er redet.

§. 156.

Wenn Vollkommenheit durch das Schweigen eines andern gemindert werden kann; so kann ich ihn zum Reden zwingen.

Selbst zum Eide, wenn ich diesen als nothwendiges Mittel zur Erhaltung ansehe.

§. 157.

Wenn einer böses von andern spricht und dadurch Vollkommenheit oder die Mittel dazu (§. 132. 133.) mindert, so kann ich ihn zum *Widerruf* zwingen.

Schimpfen ist auch bloß nach seiner möglichen Wirkung auf andre zu beurtheilen; eben so auch Zweydeutigkeiten.

§. 158.

Lügen kann man im Naturrecht nur als Mittel betrachten, wodurch Vollkommenheit gemindert werden kann. Folglich steht mir keinesweges ein Recht zu, jemand überhaupt zu zwingen, daß er nicht lüge, sondern nur dann, wenn dadurch Vollkommenheit gemindert wird.

1. Belügt mich jemand und ich glaube seine Lüge als Wahrheit; so erkenne ich sie nicht als Minderung der Vollkommenheit; glaube ich sie nicht, so kann dadurch keine Vollkommenheit gemindert werden. Hat er mir durch Lügen Güter geraubt; so nehme ich sie wieder (§. 92.). Sagt aber jemand Lügen gegen andre, die meine Vollkommenheit mindern könnten, und ich sehe kein gelinderes Mittel, ihre Wirkung unkräftig zu machen; so zwinge ich ihn zum *Widerruf*.

2. Der

2. Der gewöhnliche Unterschied von Unwahrheit und Lügen reicht also zur völligen Bestimmung des Zwangsrechts noch nicht hin.

Dritter Abschnitt.

Art zu schützen.

§. 159.

Ausübung des Zwangsrechts tritt nur gegen Minderung der Vollkommenheit ein (§. 90 - 92.)

§. 160.

Wenn also ein anderer eine Handlung anfängt, wodurch meine oder anderer Vollkommenheit gemindert werden kann; so halte ich ihn durch Zwang von der Vollbringung derselben ab. — Das heißt das *Recht der Vertheidigung* (*jus defensionis*.)

§. 161.

Wenn ich voraussehen kann, daß jemand mir oder andern ein Gut nehmen wird, so halte ich ihn durch Zwang vom Anfang der Handlung

lung ab. — Das heisst das *Recht des Zuvorkommens* (*jus praeventionis*.)

Darnach bestimmt sich das Verhalten bey Drohungen.

§. 162.

Wenn ich gewifs oder mit hoher Wahrscheinlichkeit (§. 97) voraussehen kann, daß jemand mir oder andern ein Gut nehmen wird; so kann ich, wenn ich kein anderes Mittel habe, ihm ein eben so großes nehmen, um ihn dadurch von seiner Handlung abzuhalten. — Das heisst das *Recht der Sicherheit* (*jus securitatis*).

Auch dies Mittel richtet sich ganz nach dem Zweck.

§. 163.

Zum Ersatz habe ich kein Zwangsrecht; zur Rache gar kein Recht.

§. 164.

Weil man immer so wenig als möglich Vollkommenheit mindern soll; so ist man verbunden, immer erst die gelindesten Mittel zu versuchen, ehe man zu härtern schreitet.

§. 165.

Das gelindeste Mittel von allen, (eigentlich gar kein Zwangsmittel,) ist, den andern
von

von dem Rechte, das er verletzen will, zu überzeugen. Man kann dies den Beweis (*probatio*) seines Rechtes nennen.

Ich bin verbunden, alles, was zur Ueberzeugung des andern dienen kann, (alle Beweismittel) anzuwenden. Aber darum sind nicht eben die im Staat verordneten Beweismittel schon im Naturstande geboten. Es ist im Staate nothwendig, Bestimmungen über die Art des Beweises festzusetzen, und rathsam, unter diesen diejenigen zu wählen, welche in den meisten Fällen zur Wahrheit helfen können (§. 27. Anm.) Außer dem Staate aber hängt es immer von der Einsicht eines jeden ab, ob sie im gegenwärtigen Fall eine Ueberzeugung bewirken können, und nur dann ist er verbunden, sich ihrer zu bedienen.

§. 166.

Andre gelinde Mittel sind: gütliche Beilegung (*amicabilis compositio*), schiedsrichterlicher Ausspruch (*laudem arbitrorum*), Loos, (*sors*), Vermittelung (*mediatio*), gerichtlicher Kampf (*bellum judiciale* s. *decisorium*), etc.

Vierter Abschnitt.

Regeln für Collisionen.

§. 167.

Collision ist ein gänzlicher Widerstreit zweyer in einem Falle (Collisionssfall) anwendbarer sittlicher Vorschriften.

§. 168.

Da alle vereinzeltten sittlichen Vorschriften ihre Gültigkeit nur vom höchsten sittlichen Gesetz erhalten; so ist die allgemeine Regel zur Entscheidung der Collisionen:

Handle nach der Vorschrift, die am wenigsten Vollkommenheit mindert, und wenn keine Minderung stattfindet, am meisten befördert.

§. 169.

Daraus folgen diese untergeordneten Regeln:

1) *Was mehr Vollkommenheit mindert als erhält, darf ich nicht thun.*

2) *Was*

- 2) Was am meisten Vollkommenheit mehrt, geht allen geringern Arten der Mehrung vor.

§. 170.

In Fällen, wo meine Vollkommenheit mit der Vollkommenheit andrer (in ganz gleichen Verhältnissen) in Streit kommt, geht die meine vor, weil ich sonst nicht entscheiden könnte, wo doch Entscheidung nothwendig ist, und weil der Handelnde sich zuerst als Zweck zu denken hat.

Es versteht sich, dass an der Vollkommenheit eines andern nicht etwa die Vollkommenheit mehrerer hängen muss, weil sonst jene, als die Bedingung der Vollkommenheit mehrerer, der Vollkommenheit eines einzigen vorgehen muss.

§. 171.

Aus dem allen fließen nun folgende bestimmtere Regeln:

- 1) Erhaltung des Vermögens der *Sittlichkeit* überhaupt und der dazu nothwendig erforderlichen *Freyheit* geht der Erhaltung aller übrigen Vollkommenheit (§. 102. flgg.) vor.

Eine Collision der Erhaltung meiner Sittlichkeit und sittlichen Freyheit mit der Erhaltung der Sittlichkeit und Freyheit anderer lässt sich wohl eigentlich nicht denken.

2) Er-

- 2) *Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit* geht jeder *Mehrung der Vollkommenheit* vor.
- 3) *Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit* geht der *Erhaltung der erworbenen Vollkommenheit* vor.
- 4) *Erhaltung der unveräußerlichen Vollkommenheit* geht der *Erhaltung der veräußerlichen* vor.
- 5) *Erhaltung der erworbenen Vollkommenheit* geht der *Mehrung* vor.
- 6) *Erhaltung der eignen ursprünglichen Vollkommenheit* geht der *Mehrung der Vollkommenheit anderer*, und eben so auch der *Erhaltung der erworbenen Vollkommenheit anderer* vor.
- 7) *Erhaltung der eignen ursprünglichen Vollkommenheit* geht der *Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit eines andern*, wenn sie in gleichem Maasse collidiren, vor.

Sind die Theile der verschiedenen Vollkommenheit an Werth verschieden, so geht, ohne Rücksicht auf den Handelnden, immer der wichtigere Theil dem unwichtigeren vor.

- 8) *Erhaltung der eignen ursprünglichen Vollkommenheit eines Menschen* steht der *Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit mehrerer andern* nach, also noch vielmehr die *Erhaltung der eignen*

eigenen erworbenen Vollkommenheit, und die Mehrung derselben.

9) *Erhaltung der eignen erworbenen Vollkommenheit eines Menschen geht, wenn sie in gleichem Maasse collidiren, der Erhaltung der erworbenen Vollkommenheit eines andern vor, steht aber der Erhaltung der erworbenen Vollkommenheit mehrerer Menschen nach.*

10) *Mehrung der eignen Vollkommenheit eines Menschen geht der Mehrung der Vollkommenheit eines andern vor, steht aber der Mehrung der Vollkommenheit mehrerer nach, noch viel mehr aber der Erhaltung selbst der erworbenen Vollkommenheit anderer.*

11) *Uebrigens gehen, wenn Erhaltung und Erhaltung oder Mehrung und Mehrung collidiren, bey verschiedener Anzahl der Menschen immer die mehreren den wenigern, und bey verschiedenem Werthe der Güter die wichtigern den unwichtigern vor.*

Alles bisher vorgetragene läßt sich noch von einer andern Seite durch das obengesagte (§. 66.) noch viel deutlicher machen, wenn man darauf aufmerksam ist, daß, sobald das Gegentheil der hier vorgetragenen Regeln statt hätte, einige Menschen bloß
als

als Mittel für andre gebraucht werden würden. In den Fällen, da es durchaus gar nicht zu vermeiden ist, daß ein Mensch ganz als Mittel für den andern gebraucht wird, ist es der oben entwickelten Natur der Sittlichkeit am gemäßeſten, daß die wenigern Menschen den mehreren als Mittel dienen, oder in andern Fällen, daß der Handelnde, der ſich zuerſt als den Zweck ſeines unbedingten Vernunftgeſetzes denken muß, ſich, wenn gar kein anderer Grund der Entſcheidung da iſt, vorzieht. Bey der Hindanſetzung der Mehrung gegen die Erhaltung geſchieht ohnehin nichts anders, als daß man gewiſſe Zwecke aufgibt, um andre Menschen nicht als Mittel zu brauchen, ohne daß darum diejenigen, für welche man Zwecke unerreicht läßt, als Mittel gebraucht werden.

Anhang.

Was gehört nicht in das absolute Naturrecht?

§. 172.

Ich habe kein Recht jemanden zu zwingen, daß er meine Vollkommenheit mehre. (§. 78.)

Folglich z. B. kein Recht jemanden zu zwingen, daß er mir Wahrheiten, die er weiß, mittheile, daß er seine Kräfte zu meinem Besten brauche.

§. 173.

Da im absoluten Naturrecht eigentlich nur alles aus dem Gesichtspunkte des Rechthabenden zu beurtheilen ist (§. 51. 52.); so sind alle Bestimmungen, die nur vom Pflichttragenden gelten können, in demselben zu übergehen; als 1) *Zurechnung* mit allen ihren Folgen, also 2) alle Bestimmungen von *Vorsatz*, *Schuld*, *Zufall* u. s. w., 3) *Strafe*.

Alles dieses gehört eigentlich für den Richter, zum wenigsten insofern es auf Bestimmung von Rechten Einfluß hat, und wird also im *allgemeinen bürgerlichen Recht* abgehandelt.

Drittes Hauptstück.

Hypothetisches Naturrecht.

Erster Abschnitt.

Allgemeines hypothetisches Naturrecht.

Erste Abtheilung.

Einleitung.

§. 174.

Alles, was nicht zu meiner ursprünglichen Vollkommenheit gehöret, ist entweder zu eines andern Menschen oder zu niemandes Vollkommenheit gehörig.

§. 175.

Durch das erstere meine Vollkommenheit zu mehren, ist mir verboten, so lange bis es aufhört, zur Vollkommenheit eines andern zu gehören, weil ich sonst die Vollkommenheit eines andern Menschen mindern oder ihn bloß
als

als Mittel gebrauchen würde. Bey der zweyten Art von Dingen aber findet dieses Hinderniß nicht statt.

§. 176.

Da hier nun eine wichtige Verschiedenheit in den Bedingungen der Erwerbung statt findet; so zerfällt das erwerbliche Naturrecht (§. 19.) in zwey Theile: 1) in denjenigen Theil, welcher die Lehren von der Erwerbung der Güter enthält, welche vor dieser Erwerbung zu niemandes Vollkommenheit gehörten, und 2) in denjenigen, welcher die Lehren von der Erwerbung der Güter vorträgt, welche vorher in eines andern Vollkommenheit begriffen waren.

Mit beiden werden natürlicherweise die aus solchen Erwerbungen fließenden Rechte verbunden.

§. 177.

Da nun durch die in dem ersten Theil vorzutragende Erwerbung fast allein Eigenthum erworben werden kann; so nennt man jenen ersten Theil die *Lehre von den Rechten des Eigenthums*. Bey dem letztern sieht man mehr auf die Art der Erwerbung, welche ein Vertrag

seyn muß; und giebt ihm die Ueberschrift von den Rechten der Verträge.

1. Die genaue Bestimmung der hier vorkommenden Begriffe: *Erwerbung*, *Eigenthum*, *Vertrag* etc. wird besser unten bey der Entwicklung der Lehren selbst gegeben.

2. Auch durch Verträge kann Eigenthum erworben werden; allein es ist zweckmäßiger, die Rechte desselben da zuerst zu betrachten, wo Nebenumstände am wenigsten Einfluss haben können.

Zweyte Abtheilung.

Rechte des Eigenthums.

§. 178.

Alles, was nicht zu der ursprünglichen Vollkommenheit eines Menschen gehört, (§. 174. 175.) heißt, in Rücksicht auf seine Fähigkeit, ein Gut des Menschen zu werden (§. 84.), (im Naturrecht) eine *Sache* (*res.*)

1. Der Unterschied von *Personen* und *Sachen* ist aus dem römischen Recht ins Naturrecht übertragen worden. Da wir in der Folge mehrmals auf Fragen und Be-

stim-

Stimmungen stoßen werden, die durch das positive Recht veranlaßt sind; so ist es nothwendig, dafür gleich anfangs eine allgemeine Regel festzusetzen, durch deren Beobachtung man befriedigende Antworten zu erhalten hoffen darf. Bey der folgenden scheint es schon ohne weitem Beweis einzuleuchten, daß nur sie die einzige richtige seyn kann: *Man lege bey allen Fragen, die durch das positive Recht veranlaßt sind, dieselben Begriffe und Bestimmungen zum Grunde, welche im positiven Recht darunter gedacht werden, und beurtheile sie dann nach den Gesetzen des Naturrechts.* So natürlich diese Regel ist, so hat man sie doch wohl bisher nicht häufig beobachtet. Man hat an den Begriffen, die das positive Recht lieferte, so lange gekünstelt, bis etwas heraus kam, das im Naturrecht allenfalls auch gedacht werden konnte, wodurch dann aber freylich die ursprüngliche Bedeutung ganz verloren ging, und welches nothwendig Verschiedenheit der Behauptungen unter den Lehrern des Naturrechts erzeugen mußte. Bloß dann, wenn man zu einem für das Naturrecht durchaus nothwendigen Begriff, welcher einem Begriff des positiven Rechts sehr ähnlich ist, eine Benennung braucht, mag es erlaubt seyn, diese aus dem positiven Recht zu entlehnen; nur muß man sich der doppelten Bedeutung in den verschiedenen Wissenschaften immer bewußt bleiben. Das ist der Fall mit dem Begriff einer *Sache*, der im Naturrecht unentbehrlich ist, aber eine etwas weitere Bestimmung verlangt, als die im positiven Recht gewöhnlich sind, weil sonst leicht vorausgesetzt werden könnte, was erst untersucht werden soll.

2. Im Naturrecht sind nur allein solche Begriffe brauchbar, auf welche es möglich ist, Rechte anzuwenden,

folglich die rechtliche Beziehungen enthalten (§. 9.) Sie müssen also mit der Vollkommenheit der Menschen in einiger Beziehung stehen. Was zur ursprünglichen Vollkommenheit gehört, ist offenbar jenen Bestimmungen unterworfen. Bey allem, was aufser diesem vorhanden ist, ist die *allgemeinste* Beziehung die, daß man fragt: ob es als Mittel (§. 81. 84.) zu meiner Vollkommenheit, und also als eins meiner Güter, betrachtet werden kann? Daher diese allgemeine Bestimmung der *Sachen*, welche den *Personen* gerade entgegengesetzt ist, die nie bloß als Mittel, sondern immer als Zweck zu betrachten sind. Vergl. *Kant* Grundlegung z. M. d. S. S. 65.

3. Eintheilungen der *Sachen* nach dem positiven Recht, die auch im Naturrecht gedacht werden können, sind: 1) in körperliche und unkörperliche (*res corporales et incorporales*), 2) in bewegliche und unbewegliche (*mobiles et immobiles*) etc. Doch sind einige Bestimmungen dieser Eintheilungen im positiven Recht bloß willkürlich.

§. 179.

Von vielen Sachen kann mancher Gebrauch (als Mittel zur Erhaltung oder Mehrung der Vollkommenheit) nicht anders gemacht werden, als wenn sie jemand ausschließend gebraucht.

Le Trosne Lehrbegriff der Staatsordnung, Abh. 2. *Feders* Grundlehren zur Kenntniß des menschl. Willens, Th. 11. §. 10.

1. Es ist nicht nöthig, daß dieser Gebrauch, den man machen will, gerade immer der *beste* sey.
2. *Ausschliessend* heist ein Gebrauch, wenn ich dabey andre abhalte, dieselbe Sache zu gebrauchen.

§. 180.

Da ich nun meine Vollkommenheit durch alle Mittel mehren soll; so soll und darf ich auch diese Sachen ausschliessend gebrauchen.

Die Einschränkung, daß ich nur niemandes Vollkommenheit *mindern* müsse, versteht sich von selbst.

§. 181.

Das *Eigenthum* (*dominium*) ist der ausschliessende Gebrauch einer Sache, insofern er nicht verboten ist (Vergl. §. 178. Anm. 1.) Ich habe demnach (§. 180.) ein Recht, mir Eigenthum zu erwerben.

1. Dies ist nicht der Begriff, den das positive Recht davon giebt; dieser letzte ist, wie man unten sehen wird, eine Folge des hier angegebenen.
2. Man nennt auch die Sachen selbst, die man ausschliessend gebrauchen darf, Eigenthum.

§. 182.

Der Rechthabende beurtheilt, was zu seiner Vollkommenheit gehöre, (§. 88.) folglich auch,

auch, was ein Mittel für dieselbe seyn könne und *wie* es dies seyn könne; und also ebenfalls, was er für sein Eigenthum halte.

§. 183.

Demnach beruht die ganze Beurtheilung der Rechte des Eigenthums im Naturstande auf der Einsicht des Rechthabenden.

§. 184.

Ehe Eigenthum (§. 181.) an den Sachen vorhanden war, waren die Sachen zum *Gebrauche* allen *gemein*, wurden aber durch den Gebrauch *gar nicht eigenthümlich*.

1. Sonst ist diese Frage sehr verschieden beantwortet worden. Einige sagen ganz allgemein: alle Menschen hätten ursprünglich einerley Rechte an allen Sachen gehabt, z. B. *Schlettwein* (Rechte der Menschheit. §. 94.), *Grotius* (de I. B. et P. L. II. c. 2. §. 2. n. 1.) behauptet eine ursprüngliche allgemeine positive Gemeinschaft der Sachen, *Fischer* (Geschichte der teutschen Erbfolge Th. I. S. 4. 5.) ein Sammteigenthum am Grund und Boden, aber Eigenthumsrecht der einzelnen an den Producten, *Kulpis* (*collegium Grotianum* S. 26.) eine den ersten Menschen geschehene Schenkung und darauf erfolgte Vererbung auf die Nachkommen, *Pufendorf* (*de officio hominis et civis* L. I. c. 12. §. 2. vergl. *Treuer* ad h. l.) eine ursprüngliche negative Gemeinschaft etc. *Hobbes* *jus omnium in omnia* ist nicht, wie einige glauben, einerley

ley mit *Pufendorfs communione primitiva negativa*, sondern mit der *communione positiva* des *Grotius*. Man vergleiche nur *Hobbes de cive* c. 1. §. 11.

2. Weder *Grotius* noch *Pufendorfs* Gütergemeinschaft ist mit dem, was im Text behauptet worden, einerley. Beide wollen keinen ausschliessenden Gebrauch ohne die Einwilligung der andern Menschen (bey welcher Sache läßt sich aber diese gehörig beweisen?) zugeben, da hingegen im Text aus den bisher entwickelten Grundsätzen gefolgert und festgesetzt wird, daß, so lange niemand einen ausschliessenden Gebrauch einer Sache nöthig findet, um sie als Mittel zu seiner Vollkommenheit zu gebrauchen, diese Sache jedem zum Gebrauch frey stehen muß; sobald aber dies von ihm als nöthig angesehen wird, er auch zum ausschliessenden Gebrauch berechtigt seyn müsse. wenn er keines andern Vollkommenheit dadurch mindert, weil ihm sonst die Mehrung der Vollkommenheit noch unter andern Einschränkungen, (die also wieder nicht bloß Gesetze der Sittlichkeit seyn müßten,) geboten seyn müsse.

§. 185.

Der Grund des Eigenthumsrechts beruht allein auf der Vorstellung des Rechthabenden, daß eine Sache sein Gut sey, und nur durch ausschliessenden Gebrauch ihm als Mittel dienen könne.

Die auch hier wieder eintretende Einschränkung dieses Rechts durch höhere sittliche Gesetze versteht sich

schon aus dem obigen und wird in der Folge noch besonders entwickelt werden.

§. 186.

Ohne diese Vorstellung des Rechthabenden (§. 1. Anm. 1. §. 51. 88.) läßt sich gar kein Recht des Eigenthums denken. Aber da sie allein auch hinreichend seyn muß (§. 185.), und bloß eigentlich der Rechthabende hier urtheilen darf; so sind zur Begründung des Eigenthums gar keine äussern Zeichen desselben nothwendig.

1. Sobald man Pflichten gegen das Eigenthum im Naturrecht lehren will, so ist nichts natürlicher, als daß man Zeichen desselben, woran es andere erkennen können, erfordere. Daher ist es begreiflich, daß einige Lehrer des Naturrechts solche Gründe des Eigenthums angeben, wodurch es andern als solches bekannt werde; andre hingegen, weil sie keine hinreichende ganz unverkennbare Zeichen dafür im Naturstande denken können, es ganz leugnen, daß es im Naturrecht Eigenthum geben könne.

2. Viele (z. B. *Schlettwein* Rechte der Menschheit S. 95.) gründen das Eigenthum auf erste Ergreifung; andre auf die Verwendung der Kräfte daran; *Mendelssohn* (Jerusalem S. 32.) auf innigste Verbindung einer Sache mit den Producten des Fleisses eines Menschen; *Feder* (Grundlehren Th. II. §. 11.) u. a. auf innigste Verbindung derselben mit der ursprünglichen Glückseligkeit; *Grotius* u. a. auf Verträge mit andern; *Garve* (Anm. z. Cicero III. B. S. 163. 164. — n. Aufl. S. 175.

S. 175. 176.) u. a. auf Verbindung in Gesellschaften
u. f. w.

§. 187.

Aus dem bisher entwickelten folgt nun,
dass jeder sich Eigenthum erwerben darf, der
seine Vollkommenheit mehrern kann.

§. 188.

Ferner dass jeder alles zu seinem Eigen-
thum machen darf, wodurch die Vollkommen-
heit andrer nicht gemindert und die seinige ge-
mehrt wird; folglich nichts, wovon er allen
Gebrauch machen kann, ohne es ausschliessend
zu gebrauchen; nichts, was andere schon eigen-
thümlich besitzen, u. dgl.

1. Eine Sache, die zu jemandes Eigenthum gehört,
nennt man *eigenthümlich* (*res propria*); eine solche,
die zu niemandes Eigenthum zu rechnen ist, eine
herrenlose Sache (*res nullius*). Das positive Recht un-
terscheidet noch davon *res jacentes*.
2. Hierauf bezieht sich die Regel: *res nullius cedit pri-
mo occupanti*.
3. Nach einigen kann man nichts zu seinem Eigenthum
rechnen, als was man augenblicklich braucht; nach
andern nur das, was man zur Erhaltung des Lebens
braucht.

§. 189.

§. 189.

Jeder darf also auch soviel zu seinem Eigenthum rechnen, als er zur Mehrung seiner Vollkommenheit brauchen kann, ohne andrer Vollkommenheit zu mindern, oder ohne die Mehrung einer größern Vollkommenheit zu erschweren.

§. 190.

Ich habe ein Recht, mir alles durch Zwang zu erhalten, was ich zu meiner Vollkommenheit rechne, also auch mein Eigenthum.

§. 191.

Der Anfang des Eigenthums heist die *Erwerbung* (*acquisitio*).

§. 192.

Man betrachtet in Ansehung derselben *erstlich* den Grund, warum eine Sache ein eigenthümliches Gut eines Menschen werden kann, oder den *Rechtstitel* (*titulus acquirendi dominium*); *zweytens* die Handlung, wodurch sie dies wird, oder die *Erwerbungsart* (*modus acquirendi dominium*).

§. 193.

§. 193.

Im Naturrecht kann, um Zwangsrechte darauf zu gründen, nichts zum *Rechtstitel* erforderlich seyn, als das die Sache, die in jemandes Eigenthum kommen soll, nicht eines andern Gut sey.

1. Ist sie eines andern Gut, so ist der einzige denkbare Rechtstitel, das sie aufhöre, dies zu seyn; davon in der Lehre von den Verträgen.
2. Da dem Richter im Staate dieser Umstand, das eine Sache jemandes Eigenthum werden konnte, deutlich werden muss; so müssen Zeichen da seyn, aus denen ihm die Wirklichkeit jenes Rechtstitels einleuchte; und aus diesen Zeichen für den Richter entstehen die verschiedenen Rechtstitel im positiven Rechte.

§. 194.

Eben so kann auch die *Erwerbungsart* im Naturrecht bloß als die innere Handlung betrachtet werden, vermöge deren jemand anfängt, eine Sache als sein eigenthümliches Gut anzusehen (§. 185.)

Die verschiedenen Arten derselben, die im positiven Recht vorkommen, beziehen sich wieder auf Zeichen, woran der Richter jene innre Handlung erkennen soll.

§. 195.

§. 195.

Man kann entweder solche herrenlose Sachen zu seinem Eigenthum rechnen, die schon vorher vorhanden waren, ehe sie eigenthümlich wurden, oder solche, die gleich mit dem Anfang ihres Daseyns eigenthümlich werden. Man nennt die Erwerbungsart bey den erstern *Besitznehmung* (*occupatio*), bey den letztern *Zuwachs* (*accessio*).

1. Wenn gleich diese Eintheilung den größten Einfluß nur eigentlich im positiven Recht, wo von Zeichen für den Richter die Rede ist, äußert; so ist es doch immer wichtig, zu untersuchen, was man von der Erwerbungsart im Naturrecht sagen kann, um die Uebereinstimmung des positiven Rechts mit demselben darnach zu beurtheilen.

2. Das positive Recht kennt (wenigstens) noch eine Erwerbungsart: die *Uebergabe* (*traditio*.) Da diese aber eine Sache voraussetzt, die schon vorher eines andern Eigenthum war; so gehört sie nicht hieher.

§. 196.

Alle Bestimmungen der beiden genannten Erwerbungsarten müssen den allgemeinen Bestimmungen des Eigenthums, von denen sie abhängen, völlig gemäß seyn.

§. 197.

§. 197.

Besitznehmung ist die Handlung, wodurch eine herrenlose Sache jemandes Eigenthum wird (§. 195.). Folglich nimmt derjenige eine Sache in Besitz, der sie anfängt, zu seinem Eigenthum zu rechnen (§. 185.).

§. 198.

Er kann aber nichts dazu rechnen, was andre schon zu dem ihrigen rechnen, (§. 188.) folglich auch dies nicht in Besitz nehmen.

§. 199.

Da im Naturstande überhaupt keine Zeichen zur Begründung des Zwangsrechts nöthig sind (§. 186.); so sind auch *keine Zeichen* *nothwendig*, daß jemand etwas in Besitz genommen habe, *um Zwangsrechte* daraus zu begründen.

Da jeder Mensch verbunden ist, Minderung seiner Güter auf alle Art zu verhüten; so ist er freylich auch *verbunden*, *Zeichen der Besitznehmung* für andre zu machen, an denen sie erkennen können, daß sie diese Sache nicht in Besitz nehmen dürfen. Allein dies hat keinen Einfluß aufs Zwangsrecht und die meisten Zeichen sind ohnehin erst durch Gewohnheit, Ueberlieferung und Uebereinkunft eingeführt, folglich wird es ohne diese wenig Zeichen geben, und es lassen sich auch ohne dieselbe nicht viel denken.

§. 200.

Zuwachs ist, wenn ich eine Sache gleich von ihrer Entstehung an zu meinem Eigenthum rechne. Auch hiezu ist Einsicht und Entschluß des Rechthabenden nöthig; dieser kann aber schon vor der Entstehung der Sache statt finden, wenn man dieselbe vorher weiß.

1. Meistens hat diese Erwerbungsart nur dann statt, wenn man eine Sache, an der oder aus der etwas entsteht, schon vorher zu seinem Eigenthum rechnete; von diesem Falle ist auch der Name dieser Erwerbungsart hergenommen. Da heißt dann die erste Sache die *Hauptsache*, *res principalis*; die neu entstehende *res accessoria* oder *accessorium*. Die *accessoria* sind wieder entweder *fortuita* oder *artificialia*.
2. Bey allem, was vorher schon da war, und etwa nur nachher mit der Hauptsache verbunden worden, hat eigentlich eine *Besitznehmung* statt; doch kann der Staat das aus guten Gründen zum Zuwachs rechnen, und es gleichen Regeln mit denselben unterwerfen.
3. Darnach lassen sich die verschiedenen Arten des Zuwachses leicht beurtheilen: *natürlicher* und *künstlicher Zuwachs* (*accessio naturalis et artificialis s. industrialis*); zum ersten gehören als Beyspiele *vis fluminis*, *alluvio*, *insula etc.*, zum zweyten: *Specificatio*, *commixtio*, *confusio*, *adjunctio etc.*

§. 201.

Vom Eigenthum ist der *Besitz* (*possessio*) verschieden; dieser ist das physische Vermögen, eine Sache ausschliessend zu gebrauchen (vergl. §. 181.).

1. An sich ist also eigentlich *Besitz* bloß ein physischer, *Eigenthum* ein moralischer oder rechtlicher Begriff. *Besitz* ist die nothwendige Bedingung der Ausübung des Eigenthumsrechts, und Eigenthum und Besitz sind bald verknüpft, bald von einander getrennt.
2. Arten des Besitzes: *wahrer Besitz*, (*vera possessio*) und *analogischer Besitz* (*possessio analogica vel quasi possessio*); ferner *natürlicher* und *bürgerlicher Besitz* (*possessio naturalis vel corporalis et possessio civilis vel mentalis.*)

§. 202.

Der Anfang des Besitzes ist *Ergreifung* (*apprehensio*).

Sie ist so wenig Besitznehmung oder Erwerbung, als Besitz, Eigenthum ist (vergl. §. 191. 197.) Sie kann aber zum Zeichen der Besitznehmung dienen (§. 199. Anm.)

§. 203.

Das Eigenthum (§. 181.) schließt allen ausschliessenden Gebrauch in sich; folglich allen Nutzen, der mir aus der Sache mit oder
G ohne



ohne mein Zuthun erwachsen kann; allen Gebrauch, wodurch dieselbe auf irgend eine Art Mittel zu meiner Vollkommenheit werden kann.

§. 204.

Es enthält daher das Recht, 1) die Sache zu gebrauchen und allen Nutzen davon zu ziehen; 2) die Früchte derselben zu genießen; 3) über das Wesen der Sache zu disponiren; 4) sie zu veräußern; 5) sie zu verlassen.

1. In diesen Rechten sind manche andre enthalten: so z. B. darf mir kein anderer einen Gebrauch meines Eigenthums, auch wenn er ihn für besser hielte, vorschreiben, niemand die Producte meiner Grundstücke nehmen; ich darf meine Sache verbessern, zernichten, theilen, theilweise veräußern, die Nutzung davon andern überlassen, Bedingungen bey der Veräußerung festsetzen, die Sache (physisch) misbrauchen etc.

2. Diese Rechte des Eigenthums können theils bey sammen, theils getrennt seyn, welches man *vollständiges* und *unvollständiges Eigenthum* (*dominium plenum et minus plenum*) nennt; ihre Ausübung kann *eingeschränkt* oder *uneingeschränkt* seyn (*dominium limitatum et illimitatum s. restrictum*.) Beyspiele von den erstern Arten giebt die Eintheilung des positiven Rechts in *dominium directum et utile etc.*, von den andern die *Servituten*, etc. Da jene Trennung durchaus willkührliche Bestimmungen der Menschen unter sich entweder durch

durch *Verträge* oder durch *Gesetze* voraussetzt; so kann sie hier nicht weiter untersucht werden: sondern gehört theils in die *Lehre von Verträgen*, theils ins *allgemeine bürgerliche Recht*, theils in das *positive Recht*.

§. 205.

Daraus folgen als Zwangsrechte gegen andre: 1) Das Recht, mich im Besitz meiner Sache zu erhalten, oder, falls ich ihn verloren, wieder hineinzusetzen; 2) mich in der Ausübung der gedachten Rechte nicht stören zu lassen, 3) jeden andern von einem Gebrauch, der dem meinigen hinderlich wäre, abzuhalten.

§. 206.

Der Eigenthümer kann aber andern nicht wehren 1) das Recht des *unschädlichen Gebrauchs*, d. i., eines solchen, der denjenigen, den er davon machen will, nicht einschränkt (§. 179.); 2) des *Nothgebrauchs*, d. i., eines solchen, der zur Erhaltung eines ursprünglichen Guts erforderlich ist, welcher die erworbenen Güter nachstehen müssen. (§. 171. n. 3.)

§. 207.

Das Eigenthum kann entweder einem allein zustehen, oder mehreren gemein seyn.

Im letztern Fall heisst es ein *gemeinschaftliches Eigenthum*, und jeder Eigenthümer hat ein *Miteigenthum* (*condominium*) an der Sache.

§. 208.

Durch Besitznehmung (§. 197.) erwirbt man nur ein Eigenthum (§. 181.) an herrnlosen Sachen. Wenn jemand aber eine schon eigenthümliche Sache (§. 188. Anm. 1.) in Besitz genommen hat; so erwirbt er nur ein Eigenthum daran, so lange er nicht weiss, dass die Sache schon einem andern eigenthümlich gehört; sobald er dies aber weiss, hat er gar kein Recht des Eigenthums mehr in Ansehung derselben.

1. In ersten Fall heisst er *redlicher Besitzer* (*possessor bonae fidei*,) im zweyten Fall *unredlicher Besitzer* (*possessor malae fidei*.)

2. Die *Pflichten* des redlichen sowohl als des unredlichen Besitzers gehören eigentlich nicht hieher, da unsre Wissenschaft nur von Rechten zu handeln hat (§. 52.)

§. 209.

Eine solche Besitznehmung einer schon eigenthümlichen Sache (§. 208.) heisst eine *vermeinte Besitznehmung* (*occupatio putativa*), und ein

ein so erworbenes Eigenthum ein *vermeeyntes Eigenthum* (*dominium putativum.*)

Alle genauere Bestimmungen darüber gehören nicht ins Naturrecht, weil sie theils nicht auf Rechte, sondern auf Pflichten gehen, theils willkührliche Bestimmungen voraussetzen.

§. 210.

Die Arten der Aufhebung des Eigenthums (*modi tollendi dominium*) sind: 1) der Untergang der eigenthümlichen Sache (*rei interitus*), 2) Verlassung derselben (*derelictio*), 3) der Tod des Eigenthümers (*mors.*)

Die Verlassung wird hier im weitern Sinne genommen, wenn überhaupt der Entschluß, die Sache als sein Eigenthum anzusehen, aufhört, und begreift also auch jede Veräußerung an andere.

§. 211.

Das Eigenthum kann verletzt (§. 152.) werden: 1) wenn die Sache vernichtet wird; 2) wenn sie dem Eigenthümer genommen wird; 3) wenn die Sache verschlimmert, d. i., zum Gebrauch untauglicher gemacht wird (*damnum datum*); 4) wenn der Eigenthümer verhindert wird, Gebrauch davon zu machen, oder Nutzen daraus zu ziehen (*lucrum interceptum.*)

§. 212.

Der Eigenthümer schützt sich gegen alle diese Verletzungen seines Eigenthums (§. 211.) durch Zwang (§. 205.). Ist ihm sein Eigenthum wirklich genommen, so nimmt er es wieder, nebst allen Früchten, die andre daraus gezogen haben und die noch vorhanden sind. (§. 94.) Die Handlung, wodurch man das Eigenthum zurückfordert, heisst *Vindication*.

Doch nimmt der Eigenthümer nur, was sein ist, und alles, was der Besitzer dazu gethan hat, läßt er ihm, oder wenn es nicht abzufondern ist, so ist er zum Ersatz dafür, eben wie für die aufgewendeten Kosten zur Erhaltung der Sache etc., von denen der Eigenthümer Nutzen hat, verbunden; darum hat aber der andre noch, wenn keine Absonderung möglich ist, kein Zwangsrecht zum Ersatz (§. 93.). Die Verbindlichkeit zum Ersatz kann auch nicht gegen den *unredlichen Besitzer* (§. 208. Anm.) dann statt finden, wenn dieser mir selbst etwas wegen der Vorenthaltung des Eigenthums zu ersetzen hat.

§. 213.

Der Eigenthümer schützt alles, was er für sein Eigenthum erkennt, durch Zwang, ohne Rücksicht darauf, ob der Pflichttragende es dafür erkennt oder nicht. (§. 88.)

§. 214.

In diese Abhandlung des Naturrechts vom Eigenthum gehören alle diejenigen Lehren, welche erst aus verschiedenen willkührlichen Instituten entstehen (§. 204. Anm. 2.), welche aus der Pflicht zum Ersatz folgen (§. 93.) welche Zeichen und Beurtheilung andrer voraussetzen (§. 186.) u. s. w. gar nicht.

§. 215.

Man kann sich durch bloß einseitige Handlungen *guten Ruf* oder *Ehre* (§. 132. Anm. 2.) erwerben. Auch dieser, der Mittel zur Vollkommenheit seyn kann, darf nicht gemindert werden; sonst schützt ihn der Besitzer desselben mit Zwang.

Zwangsrecht zu *Ehrenbezeugungen* kann man allein durch Verträge erwerben (§. 140.)

Dritte Abtheilung.

Rechte in Ansehung der Verträge.

§. 216.

Von Natur habe ich kein Recht über die Güter, also auch keines über die Kräfte und die Bestimmung der Handlungen eines andern (§. 141 - 143.); und da die Vollkommenheit eines jeden und ihre Theile allein von der Einsicht und Beurtheilung eines jeden abhängen (§. 88.); so kann ich über dieselbe kein Recht erlangen, als wenn er aufhört, sie als seine Güter anzusehen; folglich nicht ohne seinen Willen. Also giebt es *keine ursprüngliche*, d. i. vom Willen andrer unabhängige, *Erwerbung* (*acquisitio originaria*) von Rechten auf Personen (§. 178. Anm. 2.)

§. 217.

Einwilligung (*consensus*) ist die Bestimmung des Willens, daß etwas geschehen soll. Aeußerung derselben durch Zeichen, (zu denen auch

auch die Worte gehören,) heisst *Erklärung der Einwilligung* (*declaratio consensus.*)

Hier sind Zeichen durchaus nöthig, weil der andre hier zu urtheilen hat; aber auch hier müssen alle Folgen von ihrer willkührlichen Bedeutung und Zweydeutigkeit, nebst der Bemerkung, dass alles zuletzt auf die Einsicht des Handelnden zurückzuführen sey, (§. 154.) wieder wohl bemerkt werden.

§. 218.

Alle Rechte auf Personen und auf Sachen, die schon vorher andern Menschen gehörten, kann ich also bloß durch Einwilligung derselben erhalten.

Man muß die Veranlassung zu Verträgen (gegenseitige Bedürfnisse) und die Verbindlichkeit, Verträge zu schliessen, nicht mit dem Grunde der Zwangsrechte aus Verträgen verwechseln.

§. 219.

Erklärung meiner Einwilligung, dass ein andrer eins meiner Güter künftig zu den seinigigen rechnen dürfe, heisst ein *Versprechen* (*promissio*).

1. Güter sind hier sowohl Sachen als die Bestimmung von Handlungen. (§. 141.)
2. Wenn demjenigen, der das Versprechen gegeben hat, wieder etwas versprochen wird, so heisst das ein *Gegenversprechen* (*repromissio*).

§. 220.

Erklärung der Einwilligung desjenigen, dem etwas versprochen worden, dafs er das versprochene Gut als das seinige ansehen wolle, heifst *Annahme* des Versprechens (*acceptatio*).

§. 221.

Ein angenommenes Versprechen heifst ein *Vertrag* (*pactum, conventio*.)

Einige erfordern noch eine *wiederholte Zusage* dazu; sie ist aber *nicht nothwendig*, wenn gleich ganz rathsam.

§. 222.

Zu einem Vertrage sind also zwey Personen nöthig: Der Versprechende (*promittens*) und der, dem versprochen wird (*promissarius*.)

§. 223.

Der Versprechende entsagt seinem Rechte an der Sache, worüber der Vertrag geschlossen werden soll, und rechnet sie also nicht mehr zu seiner Vollkommenheit. Der Promissar mindert keines andern Vollkommenheit und mehrt die seinige, wenn er jene Sache nun unter seine Güter aufnimmt. Also hat der letzte

te ein Recht, ein ihm versprochenes Gut zu seiner Vollkommenheit zu rechnen.

§. 224.

Alles, was jemand zu seiner Vollkommenheit rechnet, darf er sich durch Zwang erhalten; also auch das durch den Vertrag erworbene Gut.

1. Auch dies hängt von der Beurtheilung des Zwingenden ab, der sich auch über die Zeichen trügen kann.

2. *Roussseau* (*Emile* T. II. not. i.) gründet die Rechte der Verträge auf einen angeborenen Grundsatz (*principe inné*); *Mendelssohn* (*Phädon* S. 219. *Jerusalem* S. 45. 52.) auf Erhebung einer Gewissenspflicht zu einer Zwangspflicht; *Garve* (Anm. zum *Cicero* Th. I. S. 94. 95. u. Note zu S. 96. - 98.) auf die Nothwendigkeit derselben zur Betreibung der Geschäfte der Gesellschaft (fast eben so begründet sie auch *Pufendorf de officio hominis et civis* L. I. c. 9. §. 3. und *Beyer delineatio juris divini* c. 17.); *Hobbes* (*de cive* c. 2. §. 4. c. 3. §. 1. *Leviathan* c. 14. 15. pr.) auf Nothwendigkeit derselben, um Frieden zu erhalten; *Feder* (*Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens* Th. II. §. 17.) auf die Pflicht, die gemachte Erwartung zu erfüllen, u. s. w.

§. 225.

Hier stehen Recht und Verbindlichkeit einander immer entgegen, (vergl. §. 51. Anm.)
und

und ändern sich gleichförmig gegen einander ab, weil sie durch die Willkühr der Menschen gegen einander so festgesetzt und genau abgemessen sind; doch kann auch die Beurtheilung der Handelnden bey einzelnen Verträgen immer sehr verschieden seyn.

§. 226.

Erwerben kann sich jeder Rechte durch Verträge, der seine Vollkommenheit mehrern kann.

Also auch ein Ketzer.

§. 227.

Von jedem kann man Zwangsrechte durch Verträge erwerben, der 1) seine Güter weggeben kann, 2) der sie weggeben will, 3) den man zwingen kann.

1. Jede Bestimmung des Willens setzt eine Erkenntniß von demjenigen voraus, wozu der Wille zu bestimmen ist; also muß überhaupt Erkenntniß bey dem, der einwilligen will, möglich seyn. Er muß also den Gebrauch der Vernunft (*usum intellectus s. rationis*) haben.

2. Der ersten und zweyten Bestimmung wegen kann ich keine Verträge mit einem Kinde, Thiere, Schlafenden, Trunkenen, Wahnsinnigen, u. s. w.; der dritten wegen keine mit Gott oder mit einem Geiste schließen,

Schliessen, um mir dadurch etwas zu erwerben. —
Mit einem Atheisten kann ich aber unstreitig Verträge
schliessen.

§. 228.

Man kann über alles Verträge schliessen,
was 1) nicht unmöglich 2) nicht verboten ist.

§. 229.

Zu den unmöglichen Dingen gehört, wenn
ich mich verpflichte, etwas für wahr zu halten,
Dies hängt nicht von meinem Willen ab, und
ich kann dazu gar nicht gezwungen werden.

§. 230.

Dazu gehört ferner, wenn ich mich ver-
pflichte, nichts anders zu wollen, als was der
andre mir vorschreibt.

Dahin gehört die Verpflichtung nicht, alles zu thun,
was der andre will.

§. 231.

Verboten ist es, mich zu etwas zu verbin-
den, dessen Beobachtung eine meiner ur-
sprünglichen Pflichten aufheben würde.

§. 232.

§. 232.

Ich kann mich also des Vermögens, mich zu vervollkommen, nie begeben (§. 72.) und mich nie verpflichten, andrer Vollkommenheit zu mindern (§. 74.)

Ich kann also z. B. nie der Freyheit, besser, aufgeklärter etc. zu werden, entlagen, nie eine fremde Sache einem andern versprechen etc.

§. 233.

Ich kann keins meiner unveräußerlichen Güter weggeben (§. 146.)

Ich kann z. B. niemand ein Recht geben, mir das Leben zu nehmen.

§. 234.

Wenn über etwas, wozu ich mich nicht verbinden kann, ein Vertrag geschlossen worden; so ist dieser Vertrag null und nichtig (*pactum nullum*); d. h. er hat gar keine von den rechtlichen Folgen, die sonst Verträge haben.

Sonst müßte eine Verletzung der Sittlichkeit ein Recht begründen können.

§. 235.

Außer diesen Einschränkungen kann ich mich zu allen verbindlich machen. Ich kann also

also *bestimmte* Handlungen vorzunehmen versprechen.

§. 236.

Ich kann andern das *Recht* geben, *mir Handlungen vorzuschreiben*; nur nicht verbotne (§. 228.)

Knechtschaft.

§. 237.

Ich kann mich verbindlich machen, eines andern Vollkommenheit zu mehren, oder ihm die seinige zu erhalten.

Hülfe, aber nur zur Vertheidigung (*auxilium justum*).

Man kann dem andern versprechen, Wahrheit zu sagen, Kenntnisse mitzutheilen etc.; ferner, eine bestimmte Sache zu übergeben etc.

§. 238.

Bey allen diesen Versprechen ist die gewisse Erwartung der Handlung oder die Bestimmung der Handlungen andrer das Gut, das der Rechthabende durch Zwang schützt; er zwingt also den Pflichttragenden, die Handlung zu thun.

§. 239.

§. 239.

Uebrigens muß der Versprechende alles halten, was er versprochen hat, und dazu kann ihn der Rechthabende zwingen.

§. 240.

Einige Verträge, die im Staat genau bestimmt, benannt und in ihren Folgen von andern unterschieden sind, kann man schon im Naturstande (§. 10.) eingehen; andre nicht.

§. 241.

Da aber im Naturstande nur das Verbindlichkeit und Zwangsrecht begründet, was wirklich versprochen ist (§. 223.), die Versprechen aber so gar sehr verschieden bestimmt werden können; so können alle noch so natürlichen Folgen eines willkührlich festgesetzten und willkührlich begränzten Begriffs von einem besondern Vertrage nicht anders mit Verbindlichkeit und Zwangsrecht verknüpft angesehen werden, als unter der Voraussetzung, daß die vertragsschließenden Partheyen gerade diese Bestimmungen eingegangen sind; weshalb denn *die einzelnen Arten der Verträge mit ihren Abtheilungen zwar meistens im Naturstande gedacht* (§. 240.)

(§. 240.), da sie aber nicht ohne besondere Voraussetzung Zwangsrechte begründen, nicht als Gründe allgemeiner Gesetze im Naturrecht gelehrt werden können.

1. Da der Staat wegen des Richteramts die einzelnen Arten der Verträge durchaus scheiden *muß*; so wird von denselben im *allgemeinen bürgerlichen Recht* (§. 24.) gehandelt werden.
2. Da alle Bestimmungen von Werth, Preis, Geld, etc., Willkühr der Menschen voraussetzen, so können auch sie hier bloß als möglich, nicht als Gründe von neuen Rechten ohne Voraussetzung besondrer Einwilligung, gedacht werden. Dies kann durch Entwicklung der Begriffe von *Werth* (*valor*) überhaupt, *Preis* (*pretium*), *gesetzlichen*, *Conventions* -, *Marktpreis*, *Geld*, *Münze*, und die Anwendung des vorher erinnerten auf dieselben, leicht erläutert werden.

§. 242.

Man kann auch Bedingungen (*conditiones*) und andre Bestimmungen zu Verträgen hinzusetzen.

1. *Wesentliche*, *gewöhnliche*, und *zufällige* Bestimmungen (*essentialia, naturalia et accidentalia*) bey einem Verträge. *Unbedingte* und *bedingte* Verträge (*pacta pura et conditionata.*) Unter der *Bedingung* im allgemeinen sind begriffen: *Bedingung* im engern Sinne (*conditio*), *Zeit* (*tempus*), und *Art* (*modus.*) Eintheilungen der Bedingungen sind: in *bejahende* (*conditio affirmativa,*) und *verneinende* (*negativa,*

gativa), (phyſiſch und moralifch) *mögliche* (*poſſibilis*) und *unmöglich* (*impoſſibilis*), ſolche, deren Erfüllung von der Macht des Promiſſars (*potestativa*), ſolche, wo ſie von äußerlichen Umſtänden (*caſualis*), und ſolche, wo ſie von beiden zugleich abhängt (*mixta*,); endlich ſolche, welche die Gültigkeit des Vertrags aufſchieben (*ſuſpenſiva*,) und ſolche, die ſie aufheben (*reſolutiva*). In Anſehung der Zeit ſind die Verträge entweder *pacta in diem* oder *ex die*. — Die Entſcheidung aller hier vorkommenden Fragen ergiebt ſich entweder aus dem Begriff der verſchiedenen Beſtimmungen ſelbſt, oder muß der Willensbeſtimmung der Parteyen überlaſſen werden.

2. Die Beſtimmungen können theils die Gültigkeit des Vertrags überhaupt, theils die übertragenen Güter betreffen; ſo kann man ein Eigenthum nur mit Einſchränkungen übertragen, z. B. das Eigenthum eines Buchs, wo man beym Verkauf nicht das Recht, daſſelbe nachzudrucken, mit überträgt. *Becker Eigenthumsrecht an Geiſteswerken*. Frankfurt und Leipzig 1789.

§. 243.

Ich kann mich zum *Erfatz* im Uebertretungsfall, und auch zur *Strafe*, verbinden.

1. *Strafe* iſt Zuſügung eines Uebels wegen einer begangnen Handlung, um entweder den Handelnden oder andre von ähnlichen künftigen Handlungen abzuschrecken. Sie iſt nicht zu verwechſeln 1) mit jeder Gewalt oder jedem Zwange zur Erhaltung, zumal im Nothfall, 2) mit dem Zwang zum Erfatz. Dieſe beiden

beiden Arten des Zwangs werden auch zuweilen, aber uneigentlich, Strafe genannt.

2. Die eigentliche Strafe kann sich nur auf einen (ausdrücklichen oder stillschweigenden) Vertrag gründen; die uneigentliche kann andre Gründe haben.

§. 244.

Jeder Vertrag wird durch Einwilligung geschlossen. Diese Einwilligung wird andern bloß durch Erklärung derselben bekannt, die immer nur als ein Zeichen der Einwilligung zu betrachten ist (§. 217.)

§. 245.

Eine solche Einwilligung muß physisch und moralisch möglich seyn.

Einwilligung der Kinder, Blödsinnigen, Betrunknen etc.

§. 246.

Sie muß ferner wirklich seyn.

Sie wird nicht durch Unterhandlungen (*tractatus*), nicht durch scherzhafte Aeufserungen, Complimente etc. gegeben.

§. 247.

Diese Einwilligung wird entweder durch Worte und Zeichen erklärt, oder man schließt sie

sie aus Thaten. Jenes heißt *ausdrückliche* (*consensus expressus*), dies *stillschweigende* Einwilligung (*consensus tacitus*).

1. Diese Thaten müssen nothwendig die Einwilligung voraussetzen; sonst kann man daraus dieselbe nicht mit Sicherheit schließen.
2. Aus bloßem Schweigen, (wenn es nicht von andern bedeutenden Handlungen begleitet wird,) kann nicht Einwilligung geschlossen werden, obgleich der Staat dies festsetzen kann.
3. *Vermuthete Einwilligung* (*consensus praesumptus*) kann im Naturstande kein Recht geben; sie ist auch, genau betrachtet, in unserm positiven Recht nicht zum Grunde gelegt. — *Erdichtete Einwilligung* (*consensus fictus*) ist nur im Staate denkbar.

§. 248.

Die Einwilligung muß gegenseitig seyn (§. 221.); folglich kann kein Vertrag ohne Annahme (§. 220.) gedacht werden.

1. Ein *bloßes Versprechen* (*pollicitatio*) ist kein Vertrag, am wenigsten wenn der Versprechende dem andern kein Zwangsrecht dadurch erwerben lassen will.
2. Gelübde (*vota*) gehören nicht ins Naturrecht, denn sie können keine Zwangsrechte geben.
3. Wenn der andre nicht das versprochne Gut zu seiner Vollkommenheit rechnet; so kann es der Versprechende von neuem zu der seinigen rechnen. Dies kann

kann auch als Bedingung des Versprechens gedacht werden.

§. 249.

Sind mehrere Versprechen in einem Vertrage enthalten; so ist das ein *zusammengesetzter Vertrag* (*pactum compositum*); sonst nur ein *einfacher* (*pactum simplex*.)

§. 250.

Verspricht nur einer von den Vertragsschließenden etwas; so heisst das ein *einseitiger Vertrag* (*pactum unilaterale*); versprechen beide einander etwas, so ist es ein *doppelseitiger* (*pactum bilaterale*).

Der Unterschied der *contractuum realium* und *consensualium* kann zwar im Naturstande gedacht werden; aber die eigentliche Natur derselben mit ihren Folgen, ist, eben wie die der *verbalium*, *literalium* etc., bloß aus dem positiven Recht entstanden und in demselben möglich.

§. 251.

Die vorsätzliche Erweckung einer unrichtigen Vorstellung bey einem Menschen, um ihn zu einem Entschlusse zu bestimmen, heisst ein *Betrug* (*dolus*).

§. 252.

Der Betrüger kann kein Recht sich erwerben; denn er handelte pflichtwidrig und wußte, daß der andre nicht wirklich einwilligte.

Diese Bestimmung bleibt gleich, er mag selbst den Betrug begangen, oder ihn gewußt und nicht entdeckt haben, da er, weil er ihn wußte, sich über die Einwilligung des andern nicht trügen konnte, wenn auch die Zeichen derselben einen andern, der ihn nicht wußte, hätten irre führen können.

§. 253.

Der Betrogene erhält sich das, was er zu seinen erworbenen Gütern rechnet, und seine ursprünglichen Güter.

1. Ersatz in diesen Fällen tritt wieder erst im Staate ein.
2. Der Betrogene übt sein Zwangsrecht nach seiner Ueberzeugung von seiner und des andern Einwilligung aus, ohne darauf zu sehen, ob der, welcher mit ihm den Vertrag geschlossen, oder ein anderer, den Betrug gemacht hat; ob der Betrug die Ursache des ganzen Vertrags gewesen (*dolus causam dans*), oder nur einigen Einflufs gehabt hat (*dolus incidens*).

§. 254.

Ist die unrichtige Vorstellung ohne jemandes Zuthun entstanden; so heisst das ein Irrthum

thum (*error*), und hier verfahren beide Par-
teyen nach ihrer Einsicht. Werden sie aber
überzeugt, daß sie sich von der Ueberzeugung
eines andern eine falsche Vorstellung gemacht
haben; so können sie sich kein Recht zueignen,
und ihr voriges Zwangsrecht in Ansehung des
erworbenen Gutes fällt nun weg.

§. 255.

Dies gilt aber nur, sobald der Irrthum die
Einwilligung selbst betrifft. Ist der Irrthum et-
wa bloß Ursache eines Versprechens gewesen,
so geht das den Promissar eben so wenig an,
als wenn der Versprechende sich stillschwei-
gende Bedingungen u. d. gl. gedacht hat.

1. Die Folgen bey den Systemen, welche Aufrechthal-
tung und Nutzen der Gesellschaft zum Grunde der
Verträge legen, müssen über diese Fragen völlig an-
ders seyn.
2. Die Bestimmungen des positiven Rechts müssen, da
hier alles auf Zeichen bezogen werden muß, ganz
verschieden ausfallen, wenn auch die natürliche Bil-
ligkeit und Klugheit nicht noch manche weitere Aen-
derungen anrieth.
3. Eintheilung in *wirksamen* und *unwirksamen* Irrthum
(*error efficax et non efficax*); der letzte kann keinen
Einfluß auf die Bestimmung der Rechte haben. Fer-
ner in *überwindlichen* und *unüberwindlichen* Irrthum

(*vincibilis et invincibilis*). Diese Eintheilung ist für den Richter, nicht aber im Naturstande, wichtig.

§. 256.

Die Einwilligung muß frey seyn. Wenn der eine durch *Gewalt* (*vis*) den andern zu einem Versprechen zwingt, so verspricht der letzte aus *Furcht* (*metus*). Er giebt aber wirklich nur Zeichen der Einwilligung, nicht Einwilligung selbst.

Im Naturstande bedeuten die Zeichen nur dann etwas, wenn man nicht das Gegentheil auf andre Art weiß.

§. 257.

Der Zwingende handelt 1) wider seine Pflicht, 2) weiß, daß die Zeichen, zu denen er den andern zwingt, wirklich nicht dessen Einwilligung bedeuten; und erhält also kein Recht (§. 223.)

§. 258.

Der Gezwungene hat sich keines Gutes begeben, und hat also das Recht, dem andern, wenn er die Erfüllung des Vertrags fodern sollte, mit Gewalt zu widerstehen.

1. Man könnte auch sagen: da der Zwingende kein Recht auf das Gut hätte: so nehme es der Gezwungene

gene wieder, da er jenes Vollkommenheit nicht mindere, wohl aber seine erhalte.

2. Ausnahme wäre es, wenn durch das Nichthalten des erzwungenen Versprechens wichtigere Vollkommenheit gemindert würde, oder in große Gefahr käme.

§. 259.

Handelte der Zwingende nicht wider seine Pflicht, also (was dann beym Zwang immer seyn muß §. 55.) zufolge seiner Pflicht; so könnte er sich durch einen erzwungenen Vertrag ein Recht erwerben, oder vielmehr befestigen, und dies durch Zwang schützen.

1. Alsdenn müßte dies Recht wohl nur als ein Mittel zur Erhaltung eines vorher schon zustehenden Rechts zu betrachten seyn.
2. Unterschied zwischen *gerechter* und *ungerechter Gewalt* (*vis justa et injusta*) und der entgegenstehenden *ungerechten* und *gerechten Furcht* (*metus injustus et justus.*) —
3. *Metus, qui in virum fortem cadit*, ist nicht im Naturstande von anderer zu unterscheiden; im Staat kann es nützlich seyn.
4. Bey der Furcht, die von einem dritten erregt wird, ist das anzuwenden, was oben (§. 254.) vom Irrthum gesagt worden.

§. 260.

Eid (*juramentum*) ist die Anrufung Gottes zum Zeugen, um seine Auflage zu bestärken. Er kann *promissorisch* oder bloß *assertorisch* seyn.

Der letzte gehört nicht in diese Lehre.

§. 261.

Ist er *promissorisch*, so enthält er eine zuverlässigere, kräftigere Bejahung und erhöht also die Verbindlichkeit.

Garve Anmerkungen und Abhandlungen zum Cícero Th. III. S. 246. flgg.

Jeder kann schwören, ohne Rücksicht auf seinen Glauben.

§. 262.

Das Zwangsrecht aus einem beschwornen Verträge ist dem aus einem unbeschwornen ganz gleich.

§. 263.

Sind alle nothwendigen Erfodernisse eines Vertrags da, so ist kein Unterschied unter den Verträgen in Ansehung ihrer Gültigkeit und rechtlichen Folgen.

Der Unterschied zwischen Verträgen und Contracten, der seinen Ursprung im römischen Recht hat, muß auch nach den Begriffen desselben bestimmt werden, und kann nach denselben im Naturstande nicht statt haben. Alle andre willkürlich abweichende Bestimmungen sind bloßes Spiel mit Worten.

§. 264.

Ist ein Vertrag geschlossen, so kann der Promissar den Versprechenden zur Haltung seines Versprechens zwingen.

Die Bestimmung dieses Zwangsrechts bey bedingten Verträgen u. d. gl. ergiebt sich aus den oben (§. 242. Anm. 1.) angegebenen Begriffen von selbst.

§. 265.

Aber nicht zum Ersatz, wenn dieser nicht versprochen ist (§. 93.)

§. 266.

Auch ein Dritter kann Rechte durch einen Vertrag erhalten, wenn dieser dem einen der vertragsschließenden Parteyen den Auftrag gegeben hat, Rechte für ihn zu erwerben, oder wenn der Promissar die Macht erhalten hat, den Versprechenden zur Erfüllung seiner Versprechen an den Dritten zu zwingen.

1. Ein Dritter (*tertius*) heisst jeder, der den Vertrag nicht mitgeschlossen hat.
2. Erben erhalten im Naturrecht keine Rechte durch Verträge, nemlich nicht blofs deswegen, weil sie Erben eines der vertragsschliessenden Partheyen sind. S. den zweyten Anhang des hypothetischen Naturrechts.

§. 267.

Gegen Dritte erhält der Promissar das Zwangsrecht: 1) seine durch den Vertrag erworbne Güter zu erhalten, 2) den andern in der Erfüllung seines Versprechens nicht stören zu lassen.

1. Hieraus wird die mögliche Erwerbung des Eigenthums durch Verträge klar.

2. Die durch Verträge erworbenen Güter dürfen aber darum gerade nicht blofs körperliche Güter seyn (§. 84.)

§. 268.

Ein Vertrag ist nichtig (*pactum nullum*), wenn keine Rechte und Verbindlichkeiten daraus entstehen (§. 234.). Er kann durchaus nichtig seyn (*absolute nullum*), wenn er nicht besteht, obgleich die Partheyen es wollen; in gewisser Beziehung nichtig (*secundum quid nullum*), wenn das Gegentheil ist.

§. 269.

§. 269.

Die Verträge werden aufgehoben: 1) durch Einwilligung der Parteyen, 2) durch Erfüllung der Versprechen 3) durch äußere Umstände.

§. 270.

Der Regel nach kann einer von den vertragsschließenden allein einen geschlossenen Vertrag durch Zurücknahme seiner Einwilligung nicht aufheben (*poenitere*).

1. Die Freyheit, vom Vertrage abzugehen, kann aber vorbehalten seyn; daher die Eintheilung in *wider-
rufliche* und *unwiderrufliche Verträge* (*pacta revocabilia et irrevocabilia*.)
2. Auch das wäre eine einseitige Aenderung des Versprechens, wenn einer eine Bedingung hinzusetzte.
3. Vor der Annahme kann ich mein Versprechen noch immer zurücknehmen, (§. 248.), wenn nichts anders festgesetzt ist.

§. 271.

Uebertritt der eine sein Versprechen und ich habe nur unter der Bedingung, daß er es halte, ihm wieder etwas versprochen; so hat er sein Zwangsrecht gegen mich verloren. Sonst aber befreyt wohl die Nichterfüllung des einen Ver-

Versprechens nicht von der Verbindlichkeit des Gegenversprechens (§. 219. Anm. 2.). Doch kann die Verfassung der übernommenen Verbindlichkeit von einer Seite als ein zweckmäßiges Mittel, den andern zur Erfüllung seines Versprechens zu zwingen, gebraucht werden.

§. 272.

Durch Einwilligung aller Parteyen können die Verträge aufgehoben werden, entweder gänzlich oder zum Theil. Jenes geschieht durch völlige unentgeltliche gegenseitige oder einseitige *Erlassung* (*remissio*), dies durch *Vergleich* (*transactio*).

Die möglichen mannichfaltigen Abtheilungen des Vergleichs sind besser im allgemeinen bürgerlichen Recht abzuhandeln.

§. 273.

Die Erfüllung der Versprechen in einem Verträge nennt man im allgemeinen *Zahlung*. (*solutio*.)

1. Unterschied zwischen *pactum perfectum* und *consummatum*.
2. Wenn der Promissar die Zahlung nicht annehmen will, so hat nach dem positiven Recht *gerichtliche Niederlegung* (*depositio*) statt.

§. 274.

§. 274.

Die äufsern Zufälle, welche die Gültigkeit des Vertrags aufheben sollen, müssen die Erfüllung desselben entweder unmöglich oder völlig unnütz machen. Dahin gehört der Untergang der Sache, der Tod des Versprechenden oder des Promissars, eine völlige Veränderung der Umstände u. s. w.

1. In wiefern ist die Clausel: *rebus sic stantibus* bey den Verträgen zu verstehen?
2. Manche Unterabtheilungen der Arten, die Verträge aufzuheben, werden besser im *allgemeinen bürgerlichen Recht* abgehandelt.

§. 275.

Verletzt können die durch Verträge erworbenen Rechte werden: 1) von den Partheyen, die den Vertrag geschlossen haben durch Zurückhaltung der versprochenen Sache, durch Nichtübung der versprochenen Handlung, durch Verfäumdung der Bedingungen, dadurch daß sie etwas thun, das die Erfüllung des Versprechens unmöglich macht oder erschwert; 2) von einem Dritten (§. 266. flg.) dadurch, daß er etwas thut, wodurch die Erfüllung des Vertrags unmöglich gemacht oder erschwert wird, oder

oder dadurch, daß er die durch den Vertrag erworbenen Güter nimmt.

§. 276.

Ich zwingen 1) jeden, mit dem der Vertrag geschlossen ist, zur genauesten Erfüllung desselben, 2) jeden andern, daß er ihn daran nicht hindert, und daß er mir die erworbenen Güter nicht nimmt.

Erster Anhang.

Was gehört nicht in diese Lehre von den Verträgen?

§. 277.

Die meisten Folgen für einzelne Gattungen der Verträge sind nicht nothwendige, sondern willkührliche, Bestimmungen; folglich ist die Eintheilung der Verträge in Klassen nicht im Naturrecht brauchbar.

Da die Bestimmung der Folgen von den verschiedenen Verträgen im Staat nothwendig ist, so ist es ganz zweck-

zweckmäfsig, die Eintheilung der Verträge in ihre Arten im *allgemeinen bürgerlichen Recht* vorzutragen.

§. 278.

Regeln der *Auslegung* (*interpretatio*) von Verträgen gehören nur für einen Dritten, der über Gültigkeit und Recht der Verträge entscheiden soll; also nicht für den Naturstand, sondern in den Staat; zumal da sie *nur in den meisten Fällen*, aber nicht immer, den wahren Sinn finden lehren, und im Naturstande der Handelnde nach seiner Ueberzeugung handelt.

Auch hievon kann schicklich im *allgemeinen bürgerlichen Recht* gehandelt werden.

Zweyter Anhang.

Was gehört nicht in das hypothetische Naturrecht überhaupt?

§. 279.

Andre Erwerbungsarten der Güter eines andern, als diejenigen, welche durch Einwilli-

I

gung

gung geschehen, giebt es nicht. (§. 216.) Also wird die Sache eines andern nicht mein durch langen Besitz, daher keine *Verjährung* (*usucapio, praescriptio*) im Naturrecht.

Aus eben dem Grunde folgt auch die Ungerechtigkeit des *Strandrechts* (*jus littoris*.)

§. 280.

Im Naturstande gehört eine Sache nach dem Tode ihres Eigenthümers niemanden; folglich kann jeder sie durch *Besitznehmung* sich zueignen. Daher kein *Familienerbrecht* (*successio ab intestato*) im Naturrechte.

Der Einwurf, daß die Kinder und Verwandte des Verstorbenen, weil sie mit ihm wahrscheinlich in einem Hause wohnen, es am ersten mit *in Besitz nehmen* können, ist kein Einwurf.

§. 281.

Das gemeinschaftliche Eigenthum kann nach dem Tode des einen Miteigenthümers auf den andern Miteigenthümer fallen, wenn dieser es auf diesen Fall und unter dieser Bedingung schon zu dem seinigen rechnet. Also kann man *Erbrecht aus Miteigenthum* (*successio ex condominio*) annehmen.

Das ist aber keine neue, von den vorher angegebenen Arten unterschiedene, Art der Erwerbung.

§. 282.

Hat sich jemand durch einen Vertrag ein Eigenthum an der Sache auf den Fall des Todes des Eigenthümers erworben; so erhält er es sich nachher durch Zwang. Folglich giebt es *Erbrecht durch Vertrag* (*successio pactitia*) im Naturstande.

Der Vertrag kann ein unentgeltlicher oder entgeltlicher, ein widerruflicher oder unwiderruflicher (§. 270. Anm. 1.) Vertrag seyn.

§. 283.

Gültigkeit der *einseitigen* Erklärung des Eigenthümers, wer nach seinem Tode seine Güter erhalten soll, oder eines *Testaments*, ist bloß im Staate möglich, weil im Naturstande das Eigenthum aufhört, sobald der Eigenthümer todt ist, und bey den Testamenten eben voraus gesetzt wird, daß niemand das Versprechen angenommen, und also die Güter auf den Todesfall des Eigenthümers schon zu den seinigigen gerechnet hat. Folglich kann im Naturstande die Gültigkeit der *Testamente* nicht gedacht werden.

1. Die Testamente sind auch bloß eine *Erfindung* der *Griechen*, von denen sie nach Rom gekommen, und nachher von hieraus durch das übrige Europa u. s. w. verbreitet sind.
 2. Jeder hat das Zwangsrecht, aus den Gütern eines Todten alles zu nehmen, was sein ist, aber nicht Ersatz dessen, was nicht mehr vorhanden ist, von dem, an den nachher die Güter kommen, zu erzwingen.
-

Zweyter Abschnitt.

Gesellschaftliches Recht.

Erste Abtheilung.

Allgemeines Gesellschafts - Recht.

§. 284.

Gesellschaft (*societas*) ist eine Verbindung mehrerer Menschen, in der Absicht, um mit vereinigten Kräften einen Zweck zu erreichen.

1. Das

1. Das Wort Gesellschaft bedeutet, auſer der Verbindung ſelbſt, auch noch den Inbegriff der Geſellſchaftsglieder, ja zuweilen wohl den Zuſtand der Verbindung; Begriffe, welche bey Fragen über die Geſellſchaft ſehr unterſchieden werden müſſen, um die Beantwortungen leicht und deutlich zu erhalten.

2. Es iſt nicht einmal eigentlich dem Sprachgebrauch gemäß, Zuſammentretungen von Menſchen, bey deren Entſtehung dieſe ſelbſt keine Abſicht hatten, Geſellſchaften zu nennen. Wenigſtens können ſie *hier* gar nicht in Betrachtung kommen, da keine *neuen* Zwangsrechte daraus entſtehen können, die alſo einer beſondern Entwicklung bedürften; oder wenn ſie ja hier abgehandelt werden, ſo geſchieht es bloß problematiſch, d. i. um zu unterſuchen, ob in Anſehung derſelben *neue* Zwangsrechte entſtünden. Zum Theil iſt dies der Fall bey der elterlichen Geſellſchaft, bey der dann doch von einer Seite Abſichten vorauſetzen ſind. — Auf jeden Fall kann aber nach der Idee dieſer Wiſſenſchaft *bloß* von *neuen*, nicht aus andern Gründen ſchon gültigen, *Zwangsrechten*, inſofern ſie nun aus der Geſellſchaft entſtehen, hier die Frage ſeyn.

§. 285.

Neue Zwangsrechte aus einer Geſellſchaft ſetzen Beſtimmungen von Handlungen anderer voraus, zu denen keine urſprüngliche Zwangsrechte da waren. Dieſe können daher (§. 216.)

nicht anders gültig gegründet werden, als durch einen Vertrag.

1. Der Vertrag, wodurch eine Gesellschaft errichtet wird, heisst der *Vereinigungsvertrag* (*pactum unionis*.)
2. Die Eingehung der Gesellschaft können andere weder hindern, noch nachher dieselbe stören, es sey denn im Collisionsfall.

§. 286.

Ist im Vereinigungsvertrage der Zweck der Gesellschaft genau bestimmt; so können auch die Mittel als bestimmt angesehen werden, ohne welche der Zweck nicht erreicht werden kann.

1. Aber ohne besondere Einwilligung nicht solche Mittel, welche zur Erreichung des Zwecks nicht ganz nothwendig sind. Es kommt daher auch hier eigentlich alles auf den Inhalt des Vertrags an.
2. Gesetze ausser den Verträgen sind für die Gesellschaft nicht nöthig; wenigstens kann niemand das Recht, solche zu geben, anders als durch einen Vertrag erhalten.

§. 287.

Es kann jeder Zweck zum Gegenstand einer Gesellschaft genommen werden, der nicht unmöglich und nicht verboten ist (§. 228.)

Eben

Eben dies gilt von den Mitteln und andern festzusetzenden Rechten in der Gesellschaft.

§. 288.

Die Erreichung des gesellschaftlichen Endzwecks heist das *Wohl* (*salus*) der Gesellschaft. Durch den Vereinigungsvertrag erhält jedes Gesellschaftsglied das Recht, jedes andre Mitglied zur Beförderung dieses Wohls zu zwingen.

1. Dieser Zwang geht aber nur (§. 287. Anm. 1.) auf den Zweck, der wirklich verabredet ist, und auf die Mittel, welche nothwendig zu jenem Zweck führen.
2. Niemand ist schuldig, mit Aufopferung von Gütern, zu welcher er sich nicht verpflichtet hat, oder gar nicht verpflichten konnte, das Wohl der Gesellschaft zu befördern, wohl aber es zu erhalten, wenn die aufzuopfernden Güter nicht wichtiger sind, und dies nicht des Vertrags, sondern schon vorhergehender Pflichten wegen, die ihn verbinden würden, wenn er auch nicht in dieser Gesellschaft wäre.

§. 289.

Aus einem solchen Vertrage müssen, wie aus jedem andern, zwey Arten von Zwangsrechten entstehen: 1) gegen die Mitglieder der Gesellschaft (*socii*, *membra societatis*); 2) gegen

andre Menschen auſſer derſelben (*extranei*). Der Innbegriff von jenen heiſt das *einheimiſche*, von dieſen das *auſwärtige* Geſellſchaftsrecht (*jus ſocietatis domesticum et extraneum*.)

1. Von den Rechten ſelbſt heiſſen jene *jura immanentia*, dieſe *tranſeuntia*.
2. Man kann alle durch die Geſellſchaft entſtandenen Rechte zuſammen die *geſellſchaftliche Gewalt* (*potestas ſocietatis*) und ihre Ausübung *regimen ſocietatis* nennen.

§. 290.

Diejenigen Rechte, welche die Geſellſchaft bey ihrer Errichtung unter ſich feſtſetzte, heiſſen *urſprüngliche Geſellſchaftsrechte* (*jura ſocialia*). Sie kann aber auch andre erwerben; daher dann ihre *erworbenen Rechte* (*jura contracta*).

1. Eine Geſellſchaft kann auch Eigenthum erwerben. Wenn der Gebrauch an den der Geſellſchaft eigenthümlichen Sachen jedem Mitgliede der Geſellſchaft frey ſteht; ſo heiſſen ſie *res ſocietatis ſtrictius dictae*; ſonſt *res patrimoniales ſocietatis* und ihr Innbegriff *patrimonium ſocietatis*. Dieſe Beſtimmungen, da ſie auf das Innre der Geſellſchaften gehen, hängen von Verträgen unter den Geſellſchaftsgliedern entweder geradezu, oder doch zuletzt ab.
2. Wenn ein Mitglied einen andern nicht zur Geſellſchaft gehörigen Menſchen beleidigt; ſo darf ihm die Ge-

Ge-

Gesellschaft nicht gegen das Zwangsrecht des andern beystehen, weil er widerrechtlich handelte; der andere hat aber auch deshalb kein Recht an der Gesellschaft erhalten, es sey denn dafs die Gesellschaft im Besitz des geraubten Gutes sey u. d. gl. — Im Staat kann zuweilen eine Gesellschaft ihrer Ehre wegen, oder weil sie Schuld an der Beleidigung war, oder sie doch hindern konnte, für ihr Mitglied haften müssen.

§. 291.

Es giebt mehrere Eintheilungen der Gesellschaften. Die vornehmsten sind: 1) in *freywillige, gesetzliche und erzwungene* (*societates voluntariae, legales, et coactae*); 2) in *erlaubte und unerlaubte* (*licitae et illicitae*); 3) in *gleiche und ungleiche* (*aequales et inaequales*) 4) in *immerwährende* und solche, die nur *eine bestimmte Zeitlang* währen sollen (*perpetuae et temporariae*); 5) in *einfache und zusammengesetzte* (*simplices et compositae*.)

1. Die Gültigkeit und Rechte der erzwungenen Gesellschaften sind nach dem, was oben (§. 256 - 259.) von der Wirkung des Zwangs bey Verträgen gesagt worden, leicht zu beurtheilen.

2. Die Zeit bey den temporären Gesellschaften kann entweder nach einem Zeitmaafs bestimmt seyn, oder sich nach der Natur des Zwecks bestimmen, oder auf andern willkührlichen Bestimmungen beruhen. Von den immerwährenden, welche nicht auf eine bestimmte Zeit eingegangen sind, sind die *ewigen*

(*f. aeternae, immortales*), wo an die Stelle der alten Mitglieder immer neue treten, eine besondere Art.

§. 292.

Ungleiche Gesellschaften (*societates inaequales* *f. rectoriae*) sind solche, in denen nicht alle Mitglieder gleiche Rechte haben. Wenn diese Rechte sehr verschieden sind, so heisst das Gesellschaftsglied, oder die Gesellschaftsglieder, welche mehr Rechte haben, *Oberherren* (*imperantes*), die andern *Unterthanen* (*subditi*.) Diese Oberherrschaft muss aber besonders bestimmt seyn; sonst ist jede Gesellschaft eine gleiche Gesellschaft.

1. Diese Verschiedenheit der Rechte muss indessen aus der Gesellschaft selbst entstehen und sich auf dieselbe beziehen.
2. *Oberherrschaft* im engern Sinn (*imperium*) ist ein Recht, die Handlungen andrer nach Willkühr zu bestimmen. Der Vertrag, wodurch eine ungleiche Gesellschaft errichtet wird, heisst der *Unterwerfungsvertrag* (*pactum subjectionis*).
3. In einer gleichen Gesellschaft sind entweder alle durch die Gesellschaft entstandenen Rechte bey den Gesellschaftsgliedern, oder sie kommen zum Theil einem andern, der nicht zur Gesellschaft gehört, zu. Daher die Eintheilung in *societates aequales cum et sine potestate*.

§. 293.

§. 293.

Wenn der Oberherr alle Handlungen seiner Unterthanen bestimmen kann, so hat er eine unumschränkte Oberherrschaft (*imperium absolutum et irrestrictum*); sonst eine eingeschränkte (*imperium limitatum*.)

1. Auch bey einer unumschränkten Oberherrschaft kann der Oberherr nicht Handlungen vorschreiben, zu welchen er kein Recht erlangen kann. Wer unter einer unumschränkten Oberherrschaft steht, heißt ein Sklav.

2. Andere Eintheilungen der Oberherrschaft in die höchste und untergeordnete (*i. summum et subordinatum*); in die vollständige oder ungetheilte und getheilte (*i. plenum s. indivisum et minus plenum s. divisum*); in die alleinige und gemeinschaftliche (*i. solitarium et coimperium*) u. d. gl.

§. 294.

Wie die Gesellschaft errichtet worden, so kann sie auch nur verändert werden; folglich kann jede Abänderung nur wieder durch gemeinschaftliche Einwilligung geschehen, es sey denn daß hierüber besondere Rechte zum voraus durch Vertrag bestimmt worden

1. Von der Bestimmung neuer Rechte durch *Stimmen* (*vota*) und ihren Verschiedenheiten.

2. In ungleichen Gesellschaften ist das Recht, einige Aenderungen zu machen, häufig dem Oberherrn übertragen;

tragen; in Hauptsachen ist er oft verbunden, Einwilligung der Gesellschaft zu haben, oder ist wenigstens durch allgemeine Gesetze eingeschränkt.

3. Auf welche Art jemand ein Glied der Gesellschaft (*socius*) werden, und wie er aufhören könne, es zu seyn; hängt von besondern Bestimmungen des Vertrags ab.

§. 295.

Niederlegung der Oberherrschaft wäre einseitige Aufhebung oder Bruch des Vertrags; also kann das der Oberherr im allgemeinen nicht; es sey denn aus Ursachen, die jeden Vertrag aufheben (§. 270. flgg.), oder höherer Pflichten wegen.

Aus eben der Ursache können ihn aber auch die Unterthanen nicht absetzen, ausser den gedachten besondern Fällen.

§. 296.

Man kann die Gesellschaft wegen der Vereinigung ihrer Kräfte zu einem Zweck als eine *moralische Person* ansehen; allein man muß sich doch sehr hüten, darum gerade alle Rechte einer physischen Person auf sie anzuwenden.

Sie besteht in einem Sinne (§. 284. Anm. 1.) aus mehreren Menschen, und hat wichtigere Rechte als ein einzelner; im andern Sinne aber ist sie, als Verbindung mehrerer Menschen, nur ein erworbenes Gut der-

derselben und *als solches* den ursprünglichen unveräußerlichen Gütern, selbst eines einzigen Menschen, nachzusetzen.

§. 297.

Die Gesellschaft hört auf: 1) durch gemeinschaftliche Einwilligung, 2) durch den Eintritt der zur Aufhebung festgesetzten Bedingungen, 3) durch den Ablauf der festgesetzten Zeit, 4) durch Unmöglichkeit der Erfüllung des Zwecks, 5) durch den Tod ihrer Mitglieder u. s. w. (vergl. §. 269-274.)

§. 298.

Auch die Rechte der Gesellschaft können verletzt und gegen Verletzung geschützt werden; die Ausübung des Zwangsrechts tritt aber auch hier nur zur wirklichen Erhaltung und Sicherheit ein.

Verletzung eines Gesellschaftsgliedes ist eigentlich nicht Verletzung der Gesellschaft, wenn nicht wirklich Rechte der Gesellschaft dabey verletzt werden.

§. 299.

Unter den einfachen Gesellschaften (§. 291.) sind vorzüglicher Betrachtung werth: die *Ehe*, die *Gesellschaft zwischen Eltern und Kindern*, und zwischen *Herrn und Knecht*; unter den zusammen-

mengesetzten die *Familie* und der *Staat*; als eine, die zu beiden Arten gehören kann, die *Religionsgesellschaft*.

Zweyte Abtheilung.

Ehe.

§. 300.

Ehe (*conjugium, matrimonium, societas conjugalis*) im weitesten Verstande ist eine Verbindung zwischen Personen beiderley Geschlechts zu mehrmaligem Beyschlaf.

Ein einfacher Beyschlaf ist keine *Ehe* zu nennen,

§. 301.

Von Natur giebt es keine darauf abzweckenden Zwangsrechte (§. 285.); also können diese bloß durch Vertrag erworben, und die *Ehe* bloß durch Vertrag eingegangen werden.

1. Nicht von der Veranlassung dieser Gesellschaft, die freylich in den Geschlechtstrieben zu suchen ist, sondern

dern von den Gründen der Zwangsrechte in Ansehung derselben ist hier die Rede.

2. Es ist in dem Naturrecht eine ganz müßige Frage: welche Gesellschaft früher entstanden sey, die eheliche oder elterliche?

§. 302.

Nach Verschiedenheit der Rechte, die durch den Vertrag verabredet sind, ist die Ehe verschieden, und von der Verabredung hängen alle Zwangsrechte ab.

Durch diese Bestimmung werden alle verwickelten Fragen leicht zu lösen.

§. 303.

Der *Zweck* ist verschieden, je nachdem er verschiedentlich verabredet ist; nur muß er nicht unmöglich und nicht verboten seyn.

1. Weder Erzeugung der Kinder, noch Erziehung derselben, noch gegenseitige Beyhülfe ist *nothwendig* Zweck der Ehe; sie *können* aber zum Zweck genommen werden. Durch diese Behauptung sollen keinesweges die Pflichten, die außer dem Vertrage für die verehelichten Personen schon gelten, geleugnet, sondern bloß gezeigt werden, daß keiner von den gedachten Zwecken als verboten anzusehen sey, folglich Zwangsrechte, die sich darauf beziehen, durch den Vertrag festgesetzt werden können, die aber immer nur in so weit statt haben, als sie wirklich durch den Vertrag festgesetzt sind.

2. Auch

2. Auch soll diese Behauptung nicht andeuten, als ob es erlaubt wäre, jenen Zweck (mehrmaligen Bey-
schlaf) ausschliessend zu befördern, und dabey die
andern Zwecke zu verhindern. Das wäre *verboten*,
und könnte also *kein Zwangsrecht* geben.

3. Je mehr man aus Erfahrung Einsicht von guten oder
bösen Folgen dieses oder jenes Verfahrens erhält, um
desto genauer werden die Gränzen der hieher gehöri-
gen Pflichten bestimmt; man kann die Verbindlichkeit
einsehen, den Zweck der Ehe so und nicht anders
zu bestimmen; allein dennoch muß, damit Zwangs-
rechte entstehen können, dieser Zweck erst im Ver-
trag festgesetzt werden.

§. 304.

Die Ehe setzt, wie jeder Vertrag, 1) Mög-
lichkeit der Erfüllung, 2) Einwilligung voraus.

1. Die Bestimmung der erstern hängt vom festgesetzten
Zweck ab.

2. Es wird nur Einwilligung der Partheyen, nicht der
Eltern u. d. gl. erfordert; doch liesse sich sehr wohl
ein Zwangsrecht von Seiten andrer behaupten, wenn
die in die Ehe tretenden Personen dadurch eines ih-
rer unveräußerlichen Güter in Gefahr setzten.

§. 305.

Alle genauern Bestimmungen hängen bloß
vom Vertrage ab. Also können die Ehen *ein-
fache* oder *vielfache* seyn; diese letztern können
in

in *Polygamie* (Vielmännerey und Vielweiberey) und *Gemeinschaft der Weiber* getheilt werden.

Da sich von keiner dieser Arten ganz allgemeinschädliche Folgen zeigen lassen, vielmehr fast jede unter gewissen Umständen sogar gute Folgen haben kann; so kann keine derselben als gänzlich und allgemein verboten angesehen werden; welches doch die einzige Rücksicht wäre, warum sie im Naturstande nicht aufgeführt werden dürfte. Dennoch aber haben gewisse Arten *meistentheils* üble Folgen, und eben deswegen können sie in der Moral, noch mehr aber in der Politik, als verwerflich erscheinen; so kann in der Politik und im positiven Recht eine größere Beschränkung aller gedachten Bestimmungen sehr rathsam seyn; nur hat sie darum noch nicht im Naturrecht, das *seine Grenzen* nie überschreiten darf, statt.

§. 306.

Der Dauer nach können die Ehen entweder *temporär* oder *lebenslänglich* seyn.

1. Auch hier kann die Politik Vorzüglichkeit der einen Art vor der andern zeigen.
2. *Concubinat* ist fast in allen Bedeutungen, die dies Wort erhält oder haben kann, nach dem Naturrecht als nicht verboten anzusehen.
3. Fast alle andern Eintheilungen der Ehen sind durch das positive Recht entstanden und setzen willkührliche Einrichtungen voraus.

§. 307.

Der Vertrag, daß man künftig eine Ehe schließen will, heißt ein *Eheverlöbniß* (*sponsalia*). Er muß als Vertrag die Erfodernisse eines Vertrags haben.

§. 308.

Auch hier gilt wieder nur, was verabredet ist. Nur wenn es verabredet ist, sind die spätern Eheverlöbniße ungültig.

Wenn das Verlöbniß nicht unter der Bedingung der *Monogamie* eingegangen ist; so ist *Polygamie* an sich nicht als dadurch verboten anzusehen (§. 305.)

§. 309.

Hindernisse der Ehe (*impedimenta matrimonii*) giebt es keine, als die dem bey einer Ehe vorgeetzten Zweck entgegen sind, oder seine Erreichung unmöglich machen, oder durch ausdrückliche Verabredung dafür erklärt sind, oder bey denen, falls die Ehe geschlossen würde, wichtigere Güter in Gefahr kämen.

§. 310.

Die Aufhebung des Verlöbnisses (*repudium*) ist entweder freywillig (*r. voluntarium*) oder
noth-

nothwendig (*r. necessarium*). (§. 269. flgg.). Die letztere bestimmt sich nach dem festgesetzten Zweck, verabredeten Bedingungen u. d. gl.

Nur wenn Jungferschaft, Keuschheit u. s. w. zur Bedingung gemacht worden, kann der Verlust derselben Ursach zum Bruch seyn.

§. 311.

Ich kann eine Ehe schliessen mit allen Personen des andern Geschlechts.

Verbotene Grade (*gradus prohibiti*) kommen erst aus den positiven Gesetzen eines Staats, oder höchstens aus Erfahrung her; ihre *Einführung* ist immer sehr rathsam, wenn sie nicht unnütz vervielfältigt werden.

§. 312.

Aus dem Vertrage der Ehe fließen nur die Zwangsrechte, die verabredet sind (§. 302.). Also Recht der Oberherrschaft auch nicht anders, als wenn es verabredet ist.

Es kann sowohl der Frau als dem Mann eingeräumt werden.

§. 313.

Keine Rechte aus einem Vertrage können an einen andern abgetreten werden, wenn

dies nicht ausdrücklich festgesetzt ist; folglich auch Rechte der Ehe nicht.

§. 314.

Recht zur Verhütung des Ehebruchs (*adulterium*) hat der Gatte nur, wenn ihm die Vermeidung desselben versprochen ist.

Eintheilung des Ehebruchs nach positivem Recht in *einfachen* und *zusammengesetzten* (*a. simplex et compositum s. qualificatum*).

§. 315.

Wenn sie versprochen ist, so geht auch dann das Recht gegen den Dritten nur auf Verhütung, nicht auf Ersatz oder Rache (§. 93. 98. u. a.)

§. 316.

Auch bey der Verhütung muß das Mittel nicht mehr Vollkommenheit mindern als die That selbst; folglich hat der beleidigte Gatte kein Recht auf das Leben des Ehebrechers.

Es sey denn, daß ein anders Leben in Gefahr sey.

§. 317.

Die Ehe kann aufgehoben werden:
1) durch den Tod, 2) durch Ablauf der Zeit,
durch

durch Eintritt der Bedingungen u. s. w., wenn solche festgesetzt sind, 3) durch Uebertretung des Vertrags an einem Theile, wenn die Haltung desselben zur Bedingung der Gültigkeit gemacht worden, 4) durch gegenseitige Einwilligung.

§. 318.

Alle Trennung der Ehe heisst *Ehescheidung*; im engsten Verstande aber heisst hier *Ehescheidung* (*divortium*) Trennung der Ehe durch gegenseitige Einwilligung.

§. 319.

Man ist zur einseitigen Trennung der Ehe berechtigt, entweder wenn es ausdrücklich verabredet ist, oder im Collisionsfall.

§. 320.

Eigentliche Ehescheidung ist erlaubt, so lange man nicht etwa eine Verbindlichkeit zum Gegentheil einsieht.

Der Staat kann sie verbieten und einschränken.

Dritte Abtheilung.

Gesellschaft zwischen Eltern und
Kindern.

§. 321.

Zeugung und Geburt begründet so wenig, als irgend eine andre physische Handlung, Zwangsrechte.

1. Man muß hier, wie allenthalben, in dieser Wissenschaft, sich ja hüten, Veranlassung der Gesellschaft, welches Zeugung und Geburt seyn kann, mit dem Grunde der Rechte zu vermischen. Viel treffendes sagt darüber schon *Pufendorf* (*de jure nat. et gent. L. VI. c. 2. §. 4.*)

2. *Grotius* (*de jure B. et P. L. II. c. 5. §. 1.*) u. a. gründen die elterliche Gewalt auf Zeugung und Geburt, *Hobbes* (*de cive c. 9. §. 3.*) *Achenwall* (*jus naturae T. II. §. 33.*) u. a. auf Besitznehmung, als ob Kinder Sachen wären, *Gebauer* (*de patria potestate c. 1. §. 9.*) auf die Stärke der Eltern, *Pufendorf* (a. a. O.) theils auf die Pflicht der Erziehung, theils auf vermuthete Einwilligung der Kinder u. s. w.

3. In

3. In diese ganze Lehre kann bey den mannichfaltigen Vorstellungen darüber nur allein dadurch Licht gebracht werden, wenn man sich strenge an die eigentliche Aufgabe des Naturrechts, *Zwangsrechte im Naturstande* festzusetzen, hält; darum gehören also alle sonst etwa zu lehrenden Rechte oder Pflichten, die nicht mit der Frage vom *Zwange* zusammenhängen, nicht hieher. Die Lehre von Zwangsrechten kann aber nur dann überzeugend seyn, wenn sie aus den allgemeinen Grundsätzen über die Rechtmäßigkeit des Zwangs fließen, und diese dabey nur auf die besondern Verhältnisse zwischen Eltern und Kindern angewendet werden. Pflichten der Eltern also zu lehren, und daraus zu folgern, daß mit denselben die zur Ausübung derselben nöthigen Rechte durch aus verbunden seyn, (wie in der Hauptsache ziemlich gleichlautend nach Pufendorf a. a. O. in den drey *Dissertations sur l'autorité paternelle, dont l'une a remporté le prix et les deux autres ont obtenu l'accessit dans l'assemblée publique de l'Acad. roy. Berlin. 1789. 4.* (Von *Villaume, Daunou und Klein*) und *v. Globig über die Gründe und Gränzen der natürlichen Gewalt. Dresden und Leipzig 1789. 8.* geschieht), dürfte an sich, den oben angegebenen Bestimmungen gemäß, noch nicht allein hinreichend seyn, da nicht jede Pflicht einen Zwang rechtfertigt, sondern dem Recht zu zwingen eine *Pflicht zu zwingen* zum Grunde liegen muß.

§. 322.

Wenn die Eltern die Pflicht einsehen, ihre Kinder zu erziehen, und sie wollen sie aus-
K 4 üben;

üben; so erhalten sie zugleich Recht auf alles, ohne welches diese Pflicht nicht ausgeübt werden kann.

1. Diese vorbereitende Bemerkung soll noch gar kein Zwangsrecht begründen, sondern nur im ganzen dahin leiten; erst in der Folge wird sich zeigen, daß unter *diesen* Rechten auch Zwangsrechte sind.
2. Diese Rechte müssen jedem zukommen, der ein Kind erzieht; jeder also, der sich entschließt, ein Kind zu erziehen, erwirbt sie sich. Sollten selbst die Eltern einsehen, daß ein anderer ihr Kind besser erziehen würde, als sie selbst; so sind sie verbunden, diesem das Kind zu überlassen; denn man ist verbunden, das Kind zu erziehen um des Kindes willen, nicht um sein selbst willen. Schon *Grotius* (*de I. B. et P. L.* 2. c. 7. §. 4.) sagt mit Recht: die Verbindlichkeit zu erziehen sey keine vollkommene Verbindlichkeit, wenn gleich positive Gesetze sie mit großem Recht dazu erheben können. Man kann daher diese Gesellschaft nur uneigentlich eine *gesetzliche*, eben wie eine *ungleiche*, nennen.
3. Weder fodern noch erzwingen können die Kinder, selbst ihr physisches Unvermögen dazu abgerechnet, von den Eltern etwas, da sie sonst andre zur Vervollkommnung zu zwingen das Recht haben müßten; also keine standesmäßige Erziehung, keine Erbschaft etc., wenn gleich sich Verbindlichkeit der Eltern zu diesem allen leicht zeigen läßt.

§. 323.

Der Inbegriff aller dieser Rechte heisst die *elterliche Gewalt* (*potestas patria* s. *paterna*). Sie ist *blofs* in den Händen des Erziehers (§. 322. u. Anm. 2.)

Folglich ist *väterliche* und *mütterliche Gewalt* mit allen ihren Unterschieden blofs positive Bestimmung; denn im Naturstande ist aller hier mögliche Unterschied blofs zufällig. Die Rechte an sich sind *gar nicht verschieden*; aber weil einer oder der andre mehr geschickt ist, gewisse Arten der Rechte auszuüben, mehr Gelegenheit dazu hat u. s. w.; so kann dadurch die elterliche Gewalt in einem Fall *in der Ausübung* gröfser seyn als im andern. So ist es gar leicht zu zeigen, dafs zu gewissen Arten der Sorge für das Kind, der Erziehung desselben, die Mutter mehr Geschicklichkeit, Gelegenheit u. d. gl. hat, als der Vater, wie denn dahin allein eigentlich alles führt, was in den *Dissertations sur l'autorité paternelle*, S. 18. 47. a. a. O., besonders auch über die *Entstehung* dieses Unterschieds in Globig's Schrift. S. 50. Abg., gesagt ist; aber darum ist der *Grund der Rechte* nicht verschieden, das Verhältnifs der Mutter an sich nicht anders als das Verhältnifs des Vaters. Wenn ihr die Geschicklichkeit und Gelegenheit fehlen sollte, und der Vater sie hätte; so würde er die Ausübung der Rechte haben, die sonst (der Erfahrung nach) gewöhnlich der Mutter zukommt; wie dann die Mutter, im Fall der gröfsern Stärke, eigentlich die Ausübung des Schutzes haben würde, welche sonst gewöhnlich dem Vater zukommen mufs.

Die in der elterlichen Gewalt enthaltene *Zwangsrechte* sind: 1) das Recht, jeden andern abzuhalten, daß er sich an der Erziehung des Kindes nicht hindert, (theils weil sonst die Erhaltung der Vollkommenheit des Kindes in Gefahr kommen könnte, theils weil mir niemand Handlungen wehren darf, die niemanden schaden;) 2) das Recht, das Kind an allem zu hindern, wodurch es seine oder anderer Vollkommenheit mindert.

1. Von dem ersten Rechte s. besonders *Klein* über die väterliche Gewalt in den *Dissertations sur l'autorité paternelle* S. 74. flgg.; nur ist das, was dort vom Schiedsrichter gesagt wird, der Idee des Naturstandes an sich entgegen, in dem man eigentlich nur seiner Ueberzeugung zu folgen hat, und daher in Rücksicht auf diese allein eigentlich alles zu entwickeln ist.
2. In dem zweyten Recht ist das Recht aller Züchtigung gegen das Kind begriffen, die unstreitig, falls gelindere Mittel nicht hinreichen, allenthalben angewendet werden kann, wo das Kind seine oder anderer Vollkommenheit für jetzt oder für künftig in Gefahr bringt, z. B. gegen schädliche Angewohnheiten, gegen Trägheit des Kindes, um es zur Arbeitsamkeit und andern zur künftigen Erwerbung seines Unterhalts nöthigen Fertigkeiten zu gewöhnen, u. d. gl. Dahin gehört ferner das Recht, überhaupt das Kind von Handlungen abzuhalten, die seine oder anderer Vollkommenheit in Gefahr brächten z. B. von einer Heirath, einer besondern Lebensart u. s. w.

Differ-

Dissertations S. 15. u. a. Aber weiter als in Beziehung auf die Erhaltung scheint mir das Zwangsrecht selbst gegen Kinder nicht zu behaupten zu seyn, da sonst sich kein Grund dazu finden läßt. Alle übrigen Handlungen, die zur Erziehung gehören, auf Erhaltung aber keinen Einfluß haben, müssen *ohne Zwang* vorgenommen werden, welches ohnehin klugen Erziehern nicht schwer ist.

3. Hiernach ist nun leicht zu schliessen, daß die Rechte, ein Kind zu tödten, auszusetzen, zum Sklaven zu verkaufen, ihm seine Willkühr zur Vorschrift seiner Handlungen (bey Heirathen, Wahl der Lebensart etc.) zu geben, sie zu Arbeiten zu zwingen, von denen die Eltern *allein* Nutzen haben etc., ganz ohne einigen Grund sind.

§. 325.

Die angegebenen Rechte sind eigentlich keine *neu erworbnen* Rechte, sondern *bloß ursprüngliche* Rechte, die man für das Kind, wie für andre, ausüben kann, (§. 147. flgg.) zu deren Ausübung man aber bey dem Kinde, das man erzieht, mehr Gelegenheit hat, besonders da man hier gar nicht auf die Einsicht des Kindes, die noch nicht da ist, sehen kann, sondern allein nach eigener Einsicht handeln muß (§. 151.)

§. 326.

§. 326.

Die besondern Zwangsrechte der elterlichen Gewalt hören auf, sobald das Kind zu seiner Einsicht gelangt (§. 325.), die Folgen seiner Handlungen und seine Rechte übersehen kann, und sich nicht mehr erziehen lassen will.

1. Alsdenn tritt in Ansehung des Kindes bloß das Zwangsrecht ein, was ich gegen jeden andern Menschen habe (§. 149.)
2. Die Beurtheilung hängt auch hier, wie immer im Naturstande, vom Rechthabenden, also vom Erzieher, ab. Seine Ueberzeugung kann aber auch hier der Ueberzeugung des zu zwingenden, des Kindes, entgegen seyn, und dann ist, da jeder nach der seinigen handelt, Streit. Der Staat setzt daher ganz schicklich einen besondern Zeitpunkt als Zeichen der vollkommenen Einsicht des Kindes fest.
3. Das Kind kann, wenn es zur Einsicht gelangt ist, einen Vertrag mit den Eltern über ihr künftiges Verhältniß schließen. Dieser ist alsdann ganz nach der allgemeinen Lehre von den Verträgen zu beurtheilen und die nun entstandenen neuen Rechte richten sich ganz nach dem Inhalte des Vertrags.

§. 327.

Wenn ein anderer als die Eltern die Erziehung besorgt (§. 322. Anm. 2.), so heißt er ein *Vormund* (*tutor*).

1. Eine vollkommene Verbindlichkeit zur Vormundschaft hat im Naturstande niemand; folglich gehört die *Familienvormundschaft* (*tutela legitima*) nicht ins Naturrecht.
2. Der Unterschied der *Vormünder* (*tutores*) und *Pfleger* (*curatores*) ist, wie mehrere Bestimmungen, die diese Lehre angehen, bloß aus dem positiven Recht entstanden.

§. 328.

Für die Erziehung sind die Kinder verbunden dankbar zu seyn, selbst Ersatz zu leisten. Nur haben die Erzieher kein Zwangsrecht, dies zu fodern.

Alle übrigen Bestimmungen sind willkürlich, lassen sich zum Theil erst im Staat denken und gehören also ins positive Recht. Hier kann die elterliche Gewalt auf mancherley Art vermehrt werden, der Staat kann den Eltern ein Theil seiner Rechte über die Kinder übertragen u. f. w. S. *Dissertationes* f. l. a. p. S. 26., besonders aber S. 50.

Vierte Abtheilung.

Gesellschaft zwischen Herrn und Knecht.

§. 329.

Das Recht, dem andern Handlungen vorzuschreiben, heisst das *Recht der Herrschaft* (vergl. §. 292. Anm. 2.) Je mehr dieser Handlungen sind, um desto grösser ist die Herrschaft. Wer Handlungen nach der Vorschrift eines andern, (zumal zum Besten des andern,) thun muss, heisst ein *Knecht*, und wenn alle oder sehr viele seiner Handlungen dem Willen eines andern unterworfen sind, ein *Sklav* (*servus*).

Unterschied des Knechts und Unterthans. Dieser ist eigentlich nicht zu Handlungen zum Besten des Regenten verbunden, obgleich solche Verbindlichkeit, als Folge einer andern, statt haben kann.

§. 330.

Das Recht, seine Handlungen zu bestimmen, ist ein Theil der ursprünglichen Vollkommenheit und kann also nicht anders als durch die
die

die Einwilligung des Handelnden das Gut eines andern werden. (§. 216. 218.) Also kann *Knechtschaft* (§. 329.) aller Art nur durch einen Vertrag gegründet werden.

1. Folglich kann nicht Angriff, nicht Krieg, nicht Gefangenschaft, nicht Geburt, weder von Sklaven noch Freyen, nicht Schuld, nicht Armuth u. f. w. Knechte machen.
2. Folglich auch kein Recht über die Kinder der Knechte ohne ihre eigne Einwilligung.

§. 331.

Alle Rechte der Knechtschaft werden daher einzig und allein nach dem, was im Vertrage verabredet ist, beurtheilt.

Vom Vertrage hängt also das Recht ab, Knechte zu veräußern.

§. 332.

Was der Knecht nicht weggeben kann und darf, dazu kann der Herr, selbst durch den Vertrag, kein Recht erhalten (§. 234.).

Also kein Recht über das Leben und andre unveräußerliche Theile der ursprünglichen Vollkommenheit.

§. 333.

Aufgehoben wird die Knechtschaft, wie alle andern Rechte aus Verträgen (§. 269. - 274.)
Wie

Wie sie aufgehoben wird, kann sie auch nur geändert werden.

Aufhebung derselben durch gegenseitige Einwilligung, (wenigstens durch Einwilligung des Herrn,) heisst *Freylassung* (*manumissio*) Ob nach derselben noch ein Verhältniß zwischen dem vorigen Herrn und Knecht bestehe, hängt vom Vertrage der Freylassung ab.

Fünfte Abtheilung.

Familie.

§. 334.

Eine Verbindung von zwey oder allen drey der vorhergenannten einfachen Gesellschaften heisst eine *Familie*. Ihre Rechte bestimmen sich bloß aus der Verbindung der vorher angegebenen Rechte.

Die andre Bedeutung von Familie statt Verwandtschaft gehört, da sich keine besondern Zwangsrechte darauf beziehen, in diese Wissenschaft nicht.

Sechste Abtheilung.

Religionsgesellschaft.

Meine Abh. über das Recht protestantischer Fürsten,
unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen etc,
Abschn. I. und IV.

§. 335.

Den Innbegriff aller Handlungen, die in Rücksicht auf die Religion (§. 126.) vorgenommen werden, nennt man im allgemeinsten Sinne *Religionsübung* (*exercitium religionis*.)

1. Auch jede einzelne von diesen Handlungen wird eine *Religionsübung* genannt. Der engere Sinn des Worts, da es nur Religionshandlungen unter Hinzukunft geistlicher Personen bedeutet, setzt besondere Anstalten voraus, und kann also hier noch nicht in Betrachtung gezogen werden.

2. *Religion* im engern Sinne bezieht sich nur auf Vorstellungen (§. 126.); im weitern Sinne aber werden auch die Handlungen, die sich auf jene Vorstellungen beziehen, mit darunter begriffen. Da diese nun innere und äußere Handlungen seyn können; so giebt dies den Grund zur Eintheilung in *innere*

L

und

und *äußere Religion* (*religio interna et externa*.) Diese setzt immer Religionsübungen voraus, jene nicht immer. Man nennt sonst auch alles, was sich auf Religion bezieht, *sacra*, die dann wieder in *sacra interna* und *externa* abgetheilt werden.

§. 336.

Solche Religionsübungen gemeinschaftlich vorzunehmen, kann sich eine Gesellschaft zum Zweck wählen und dann heist eine solche Gesellschaft *Religionsgesellschaft* oder *Kirche* (*ecclesia*.)

1. Wenn man gleich, um die Rechte der meisten Gesellschaften zu bestimmen, erst von dem Inhalt des Vertrages, auf den sie sich gründen, unterrichtet seyn muß; so kann man doch in Ansehung der Religionsgesellschaften manches schon ohne diese Kenntniß festsetzen, indem hier so vieles schon darum in Untersuchung zu ziehen ist: ob es auch wirklich durch den Vertrag festgesetzt werden könne? Vieles andre bleibt freylich völlig von der wirklichen Verabredung allein abhängig.
2. Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft heissen *Glieder der Kirche* (*membra ecclesiae*).

§. 337.

Es ist allen Menschen erlaubt, solche Gesellschaften einzugehen und die gemeinschaftlichen Religionsübungen, welche sie als geboten
oder

oder rathsam ansehen, zu bestimmen, vorausgesetzt das keine Vollkommenheit dadurch gemindert würde; sie haben auch das Recht, jeden, der sie daran hindern wollte, mit Zwang von dieser Hinderung abzuhalten (§. 126.)

Die Eintheilung in öffentliche und Privat - Religionsübung (*exercitium religionis publicum et privatum*) setzt, eben wie das *jus privatorum sacrorum*, einen Staat und bestimmte Einrichtungen in demselben voraus.

§. 338.

Die gemeinschaftlichen Religionsübungen (§. 336.) können darinn bestehen, das sie sich Lehren vortragen lassen, oder sich an solche Lehren durch allerhand Mittel wieder erinnern. Da aber diese Lehren auf Ausbildung ihrer Erkenntniß und Sittlichkeit Einfluß haben sollen und dies nicht anders als durch eigne freye Ueberzeugung (§. 103. 126.) möglich ist; so ist es nicht erlaubt, irgend etwas festzusetzen, wodurch dieselbe eingeschränkt würde.

In jedem Falle würde die Sittlichkeit dadurch nicht besser, sondern schlechter werden.

§. 339.

Gemeinschaftliche Religionsübungen dieser Art setzen eine gewisse Uebereinstimmung voraus,

aus, die entweder in der Bestimmung des Lehrers, oder in der Bestimmung der Lehren selbst besteht, welche letztere aber wieder ausdrücklich oder stillschweigend geschehen kann.

Der Inbegriff ausdrücklich festgesetzter Religionslehren einer Kirche heist ein *Symbol*; eine Schrift, worinn sie ausgedruckt sind, ein *symbolisches Buch*. Sie können als Vorschrift für die Lehrer, oder auch bloß als Nachricht an andre, was man lehre, anzusehen seyn. Uebrigens können der ausdrücklich festgesetzten Lehren viele oder wenige seyn.

§. 340.

Diese Festsetzung der Lehren kann nur insofern gelten, als die Ueberzeugung der Mitglieder noch dieselbe ist. Jede Verbindlichkeit, die dagegen festgesetzt wäre, würde der Sittlichkeit selbst Abbruch thun oder sie gar vernichten, und wäre also gänzlich nichtig (§. 234.)

Es ist Pflicht der Kirche, sich die Verbesserung ihres Lehrbegriffs oder ihrer Symbole, welche sie, da dieselben immer Menschenwerk sind, immer für möglich halten muß, nicht zum voraus zu sehr zu erschweren; doch wären immer alle darauf auch etwa eingegangene Verbindlichkeiten nichtig.

§. 341.

Die Gültigkeit der einmal festgesetzten Lehren besteht nur, so lange die Ueberzeugung

gung

gung sich nicht ändert (§. 340.); alsdann aber hört sie auf. Diese Abänderung derselben kann ausdrücklich oder stillschweigend geschehen.

Der Religionseid (*juramentum religionis*) der Lehrer, nur bestimmte Lehren vorzutragen, kann an sich freylich geschworen werden, und ist verbindlich, so lange die Ueberzeugung der Kirche sich nicht ändert. Er hindert aber die Abänderung der Ueberzeugung des Lehrers und der Kirche nicht, und hebt sich in dem Fall, da diese eintritt, von selbst auf, wie er denn auch stillschweigend erlassen, und die Aufhebung der Kraft desselben stillschweigend anerkannt werden kann. Diejenige Art des Religionseides, wo man Unabänderlichkeit seiner innern Ueberzeugung verspricht, ist gänzlich unerlaubt und völlig nichtig. (§. 146.)

§. 342.

Da Sittlichkeit und Religion immer Sache der Ueberzeugung jedes einzelnen ist und bleibt (§. 146.); so kann hier niemals die Bestimmung der mehrern für die wenigern verbindlich werden; sondern jeder ist nur so lange Mitglied einer solchen Gesellschaft, als er die darinn vorgetragenen Religionslehren als wahr erkennt.

1. Wenn die verschiedene Ueberzeugung nur wenige Lehren, die nach seiner Vorstellung nicht gerade

auf die Sittlichkeit Einfluss haben, betrifft; so kann er dann doch noch bey derselben bleiben; nur ist jeder Zwang dazu gänzlich unerlaubt.

2. Das Recht, eine solche Gesellschaft zu verlassen, kann dem einzelnen eben so wenig, als mehreren das Recht, sich zu trennen und besondere Kirchen zu errichten, oder allen das Recht, ihren Lehrbegriff abzuändern, genommen werden.

§. 343.

Unter mehreren Religionsgesellschaften oder Kirchen kann eine Verbindung durch gegenseitige Einwilligung errichtet werden. Hat man dabey gleichförmige Lehren zum Grunde gelegt; so nennt man auch dies eine *Kirche*.

1. Daher besondere und allgemeine, einfache und zusammengesetzte Kirchen. Einfache Kirchen nennt man auch Gemeinden.
2. In *zusammengesetzten* Kirchen können Unterordnungen statt finden: Parochien, Diöcesen etc.
3. Die Verbindung mit mehreren andern Gesellschaften kann aber die Abänderung des Lehrbegriffs bey veränderter Ueberzeugung auch nicht verhindern.

§. 344.

Es können durch Verträge in den Religionsgesellschaften, wie in jeder andern, mancher-

cherley Rechte festgesetzt werden (§. 290.)
 Der Innbegriff dieser Rechte heisst die *Kirchengewalt* (*potestas ecclesiastica*); ihre Ausübung *Regierung der Kirche* (*regimen ecclesiasticum*) (§. 289. Anm. 2.). Die einzelnen Rechte heissen *Gesellschaftsrechte* (*jura collegialia*) der Kirche.

Auch unter diesen kann nichts unmögliches, und nichts verbotenes enthalten seyn; keine *Herrschaft über die Gewissen* (*imperium in conscientias*) u. d. gl.

§. 345.

Diese Rechte können durch den Vertrag sehr verschieden bestimmt, und auch einzelnen oder mehreren, in und ausser der Gesellschaft, auf verschiedne Art übertragen seyn.

1. Die Religionsgesellschaft kann daher eine gleiche und ungleiche Gesellschaft seyn.
2. Ein Beyspiel solcher übertragenen Rechte ist die *bischöfliche Gewalt* der protestantischen Landesherrn in Deutschland.

§. 346.

Nur kann hier wieder nichts unmögliches und nichts verbotenes an andre übertragen werden. So kann unter den übertragenen Rech-

ten nicht seyn das Recht, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen, oder solche wider die Ueberzeugung und den Willen der Gemeinden aufrecht zu erhalten,

§. 347.

Es können zu dem von der Gesellschaft bestimmten Zweck mehrere andre Rechte als Mittel festgesetzt seyn; immer aber nur unter den obigen Einschränkungen.

Beyspiele sind: das Recht darauf zu sehen, daß die Lehrer der Gemeinde ihrer Vorschrift, wenn eine vorhanden ist, gemäß lehren, das Recht der Bücher-censur, ein Recht der Aufsicht über die Streitigkeiten der Lehrer, über den Lebenswandel derselben, u. s. w. — Allein in so fern dabey eine Rücksicht auf die Lehren, welche die Gemeinde erkennt, zu nehmen ist, hängt alles davon ab, ob die Ueberzeugung der Gemeinde noch dieselbe ist. Da nun aber diese sich sehr leicht und ganz unmerklich ändern kann, so sind alle Rechte, die davon abhängen, nicht anders auszuüben, als wenn derjenige, dem etwa diese Ausübung übertragen worden, von der Gemeinde dazu aufgefordert worden. Zwar liesse sich eine jedesmalige Anfrage bey der Gemeinde denken; aber diese wäre wenigstens nicht rathsam, da sie unnütze und leicht gefährliche Bewegungen in denselben veranlassen könnte.

§. 348.

§. 348.

Alle Rechte, die nicht nothwendig aus dem Zweck fließen, und die Art der Ausübung derselben, müssen von der Willkühr der Mitglieder der Kirche festgesetzt werden.

Z. B. das Recht, die *Liturgie* (die bestimmte Weise der Religionsübung) festzusetzen, (*jus liturgicum*) Beamte der Kirche, (wenn überhaupt solche für nöthig gehalten werden,) zu ernennen, Gesetze für die Kirche zu geben, die Gerichtsbarkeit in derselben auszuüben, zu strafen, auszuschließen (*excommunicatio*), Versammlungen zu halten u. f. w.

§. 349.

Die Kirche kann sich wie jede Gesellschaft auch Güter und Rechte erwerben (§. 290.)

§. 350.

Die Kirche kann auch Zweck, Mittel und Rechte nach ihrem Gefallen abändern (§. 294.)

Man fragt häufig: ob die Gesellschaft dieselbe bleibe, wenn sie ihren Zweck, ihren Lehrbegriff etc. ändere? Um diese Frage befriedigend zu beantworten, muß man nur erst den wahren Sinn derselben wissen. —

Dass eine solche Gesellschaft aus *denselben* Mitgliedern bestehen könne, ist wohl auſſer Zweifel; die Frage ſoll alſo wohl bedeuten: ob ſie *dieselben* Rechte haben könne oder behalte? Was ihre *urſprünglichen* Rechte (§. 290.) betrifft; ſo kömmt es auf ſie an, was ſie davon will beſtehen laſſen. Bey den erworbenen hingegen kommt alles darauf an: ob die Mitglieder *dieselben* ohne Bedingung oder nur unter einer beſtimmten Bedingung erhalten haben? Im letztern Fall entſcheidet der Inhalt der Bedingung alles. Was dies für Einfluß im Staat habe, davon unten.

Zweyter Theil.

Allgemeines Staatsrecht.

Erstes Hauptstück.

Einleitung.

Erster Abschnitt.

Literarische Vorbereitung.

§. 351.

Ein Staat (*civitas*) ist eine Einrichtung einer größern Gesellschaft, wodurch es möglich gemacht wird, die vereinigten Kräfte derselben jedesmal zum vorgeetzten Endzweck zu gebrauchen.

Unterschied der bürgerlichen Gesellschaften vom Staat.

§. 352.

Die Wissenschaft, welche die Rechte und Verbindlichkeiten eines Staats gegen die Bürger

ger

ger (§. 21. Anm.) in demselben lehrt, heisst das *Staatsrecht* (*jus publicum*). In so fern dabey nur die allgemeinsten Begriffe von einem Staat überhaupt vorausgesetzt werden, heisst es das *allgemeine Staatsrecht* (*jus publicum universale*.)

§. 353.

Je nachdem die Lehren desselben entweder auf alle Staaten überhaupt passen, oder nur eine gewisse Art derselben voraussetzen, machen sie entweder das *absolute allgemeine* (*jus publicum universale absolutum*), oder das *angewandte allgemeine Staatsrecht* (*jus publicum universale hypotheticum*) aus.

Das letztere kann deshalb hier mit vorgetragen werden, weil die im absoluten Staatsrecht zu entwickelnden Rechte doch auf irgend eine Art an Menschen müssen vertheilt seyn und weil sich die Hauptabtheilungen der Arten ohne Voraussetzung bestimmter Erfahrungen bloß aus Begriffen finden lassen.

§. 354.

Die einzige zulässige *Methode* dieser Wissenschaft besteht darinn, daß man den Begriff eines Staats und die daraus nothwendig herfließenden Folgen nach den allgemeinen Grundsätzen des Naturrechts beurtheilt, und daraus die

die Lehren des allgemeinen Staatsrechts bestimmt.

Erfahrung kann hier nie Quelle, wohl aber zweckmäßiges Hülfsmittel, besonders zur Veranlassung der aufzulösenden Probleme, seyn.

§. 355.

Vom *Nutzen* des allgemeinen Staatsrechts gilt fast alles, was oben (§. 28. - 34.) vom Nutzen des Naturrechts überhaupt gesagt worden. Die Wichtigkeit dieser Wissenschaft wächst, der neueren Begebenheiten wegen, fast täglich.

Vom Nutzen des Staats im folgenden Abschnitte.

§. 356.

Die Alten wußten wenig vom allgemeinen Staatsrecht. *Hobbes* ist als der Schöpfer desselben anzusehen (§. 38.) Seine Nachfolger blieben nicht auf seiner Bahn; falschverstandne Orthodoxie und niedrige Schmeicheley führten sie irre. *Roussseau* machte Verträge zur einzigen Grundlage, und seit seiner Zeit, nicht ganz durch ihn, ist die goldne Zeit dieser Wissenschaft angegangen.

§. 357.

§. 357.

In Ansehung der Literatur muß man
1) Systeme (a), 2) Compendien (b), 3) Schriften über einzelne Lehren (c) merken (d).

a) Hobbes Schriften s. §. 38.

Io. Bodinus de republica Libri IV. Fol. Par. 1684.
Ulr. Huber de jure civitatis L. III. — neueste Ausg.
c. comm. Chr. Thomasi et Nic. Lynker cura
I. Chph. Fischer. Frankf. et Lips. 1752. maj. 4.

John Locke two treatises of Government London
1690. 8. mehrmals auch deutsch u. französisch etc.
übersetzt.

*Algernon Sidney discourses concerning Govern-
ment* London 1704. f. 1763. gr. 8. — auch franzö-
sisch übersetzt von Samson. Haye. 1702. III T. 12. —
1755. IV. T. 12.

Chr. Wolff de imperio publico. — Juris naturalis
T. VIII. (vergl. §. 44.)

Heinr. Gottfried Scheidemantel Staatsrecht
nach der Vernunft und Sitten der vornehmsten Völ-
ker betrachtet. 3 Th. Jena 1770. f. 8.

— allgemeines Staatsrecht überhaupt und nach der Re-
gierungsform. Jena 1775. 8.

Notions claires sur les Gouvernements (par Mercier)
Paris, 1787. II Vol. 8.

b) *Iust. Henn. Böhmer introductio in jus publicum*
universale. Hal. 1709. u. mehrmals. 8. — ed. 1755.

God. Ern. Fritsch jus publicum universale. Jen.
1734. 8.

Car. Ant. de Martini positiones de jure civitatis.
Vindob. 1768. — ed. 2. 1773. 8.

Ios. Franc. Loth. Schrodts systema juris publici
universalis. Bamb. 1780. 8.

c) *Nic. Machiavelli il principe* 1515. — cura H.
Conring. Helmst. 1660. 4.

Examen du Prince de Machiavell (par Frederic II., Roi
de Prusse) trois. edit. Haye. 1741, 8.

J. J. Rousseau du contrat social ou principes du droit
politique. Amsterd. 1768. 12. u. a. m.

Die Schriften über die Regierungsformen s. beym ange-
wandten Staatsrecht,

d) Mehrere Arten von Schriften, die mit dem allgemei-
nen Staatsrecht in Verbindung stehen, s. §. 47.

Zweyter Abschnitt.

Metapolitische Einleitung.

§. 358.

Metapolitik ist ein Innbegriff von Erfahrungssätzen, welche Veranlassungen zu Bestimmungen für die Rechte und Anstalten im Staat geben, aber dabey den Staat und die Anstalten desselben nicht voraus setzen. Ein Theil desselben dient dem allgemeinen Staatsrechte zur Vorbereitung und Erläuterung.

S. *meinen* Versuch über den Grundsatz des Naturrechts
S. 21.

§. 359.

Von Natur lebt der Mensch nicht im Staat; im Staat opfert er einen Theil seiner natürlichen Freyheit auf, und setzt sich vielen neuen Uebeln aus. Dies sind Gründe wider den Staat.

§. 360.

§. 360.

Gefelligkeit ist ein allgemeiner Trieb der Menschen; daher allenthalben Gesellschaft.

Ist dieser Trieb ursprünglich?

§. 361.

Gesellschaft giebt uns Hülfe gegen Uebel, die wir sonst nicht haben können. Cultur und Aufklärung ist zur Vervollkommnung der Menschen unumgänglich nöthig; ohne Gesellschaft ist die Entstehung der Cultur und Aufklärung nicht möglich. Folglich ist Gesellschaft zu suchen Pflicht für uns.

§. 362.

Aus der Gesellschaft entstehen, wo nicht mehr, doch neue Uebel für den Menschen.

§. 363.

Die Menschen lassen sich leicht von jemanden führen, von dem sie Gutes für sich erwarten. So entsteht der Staat.

§. 364.

Der Staat ist das einzige hinreichende Mittel, um die Uebel der Gesellschaft abzuwen-

M

den

den und die Vortheile derselben zu erhalten.
(§. 351.) Also ist, Staat zu errichten, Pflicht.

Zweytes Hauptstück.

Absolutes allgemeines Staatsrecht.

Erster Abschnitt.

Gründung des absoluten Staatsrechts.

§. 365.

Da der Staat besondere Bestimmungen der Gesellschaft voraussetzt (§. 351.), so kann er nicht anders als durch Einwilligung derer, die in demselben leben sollen, begründet werden (§. 285.); folglich kann der einzige Grund des Staats nur Vertrag seyn.

Allen andern Darstellungen steht folgendes Dilemma entgegen: Entweder sind die Staaten durch Gewalt etc., kurz ohne Einwilligung, entstanden, alsdann haben die Fürsten und andern Regenten *gar kein Recht* (§. 285.) oder wenn ihnen *ein Recht* beygelegt werden

werden soll, so muß man Einwilligung voraussetzen die darum nicht ausdrücklich oder in Worten, und noch viel weniger schriftlich, erklärt seyn darf.

§. 366.

Dieser Vertrag kann entweder ausdrücklich oder stillschweigend geschlossen seyn (§. 247.). Wir müssen zur leichtern Entwicklung der Bestimmungen einen ausdrücklichen Vertrag voraussetzen, das heißt aber nichts weiter, als den auf irgend eine Weise festgesetzten Inhalt des Vertrags in Worten ausdrücken.

§. 367.

Da wir hier keine Erfahrungen sammeln dürfen (§. 354.), so können wir den Inhalt und die Bestimmungen des Vertrags nur aus dem Zweck des Staats beurtheilen.

§. 368.

Da der Staat die Erreichung der Vortheile der Gesellschaft befördern kann und soll (§. 351. 363.); so muß sein Zweck nach dem Zweck bestimmt werden, den sich die Gesellschaft wirklich vorgesetzt hat.

§. 369.

Dieser kann nicht aus der Geschichte geschöpft werden; sie kann hier *nur einzelne Beyspiele* geben, woraus man den allgemeinen Begriff davon zu schaffen *veranlaßt* wird.

Auch ist er der Geschichte nach zu sehr verschieden, um hier gebraucht werden zu können.

§. 370.

Da die Menschen verbunden sind, sich auf alle Weise zu vervollkommen (§. 72.); so sind sie auch verbunden, alle Mittel dazu anzuwenden, folglich auch die Gesellschaft als Mittel zu jenem Zweck zu gebrauchen (§. 361.) und sie so einzurichten, wie sie am geschicktesten dazu wird (§. 364.)

§. 371.

Der höchste mögliche Zweck der Gesellschaft ist einerley mit dem Zweck der Sittlichkeit überhaupt (§. 361.); folglich *Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit*. Diesen Zweck der Gesellschaft zu befördern ist *Zweck des Staats* (§. 351. 364.)

Es ist *geboten*, diesen Zweck festzusetzen; dennoch kann er hier nur gelten, wenn er wirklich verabredet ist (vergl. §. 303. Anm. 3.); und alle künftigen Folgerur-

rungen in Ansehung der *Zwangsrechte* gelten nur, insofern der Theil des Zwecks, den sie voraussetzen, wirklich durch den Vertrag festgesetzt ist. Die europäischen Staaten aber erkennen alle den ausgebreitetesten Zweck des Staats als den ihrigen an.

§. 372.

Also ist auch *Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit* Zweck des Staats; aber wohlverstanden nur insofern dieser durch den Staat erreicht werden kann.

Kant's höchstmögliche Freyheit (*Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* — in der *Berliner Monatschrift* 1784. November.) ist fast ganz einerley mit dem hier angegebenen Zweck, (vergl. §. 141. u. Anm.)

§. 373.

Der Staat hat zwey Bedeutungen: 1) Die Einrichtung selbst oder die Verbindung der Menschen in einen Staat, 2) die verbundenen Menschen (§. 284. Anm. 1. §. 296.) Es gehört die Erhaltung und Vervollkommnung von beiden zum Zweck. Allein die letzteren sind der eigentliche letzte Zweck; die erstere ist nur Mittel und steht also den letztern immer nach.

Lessing's Ernst und Falk. S. 41.

§. 374.

Kein Staat kann ohne Verträge gegründet werden (§. 365.). Diese Verträge sind 1) der *Vereinungsvertrag* (*pactum unionis* §. 285. Anm. 1.) und 2) der *Unterwerfungsvertrag* (*pactum subjectionis* §. 292. Anm. 2.)

1. Andre nennen hier noch den *gesellschaftlichen Vertrag* (*pactum sociale, contractus socialis*), und das *Staatsgrundgesetz* (*lex fundamentalis*.)
2. Diese Abtheilung der Verträge giebt bloß die verschiedenen Verabredungen an, welche zu nehmen sind, und schließt darum die Möglichkeit nicht aus, daß alle diese Verabredungen auf einmal und in einer Handlung geschehen.
3. Bloße Vereinigung der Familien ohne Unterwerfung ist gar kein Staat, sondern nur bürgerliche Gesellschaft.

§. 375.

Diese Verträge sind eben den Bestimmungen unterworfen, wie alle andern Verträge. Also kann kein Recht daraus erworben werden, das unmöglich und verboten ist (§. 228. flgg.).

§. 376.

Beide vertragsschließenden Partheyen, Oberherren und Unterthanen (§. 292.), erhalten Rechte aus diesen Verträgen.

*Zweyter Abschnitt.**Rechte der Oberherren im Staate.*

§. 377.

Alle diese Rechte müssen so beschaffen seyn, daß sie durch Verträge weggegeben werden dürfen (§. 228.), hier aber können nur solche vorgetragen werden, die aus dem Begriff und Zweck des Staats nothwendig fließen.

1. Da wir nicht den Inhalt wirklicher Verträge voraussetzen können, so ist alles bloß aus dem Begriff und Zweck des Staats zu bestimmen. Doch können diese Rechte, eben weil der Zweck nicht nothwendigerweise gleich ist, vermindert oder auch vermehrt werden. Was aber aus dem Zweck nothwendig fließt, gilt, sobald dieser Zweck angenommen ist.
2. Aufser diesen durch die Verträge des Staats erhaltenen Rechten können die Oberherren, eben so gut als andre, ursprüngliche und auch auf andre Art erworbene Rechte haben.

§. 378.

Der Innbegriff aller Rechte, welche festgesetzt werden müssen, damit die Einrichtung

des Staats (§. 351.) statt haben könne, heisst die *höchste Gewalt* oder die *Majestät* (*potestas civilis, imperium civile*).

1. *Höchste Gewalt* (*potestas summa*) heisst sie, weil sie keiner andern untergeordnet seyn kann.
2. Diejenigen, denen alle jene Rechte übertragen sind, heissen die *Oberherren* im Staate. Sie können einer oder mehrere seyn; eine besondere Regierungsform wird hier gar nicht vorausgesetzt. Der einzelne oder alle zusammen heissen auch der *Souverain*.
3. Man nennt auch nur einen grossen Theil der Rechte der höchsten Gewalt *Oberherrschaft* (*souveraineté*); in Rücksicht auf diese Bedeutung kann die Oberherrschaft *abhängig* oder *unabhängig* (*imperium subordinatum et summum*), *getheilt* oder *ungetheilt* (*i. divisum et indivisum*), *vollständig* oder *unvollständig* (*i. plenum et minus plenum*), *eingeschränkt* oder *uneingeschränkt* (*i. limitatum s. restrictum et absolutum s. irrestrictum*) seyn.
4. Man legt auch dem *Majestät* bey, der nur einen grossen Theil der höchsten Gewalt unabhängig besitzt.
5. Ist die *Majestät* vom Volke oder von Gott? In wiefern kann man sagen: das Volk habe *reelle*, der Monarch *persönliche* *Majestät*?
6. Jedes einzelne in der höchsten Gewalt begriffene Recht heisst ein *Majestätsrecht* (*jus majestaticum*). Auch diese werden in *jura majestatica immanentia* und *transseuntia* eingetheilt (§. 289. u. Anm. 1.) Unterschied der *Majestätsrechte* und *Regalien*. Eintheilung der höchsten Gewalt in *potestatem civilem rectoriam*,
in-

inspectoriā, *executoriā*; eine andere in die gesetzgebende, richterliche und ausübende Gewalt.

§. 379.

Die Ausübung dieser höchsten Gewalt heisst die *Regierung des Staats* (*regimen civitatis*, *regimen publicum*).

1. Man kann die Regierung in eigenem Namen ausüben oder nur im Namen eines andern verwalten. Wer sie auf die erste Art ausübt, heisst eigentlich *Oberherr* (*imperans*); wer sie aber nur verwalter, und also abhängig oder verantwortlich ist, heisst *Staatsbedienter*, *Staatsbeamter*, *Verwalter der Oberherrschaft* (*merus rector civitatis*, *magistratus*.)

2. Auch die Regierung kann jemandem *vollständig*, oder *unvollständig* (*regimen plenum et minus plenum*), *eingeschränkt* oder *uneingeschränkt* (*limitatum et illimitatum*) zukommen.

§. 380.

Die Rechte der höchsten Gewalt fließen entweder aus dem bloßen Begriff des Staats, ohne Voraussetzung eines bestimmten Zwecks, oder setzen einen bestimmten Zweck voraus.

§. 381.

Zum Staat ist die Möglichkeit erforderlich, jedesmal die Kräfte der Menschen im Staate zu

vereinigen und zu einem Zweck zu gebrauchen (§. 351). Daher muß im Staate der Wille, der den Kräften ihre Vorschriften giebt, und ihre Handlungen bestimmt, im höchsten Verstande nur *einer* seyn.

1. Man nennt diesen Willen den *allgemeinen* (*volonté generale*) Es ist aber gar nicht nöthig, daß dies der Wille eines einzelnen sey, sondern es darf nur eine bestimmte Art angegeben seyn, wie jedesmal *eine* Vorschrift entstehen soll.

2. Darinn, daß dieser Wille *einer* seyn muß, liegt, daß er sich nicht widersprechen muß, daß man ihm nicht muß ausweichen und nicht widerstehen können.

§. 382.

Im Staate muß nur *ein* Wille seyn (§. 380.); also muß zu der höchsten Gewalt das Recht gehören, Vorschriften für mehrere Handlungen einer bestimmten Gattung, oder Gesetze, zu geben, oder das *Recht der Gesetzgebung* (*potestas legislativa*). Der Unterthan muß den Gesetzen gehorchen.

1. Das Recht der Gesetzgebung begreift in sich: 1) Das Recht, Privatgesetze (nicht Staatsgrundgesetze §. 374. Anm. 1.) zu geben, (die Gesetze des Naturrechts zu ändern, fremde Gesetze aufzunehmen, Gewohnheiten allgemein als Gesetze zu erklären,) 2) sie zu erklären (authentisch oder durch allgemeine Billigung der Ge-

Gewohnheitsauslegung, *interpretatio authentica et usualis*) 3) sie abzuändern und abzuschaffen (*jus leges abrogandi, illis derogandi, obrogandi etc.*) 4) von den allgemeinen Gesetzen auszunehmen, (entweder mehrere Fälle — *privilegia — personalia et realia* — oder nur einen Fall — *dispensatio.*)

2. Den Inhalt der zu gebenden Gesetze und die Grenzen der Gesetzgebung in einzelnen Fällen zu bestimmen, lehrt theils das *allgemeine bürgerliche Recht*, theils die *Politik*.

§. 383.

Auch einzelne Handlungen der Unterthanen müssen oft zum Zweck des Staats bestimmt werden; daher das Recht, die Kräfte der Unterthanen zu regieren, oder *einzelne Befehle zu geben* (*jus mandandi*).

Sie können auf verschiedene Art gegeben werden.

§. 384.

Nicht allenthalben sind die Kräfte selbst brauchbar; es müssen auch sonst alle Mittel zur Erreichung des Zwecks von den Unterthanen gefodert werden können; daher also *Recht auf das Vermögen der Unterthanen* (*potestas cameralis*).

1. Dies kann sowohl zur Verwaltung des Staats, als zur Entschädigung und Befoldung der Oberherrn gebraucht werden.

2. Dies

2. Dies Recht kann sich äußern entweder so, daß die Unterthanen gewisse Geldbeyträge, *Abgaben* (*onera publica in sensu stricto*), die sehr verschiedene Namen haben können, leisten, oder ganze Grundstücke auf einmal zum Dienst des Staats bestimmt werden, (*res publicae, et patrimonium reipublicae*), oder auch manche Erwerbungsarten der Unterthanen zum Besten des Staats eingeschränkt werden.
3. Dem Staat ein wirkliches Eigenthum an den Gütern der Unterthanen beyzulegen, giebt es keinen Grund.

§. 385.

Die Oberherren können bey einem nur etwas weitläuftigen Staate nicht alles selbst besorgen; zur höchsten Gewalt gehört daher auch das Recht, einige Theile ihrer Regierung andern aufzutragen, folglich öffentliche Aemter (*officia s. munera civilia l. publica*) einzurichten, und Beamte (*officiales*) zu setzen; aber sie behalten das Recht der Aufsicht über dieselben.

1. Unterschied der eigentlichen Aemter und Commissionen.

2. Die Aemter sind entweder auf eine Zeitlang oder auf immer, (*officia temporaria et perpetua*), bloß für die Person des Beamten oder auch für seine Erben übertragen (*o. personalia et hereditaria*). In besondern Regierungsformen können die öffentlichen Staatsbeamte (*officiales civiles vel publici*) von Privatbeamten des Fürsten (*officiales privati principis*), ferner die Staatsbeamten des Fürsten von den Beamten der

der Stände und des Volks unterschieden, und dennoch beide letztern Arten wirklich öffentliche Staatsbeamte seyn.

3. Alle Rechte und Verbindlichkeiten der Beamten hängen von dem Inhalt des mit ihnen als Beamte geschlossenen Vertrags ab.

4. Nicht alle Beamte sind darum zugleich Unterthanen.

§. 386.

Die Gesellschaft im Staate kann auch in Ansehung ihres Zwecks als eine Person angesehen werden (§. 296.). Da nun im Namen der ganzen Gesellschaft oft gehandelt oder der Wille derselben andern erklärt werden muß; so haben die Oberherrn allenthalben, wo der Staat als eins erscheinen muß, das *Repräsentationsrecht* (*jus repraesentationis*).

§. 387.

Aus dem bestimmten Zweck des Staats (§. 372) fließen andre Rechte, die sich, nach der Verschiedenheit der Theile des Zwecks, entweder auf die Erhaltung, oder auf die Mehrung der Vollkommenheit beziehen.

§. 388.

Die Erhaltung der Vollkommenheit kann entweder gegen Menschen, die nicht zu diesem Staate

Staate gehören, oder gegen Menschen in demselben vorgenommen werden.

Es kann hier ganz unbestimmt gelassen werden, ob die Vollkommenheit eines einzelnen, oder mehrerer, oder aller zu erhalten ist.

§. 389.

Um Vollkommenheit gegen Menschen ausser dem Staat zu erhalten, muß in der höchsten Gewalt begriffen seyn: 1) Das Recht, Krieg zu beschliessen und zu führen (*potestas bellica, jus belli s. jus armorum*) 2) Das Recht, Frieden, (*jus pacis*) 3) Das Recht, Bündnisse oder andere Verträge zu schliessen (*jus foederum et pactorum*.)

Mit diesen Rechten und mit dem Repräsentationsrecht (§. 385.) hängt das Recht, Gesandte zu senden und anzunehmen, (*jus legationum*) zusammen.

§. 390.

Um Güter des Staats oder einzelner Bürger gegen Menschen im Staat zu erhalten, ist es nothwendig, daß erst, wer von den streitenden Partheyen das Zwangsrecht habe, untersucht und dann dasselbe ausgeübt werde. Daher das Recht der Justiz mit dem Executionsrecht verbunden (*potestas judiciaria*).

1. In größern Staaten muß die Ausübung dieses Rechts an andre übertragen, aber dabey die Aufsicht über dieselbe von den Oberherren behalten werden (§. 384.), daher dann das Recht, Gerichte einzurichten, Proceß-Ordnungen zu machen, das Recht der Visitationen u. d. gl. in dem Recht der Justiz enthalten ist.
2. Mit dem Recht der Justiz hängt auch das Recht, die Güter von solchen, welche ihre Rechte noch nicht erkennen, zu erhalten, oder das Recht der Obervormundschaft, das Recht, bey Erwerbung der Zwangsrechte deutliche Zeichen derselben vermittelt der Staatsanstalten festzusetzen (*jurisdictio voluntaria* im Gegensatz der *contentiosa*) u. d. gl. zusammen.
3. Es giebt viele Eintheilungen der Justiz, z. B. *höchste* und *untergeordnete Gerichtsbarkeit* (*jurisdictio suprema et subordinata*), *vollständige* und *unvollständige* (*j. plena et minus plena*) u. d. gl. Die meisten andern Eintheilungen setzen besondre Einrichtungen des positiven Rechts voraus.

§. 391.

Zu der höchsten Gewalt gehört ferner das *Strafrecht* (*jus puniendi, potestas criminalis*), das nach Verschiedenheit seiner Quelle verschiedene Beurtheilung fodert (§. 243. und Anm. 1. u. 2.)

Hiemit steht in Verbindung das Recht, die Verbrechen zu untersuchen (*jus inquisitionis*), das Recht zu begnadigen (*jus aggratiandi, abolitionem decernendi*) u. s. w.

§. 392.

So muß in derselben das Recht begriffen seyn, Anstalten zur Erhaltung der Güter des Staats oder einzelner zu treffen, welches einen Theil des *Rechts der Polizey* (*jus politiae*) ausmacht.

Anstalten zur Erhaltung des Lebens, der Gefundheit, der Güter, Anschaffung der Lebensmittel etc.

§. 393.

Um allen möglichen Gefahren vorbeugen zu können, muß in der höchsten Gewalt auch das *Recht der Oberaufsicht* (*jus supremæ inspectionis*) über die Handlungen der Unterthanen begriffen seyn.

1. Dies Recht kann indessen nur gegründet seyn, 1) wo wirklich einige Gefahr zu besorgen ist, 2) wenn dadurch nicht wichtigere Güter genommen oder in Gefahr gebracht werden z. B. die Freyheit der Handlungen, die auch selbst in der Rücksicht statt haben muß, daß es von jedes Willen abhängt, ob er sie geheim halten wolle, oder nicht. Daher ist dieses Recht, sogar im allgemeinen schon, nur mit der größten Behutsamkeit auszuüben.
2. Das Recht, gewisse Handlungen zu bestätigen, und sie nicht anders für erlaubt zu erklären, als wenn sie bestätigt sind, kann eine Folge des Rechts der Gesetzgebung, oder der Polizey, oder der Oberaufsicht seyn.

§. 394.

§. 394.

Die *Mehrung der Vollkommenheit* einzelner Menschen kann die höchste Gewalt nur befördern, nicht erzwingen (§. 78.), zumal in Ansehung der edelsten Güter.

Vermehrung der Volksmenge, der Aufklärung, der Industrie, des Reichthums, Ausbreitung von Kenntnissen, Verbesserung der Sitten, der Religionsanstalten, des Ackerbaues, der Handwerker, des Handels, Schulen, Universitäten, Akademien etc.

§. 395.

Mittel dazu sind: 1) *höchstmögliche Freyheit* (§. 78. u. a.) 2), *Erleichterung durch Anstalten*.

In Ansehung der Anstalten zur Mehrung der Vollkommenheit hat der Staat das Recht, sie durch Zwang gegen seine Unterthanen und andere zu erhalten; aber das Recht, seine Unterthanen zu zwingen, daß sie sich deren bedienen, hat er nicht.

§. 396.

Der Nothfälle wegen, die auch im Staate vorkommen, muß zur höchsten Gewalt auch das Recht gehören, von Unterthanen Aufopferung ihrer erworbnen Güter zu fodern, wenn anders der Staat nicht erhalten werden kann; selbst Aufopferung des Lebens, wenn sonst das

Leben vieler nicht zu erhalten ist. Jenes heisst *Obereigenthum* (*dominium eminens*), dieses äusserstes Recht (*jus eminens, potestas eminens.*)

Der andre Begriff von Staatsobereigenthum, als wirklichem ausschliessendem Gebrauch des Staats an den Gütern der Privatpersonen, so dass alles Eigenthum der einzelnen blofs Vergünstigung des Staats sey, lässt sich nicht ohne eine besondre Einwilligung, folglich nicht als nothwendige Folge des allgemeinen Begriffs vom Staat und seinem Zweck, erweisen.

§. 395.

Zu allem, wozu sich der Unterthan durch sein Versprechen verbindlich gemacht hat, oder was unmittelbar aus dem Vertrage fließt, hat der Oberherr ein *Zwangsrecht*.

Es lassen sich in Ansehung der bisher abgehandelten Rechte eine sehr grosse Menge einzelner Fragen aufwerfen, die aber nicht im allgemeinen beantwortet werden können, sondern wo nur durch Beobachtungen und Erfahrungen herausgebracht werden kann, wie sie in den wirklichen Staaten verschieden bestimmt sind und seyn können, und welches unter allen Einrichtungen die rathsamste sey. — Alles dieses gehört aber eben um deswillen in die Politik.

§. 396.

Die Oberherren haben ausser diesen Rechten, die sie durch den Vertrag *erworben* haben, auch

auch noch die Rechte des Menschen und des Bürgers, aber auch alle Pflichten, die sie vorher hatten. Sie können aber überdem noch auf manche andre Art Rechte sich erwerben.

Hieher das *Privatfürstenrecht* (*jus privatum principum*).

Bey denjenigen Rechten, welche durchaus von einer positiven Bestimmung abhängen, z. B. Erbrecht u. s. w., kommt es auf den Inhalt dieser Bestimmungen an; bey allen andern aber, die schon nach dem Naturrecht statt haben, z. B. Ehe, Eigenthum etc., gelten die Grundsätze des Naturrechts so lange, bis etwas anders festgesetzt ist.

§. 399.

Die Oberherren können sich dieser Rechte nur in so fern begeben, als es ihnen durch den Vertrag erlaubt ist (§. 295.); folglich können sie die höchste Gewalt der Regel nach 1) *nicht niederlegen*, 2) *nicht veräußern*.

Infofern die Oberherren einige Rechte der höchsten Gewalt veräußern können, infofern können sie dieselben auch durch Verjährung, wenn diese eingeführt ist, verlieren.

Dritter Abschnitt.*Rechte der Unterthanen im Staate.*

§. 400.

Jeder, der im Staate ist, und gegen welchen Rechte der höchsten Gewalt aus dem Vertrage gelten, heisst *Unterthan* (*subditus*; vergl. §. 292.).

Eintheilungen der Unterthanen in *civis*, *forensis*, *subditus temporarius*, *incola* u. d. gl. Unterschied des Unterthans vom Privatmann.

§. 401.

Die Unterthanen haben 1) jeder einzeln 2) mehrere zusammen, 3) alle zusammen betrachtet, Rechte.

§. 402.

Jeder einzelne Unterthan behält alle Rechte, die er vorher hatte und nicht weggegeben hat.

1. Also alle Rechte des Menschen und Bürgers; es kommt hiebey wieder auf den wirklichen Inhalt des Vertrags an.

2. Man

2. Man kann auch dem einzelnen seine Rechte aus dem Vertrag oder andre Güter nicht einseitig nehmen, ihn nicht aus dem Staat stoßen, nicht dem Feinde übergeben, etc., außer wenn dies Recht ausdrücklich festgesetzt ist, oder im Collisionsfall.

§. 403.

Gewiß hat er diejenigen Rechte, die er nicht weggeben konnte,

1. Kinder werden nicht als Unterthanen geboren; noch können die Eltern ihre Rechte weggeben, oder sie ohne ihre Einwilligung zu irgend etwas verbindlich machen.
2. Moralität, Religion, Leben, nothwendige Freyheit der Unterthanen (§. 146.) u. s. w., kann der Staat nicht beeinträchtigen,

§. 404.

Der Unterthan hat aus dem Vertrage neue Rechte erhalten, alle Vorthelle des Staats, insofern dabey nicht Streit mit höhern Pflichten ist, zu genießen, also 1) Erhaltung seiner Vollkommenheit, 2) Freyheit zur Mehrung derselben zu fodern (§. 395.).

1. *Bürgerliche Freyheit*, die äuerstliche Freyheit (§. 141.), insofern sie im Staat nicht gemindert ist, muß von *politischer Freyheit* (dem Antheil der Bürger an der Regierungsform) gänzlich unterschieden werden. *Eberhard* vermischte Schriften Th. I. Abb. I.

2. Ob er auch den Staat oder das Land verlassen darf, das kömmt auch auf den Inhalt des Vertrags an, obgleich es rathsam ist, diese Freyheit weder einzuschränken, noch einschränken zu lassen.

§. 405.

Dafür hat er alle Pflichten, die er durch den Vertrag übernommen hat, oder die daraus nothwendig fließen, zu leisten.

Verabfäumung derselben kann Verbrechen seyn und gestraft werden (§. 391.). Hieher *Hochverrath* (*perduellio*), *Aufruhr* (*rebellio*), *Verbrechen der beleidigten Majestät* (*crimen laesae majestatis*) u. d. gl.

§. 406.

Gesellschaften (*societates*) sind Mittel zur Vervollkommnung (§. 361.). Sie können eingegangen werden, so fern sie dem Zweck des Staats oder überhaupt höhern Gütern nicht schaden. Nur wenn dies gewiss oder höchst wahrscheinlich ist, hat die höchste Gewalt Recht, sie zu verhindern.

1. Ein *Staat im Staate* (*status in statu*) können solche Gesellschaften nur dann genannt werden, wenn sie dem Zweck oder der Wirksamkeit des Staats Abbruch thun.

2. Ein-

2. Eintheilungen der Gesellschaften im Staate in öffentliche und Privatgesellschaften (*societates publicae et privatae*), dem Staate unterworfen und nicht unterworfen (*s. liberae et non liberae*), privilegierte und unprivilegierte Gesellschaften (*s. privilegiatae et non privilegiatae*.)

Mehr davon s. im allg. bürgerl. Recht.

§. 407.

Die Unterthanen können von den Oberherren Erfüllung des Vertrags fordern, und zwar, wie bey jedem Vertrag, durch Zwang.

§. 408.

Sie können ferner der Uebertretung desselben widerstehen.

§. 409.

Da der Vertrag zur Erreichung des Zwecks geschlossen ist; so ist dieselbe die Bedingung seiner Gültigkeit; und also kann der Vertrag, wenn diese wegfällt, aufgehoben oder auch geändert werden.

1. Es können auch andre Bedingungen festgesetzt werden, unter denen der Vertrag seine Gültigkeit verlieren kann.

2. Immer stehen die Rechte aus dem Vertrage den ursprünglichen und unveräußerlichen nach; allein man muß bey der Ausübung jedes Zwangs gegen die Rechte aus dem Vertrage des Staats auf das äußerste behutsam gehen, immer so selten als möglich ihn ausüben, und nur die allergeleindesten Zwangsmittel brauchen, weil bey jeder etwas starken Bewegung im Staat das Leben und andre unveräußerliche Güter mehrerer Menschen in Gefahr kommen. Dieser mögliche Mißbrauch hebt aber immer das Recht an sich nicht auf.

§. 410.

Außer den angegebenen Fällen ist Aufhebung und Aenderung des Vertrags nur durch gegenseitige Einwilligung möglich.

1. Der Oberherr kann nicht gestraft werden, wenn er sich nicht durch seine Einwilligung der Strafe unterworfen hat (§. 243.).
2. Getödtet kann der Oberherr nicht anders werden, als im Collisionsfall; allein auch hier muß man ja nicht vergessen, daß der Regel nach am Leben eines Oberherrn im Staate das Glück mehrerer, als am Leben eines Privatmanns, hängt.

§. 411.

Die Ausübung der Rechte gegen die Oberherren können die Unterthanen entweder selbst unmittelbar oder durch Repräsentanten vornehmen.

nehmen, wie dann überhaupt die Art dieser Ausübung auch genau bestimmt seyn kann.

Wehe dem Lande, das keine Volksrepräsentanten hat,
wenn das Volk genöthigt ist, sich selbst zu regern,
und seine Rechte zu vertheidigen!

Drittes Hauptstück.

Angewandtes Staatsrecht.

§. 412.

Das angewandte Staatsrecht handelt von den besondern Arten der Staaten oder den Regierungsformen.

Daß die in der höchsten Gewalt enthaltenen Rechte auf sehr verschiedene Weise an Menschen übertragen werden können, auf eine bestimmte Art aber übertragen seyn müssen, wenn sie ausgeübt werden sollen; so ist es nothwendig, hier von den Arten derselben zu reden, die sich ohne Erfahrung bloß durch allgemeine Begriffe angeben lassen.

§. 413.

Was hier davon abzuhandeln ist, ist bloß philosophisch aus Begriffen zu entwickeln, wenn gleich diese Bestimmungen durch Erfahrung veranlaßt sind.

Bloß allgemeine Eintheilungen gehören hieher; die Vortheile und Nachtheile einer jeden Regierungsform nebst den daraus zu ziehenden Schlüssen gehören ganz in die Politik, da in derselben bloß die Erfahrung den Stoff hergeben kann.

§. 414.

Der Nutzen des angewandten Staatsrechts ist eben so groß als der Nutzen des allgemeinen, da es nicht möglich ist, dieses ohne jenes anzuwenden (§. 411. Anm.).

§. 415.

Es ist mannichfaltig, theils in Verbindung mit dem allgemeinen Staatsrecht, theils besonders bearbeitet, aber fast immer so, daß der Theil der Lehre von den Regierungsformen, der eigentlich zur Politik gehört (§. 412. Anm.), damit verbunden worden.

Josias Thorstraten von den Regierungsformen.
Flensburg. 1760. 8.

(*Frederic II.*) *essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains. — Oeuvres posthumes. Berlin. 1788. T. VI.*

Considerations sur les gouvernemens par M. Mounier Paris 1789. 8.

Discours de M. Bergasse sur la maniere dont il convient de limiter le pouvoir legislatif et le pouvoir executif dans une monarchie. 1789. 8.

§. 416.

Eine genaue Bestimmung der Art, wie die höchste Gewalt ausgeübt werden soll, heisst eine *Regierungsform* (*forma civitatis*). Jede Regierungsform wird durch das Staatsgrundgesetz bestimmt.

1. Wenn ein Staat keine Regierungsform hat, so heisst er eine *Anarchie*.
2. Einige angebliche Regierungsformen sind in der That keine; z. B. Staatenystem, Theokratie u. f. w.

§. 417.

Die Regierungsformen sind nach der Anzahl, und nach der Macht der Regenten, und nach der Dauer ihrer Regierung unterschieden.

§. 318.

Der Anzahl der Regenten nach giebt es drey Arten von Regierungsformen: *Demokratie*, *Aristokratie*, und *Monarchie*.

Man

Man nennt Aristokratie und Demokratie Freystaaten (*respublicae strictae sic dictae*) nach dem oben (§. 403. Anm. 1.) angegebenen Begriffe von politischer Freyheit; und eine Monarchie nennt man ein Reich (*regnum*).

§. 419.

Der Dauer der Regierung nach sind sie entweder abwechselnd oder immerwährend (*temporariae et perpetuae*); ferner Wahlstaaten, Erbstaaten, und Patrimonialstaaten (*electitiae, hereditariae, patrimoniales.*)

§. 420.

Der Macht nach sind die Oberherren entweder eingeschränkt oder uneingeschränkt (§. 293.).

1. Auf jeden Staat ist immer eine Art von allen drey Eintheilungen der Regierungsformen anzuwenden; daher können auch die Unterarten in den beiden letzten Eintheilungen auf jede Unterart der ersten nach der Anzahl der Regenten (§. 417.) angewandt werden.

2. Man nennt alle diese Regierungsformen *einfache*; durch Verbindung von mehrern einfachen entstehen *zusammengesetzte*, von welchen aber eine solche Mannichfaltigkeit möglich ist, daß sie erst aus der Erfahrung allmählig erlernt werden müssen.

3. Es

3. Es kommen bey allen diesen Regierungsformen viele zu bestimmende Eigenschaften vor, die aber alle von wirklicher Einwilligung und Bestimmung abhängen; z. B. bey der Wahlreich Zwischenregierung (*interregnum*), Reichsweser (*vicarii regni*); bey Erbreichen Art der Erbfolge, Vormünder etc.

§. 421.

Verbindungen mehrerer Staaten, die Staaten bleiben, sind keine Staaten an sich; sondern wenn sie nicht für immer geschlossen sind, heißen sie *verbundene Staaten*; wenn sie aber immerwährend sind, ein *Staatensystem* (*systema civitatum*). Diese erhalten ihre Rechte und Verbindlichkeiten aus ihren Verbindungsverträgen; allein eigentlich gehören sie dann in das Völkerrecht.

Von der Möglichkeit und Nothwendigkeit eines allgemeinen Staatensystems s. Kant Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht — Berlinische Monatschrift 1784. November.

§. 422.

Wenn alle hier zum Theil problematisch vorgetragenen Punkte genau bestimmt werden, so entsteht ein positives Staatsrecht.

Dritter Theil.

Allgemeines Völkerrecht.

Erster Abschnitt.

Vorbereitung.

§. 423.

Ein *Volk* (*gens, populus*) ist eine groſse, freye und ewige Gesellschaft (§. 291. Anm. 2.) Die Zwangsrechte eines Volks gegen Menschen, die nicht zu demselben gehören, werden im *Völkerrecht* (*jus gentium*) gelehrt (§. 23.)

1. Andere Bedeutungen von Volk gehören nicht in diese Wissenschaft.
2. *Völker* machen meistens, aber nicht nothwendig immer, *Staaten* (§. 351. Anm.) aus.
3. Nicht bloß die Verhältnisse zwischen Staaten und Staaten, oder Völkern und Völkern sind hier abzuhandeln, weil sonst die Verhältnisse zwischen Völkern und einzelnen Menschen auſser demselben gänzlich würden übergangen werden.

§. 424.

Das Völkerrecht enthält entweder Lehren, die aus den allgemeinen Begriffen von Volk, und den darauf angewendeten sittlichen Gesetzen, fließen, oder die auf besondern Verträgen oder Gewohnheiten gegründet sind. Jenes heißt das *allgemeine* oder *natürliche* (*jus gentium universale* l. *naturale*), dieses das *positive Völkerrecht* (*j. g. positivum* s. *practicum*). Das letzte gehört gar nicht in diese Wissenschaft.

1. Eintheilung des positiven in *Vertrags-* und *Gewohnheits-Völkerrecht* (*jus gentium pactitum et consuetudinarium*).
2. Was ist von der Eintheilung des *natürlichen* Völkerrechts in das *reine natürliche* und *modificirte natürliche* (v. Ompteda Literatur des Völkerrechts Th. I. S. 9 - 12.) zu halten?

§. 425.

Es ist für jeden Menschen, für jedes Volk, und für jeden Repräsentanten eines Volks, zum unmittelbaren und mittelbaren Gebrauch zu wissen wichtig. In neuern Zeiten wächst die Wichtigkeit desselben noch immer.

§. 426.

Die allgemeinen Begriffe vom Völkerrecht waren in frühern Zeiten schwankend. Grotius be-

bearbeitete es im Ganzen zuerst mit Erfolg, Pufendorf schadete ihm, weil er es für eine Wissenschaft mit dem Naturrecht ausgab. Wolf trennte es wieder davon, und Johann Jacob Moser bearbeitete das positive Völkerrecht und half dadurch auch dem natürlichen Völkerrecht auf.

§. 426.

Außer den bey der Literatur des Naturrechts überhaupt (§. 38 - 47.) genannten Schriftstellern sind folgende, die das natürliche Völkerrecht besonders bearbeitet oder doch vorzüglich darauf Rücklicht genommen haben, von Wichtigkeit:

Rich. Zouchaei juris et judicii feialis sive juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio. Oxon. 1650. 4. und mehrmals.

Jo. Adam Ickstadt elementa juris gentium. Wirceb. 1740. 4.

Ad. Friedr. Glafey Völkerrecht. Nürnberg, Frankf., u. Leipz. 1752. 4.

Chr. L. B. de Wolf jus gentium, methodo scientifica pertractatum. Hal. 1749. 4.

La science du gouvernement par Mr. de Real. Tom. V. du Droit des gens. à Paris. 1754. 8. 1764. 8.

Le droit des gens; ou principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains. Par Mr. de Vattel. à Leide. 1758. 4. — Neueste Ausgaben: Amsterdam. 1775. II Tom. 4. Neufchatel. 1777. III Tom. 12.

J. F. L. Schrodt Systema juris gentium. Bamberg. 1780. 8.

Precis du Droit des Gens, de la Guerre, de la Paix et des ambassades, par Mr. le Vicomte de la Mailardiere. à Paris. 1775. 12.

§. 428.

Der angegebne Begriff von Volk (§. 423.) kann doch, eben wie der Begriff von Gesellschaft (§. 284 und Anm. 1.), zwey untergeordnete Bedeutungen haben, so das das Volk 1) den Innbegriff aller der Menschen zusammen, die ein Volk ausmachen, 2) die Verbindung, vermöge deren sie ein Volk ausmachen, bedeutet. Im ersten Fall kann von ursprünglicher, im zweyten nur von erworbener Vollkommenheit die Frage seyn.

Ein Volk kann, wie eine andre Gesellschaft, als eine Person angesehen werden; aber es sind dann bey dieser Vergleichung dieselben Vorichtsregeln zu beobachten (§. 296.). Leben und Tod eines Volks.

§. 429.

Ein Volk ist frey, hat keinen Richter über sich, und lebt also im Naturstande (§. 10.); daher muß es seine Zwangsrechte selbst beurtheilen und ausüben (§. 86.).

§. 430.

Da ein Volk mehrere Menschen in sich faßt; so müssen die Rechte desselben in der angegebenen ersten (§. 428.) Bedeutung den Rechten einzelner und die Rechte eines größern Volks den Rechten eines kleinern vorgehen.

Zweyter Abschnitt.

Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts.

§. 431.

Da die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts keinen andern Grund als die Grundsätze des Naturrechts haben können, und nur durch das verschiedene Verhältniß, auf das sie anzuwenden

wenden sind, einige Verschiedenheit der Bestimmungen dabey entstehen muß; so müssen sie mit jenen in den Hauptzügen einerley seyn, nur daß die vorher (§. 428 - 430.) vorgetragenen Erinnerungen einigen Einfluß hier äußern.

§. 432.

Der allgemeinste Grundsatz des Völkerrechts ist, wie der des Naturrechts:

Verhindert, daß die Vollkommenheit aller Menschen nicht gemindert werde.

und der untergeordnete lautet ebenfalls, wie oben:

Verhindert, daß eure eigne Vollkommenheit nicht gemindert werde.

§. 433.

Aus den Erinnerungen über die Verhältnisse eines Volks (§. 428 - 433.) zusammengehalten mit den Regeln für Collisionen (§. 167 - 171.) fließen folgende nähere Bestimmungen:

- 1) Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit aller Menschen, die ein Volk ausmachen, geht der Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit einzelner Menschen,

schen, und Erhaltung eines größern Volks in diesem Verstande der Erhaltung eines kleinern vor (§. 171. n. 8.)

2) Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit geht hier, wie immer, der Erhaltung der erworbenen und diese der Mehrung vor (§. 171. n. 2. 3. 5.)

3) Erhaltung der Verbindung, die das Volk zusammenhält, geht der Erhaltung der ursprünglichen Vollkommenheit nicht vor, aber wohl der Erhaltung geringerer erworbener (§. 171. n. 11.).

Wegen des wichtigen Einflusses, den jede Verbindung in ein Volk hat, wird nicht leicht ein bloß erworbenes Gut zu finden seyn, dem sie nicht vorzuziehen wäre; daher sie dann in der Regel allen erworbenen Gütern einzelner vorgehen muß.

4) Ausbildung der Verbindung und Vermehrung der Güter derselben gehen nicht der Erhaltung einer erworbenen Vollkommenheit, aber wohl anderer Mehrung, vor, als die nicht so wichtig seyn kann. (§. 171. n. 10.)

5) Wenn alles gleich ist, so zieht bey eintretenden Collisionen ein Volk sich allen andern vor (§. 170.). Collidirt also ein gleicher
Grad

Grad oder Theil der Vollkommenheit eines Volks mit einem gleichen Theil der Vollkommenheit eines einzelnen Menschen, oder kleinern, oder auch eben so großen, Volks, so geht jene immer vor,

§. 434.

Die Rechte, die dem Volk vom Anfang seiner Verbindung anzukommen, können *ursprüngliche Rechte*; die aber, welche erst bestimmte Thatfachen voraussetzen, *erworbene Rechte* eines Volks genannt werden (§. 290.).

Dritter Abschnitt.

Ursprüngliche Rechte eines Volks.

§. 435.

Das Volk, als mehrere einzelne Menschen zusammen betrachtet, hat ein Recht, die ursprünglichen Güter eines jeden und aller durch Zwang zu erhalten (§. 101-117.)

Platz und Nahrung zum Leben, Freyheit gegen Religionsunterdrückung, Verhütung jeder Verstimmlung etc.

§. 436.

Eben so hat es auch dasselbe Recht in Ansehung des Vermögens, sich zu vervollkommen und die Mittel zur Vervollkommnung zu gebrauchen (§. 118. 134.).

Beraubung des guten Rufs eines Volks.

§. 437.

Auch die natürliche Gleichheit und Freyheit darf es sich durch Zwang erhalten (§. 135. 143.)

Freyheit von Knechtschaft. Kein natürlicher Rang unter Völkern.

§. 438.

Das Volk, als eine Verbindung betrachtet, ist nur ein Mittel zur Vervollkommnung der einzelnen Menschen (§. 428.). In diesem Verstande darf es sich auch erhalten, vervollkommen, die Mittel zur Vervollkommnung gebrauchen u. s. w.

1. Erhaltung der Volksverbindung, der Staatsverfassung, besonderer Einrichtungen, so lange sie nicht höhern Gütern nachstehen. Erhaltung des Rechts, mehr
Bür.

Bürger aufzunehmen, Regierungsform und Gesetze zu verbessern; das Recht, Eigenthum, Ehre, Ansehen zu erwerben u. s. w.

2. Aus den bisher angegebenen Grundsätzen lassen sich in vorkommenden Fällen alle rechtliche Verhältnisse gegen einzelne Menschen und gegen Völker entscheiden, insofern es auf Erhaltung der ursprünglichen Güter des seine Rechte für sich selbst ausübenden Volks ankömmt.

§. 439.

Jedes Volk ist verbunden und berechtigt, die Vollkommenheit anderer Menschen zu erhalten, welche nicht zu demselben gehören, um so mehr, da es wegen der Vereinigung so vieler Kräfte viel stärker wirken kann als einzelne.

1. Diese Pflichten für andre, welche die Menschen ohnehin hatten, können sie dadurch, daß sie in Völker vereinigt worden sind, nicht verloren haben.
2. Hierauf gründet sich also das Recht, andern Völkern sowohl als einzelnen Menschen unaufgerufen Beystand zu leisten, und jedes friedliche und kriegerische Mittel dabey anzuwenden; nur freylich immer in der gehörigen Unterordnung der Mittel und Zwecke. Man scheut sich gewöhnlich vor dieser Behauptung des möglichen Mißbrauchs wegen; allein kein Mißbrauch kann ein Recht selbst aufheben.

§. 440.

Auch Beförderung der Vollkommenheit andrer ist Pflicht für die Völker; nur immer mit der Einschränkung, daß auch hier nicht Zwang gebraucht werden darf.

Verbreitung von Aufklärung und Cultur.

§. 441.

Auch hier müssen beide Bedeutungen von Volk (§. 428.) wohl unterschieden werden.

1. Erhaltung der Regierungsform oder der Volksverbindung überhaupt ist nicht Erhaltung des Volks im andern Sinn.
 2. Befreyung von Tyrannen ist häufig wirklich Erhaltung der Vollkommenheit der mehresten Menschen im Volk und diese kann also unstreitig durch Zwang geschehen.
-

Vierter Abschnitt.***Erworbene Rechte eines Volks.*****§. 442.**

Ein Volk kann eben die Mittel brauchen, sich zu vervollkommen, als jeder einzelne Mensch. Also giebt es in Ansehung eines Volks auch eine Lehre vom Eigenthum und von Verträgen (§. 174 - 177.)

Man kann hier beide Bedeutungen von Volk verstehen.

§. 443.

Das Volk masst sich von allen Dingen mit Recht einen ausschliessenden Gebrauch an, von denen es ohne diese Ausschliessung nicht den besten Gebrauch machen kann (§. 179. 80.)

Das Eigenthum einzelner Menschen im Volke ist von dem Eigenthum des ganzen Volks (§. 383. Anm. 3.) wohl zu unterscheiden, obgleich jenes zusammengekommen auch Eigenthum des Volks oder Staats heissen, ja in manchen einzelnen Staaten auch wirklich seyn kann.

§. 444.

Die Beurtheilung, was zum Eigenthum des Volks gehöre, hängt bloß von der Einsicht desselben ab (§. 182. 183. 185.)

Die Regel: *quicquid est in territorio, est quoque de territorio*, gilt daher nicht allgemein, kann aber festgesetzt werden.

§. 445.

Auch unter freyen Völkern sind zur Begründung des Eigenthums keine Zeichen nöthig (§. 186.)

1. Zeichen des Eigenthums zu machen, um andre dadurch von der Beeinträchtigung desselben abzuhalten, ist nützlich, und sogar Pflicht (§. 199. Anm.); sie brauchen aber positive Einrichtungen, Uebereinkunft, anerkannte Gewohnheiten, Völkerverträge, oft nur Gesetze eines Volks u. s. w.

2. Zeichen der Besitznehmung unbewohnter Länder.

§. 446.

Auch ein Volk darf nichts zu seinem Eigenthum rechnen, was weder ausschliessend gebraucht werden kann noch darf, und was andere Menschen schon zu dem ihrigen rechnen.

1. Eigenthum am Meer, von dem Eigenthum an einem Theile des Meers wohl zu unterscheiden. Recht der Eroberung und Beute. Strandrecht.

2. Col-

2. Collisionen können hier zuweilen etwas, das sonst verboten wäre, erlaubt machen.

§. 447.

Das Recht der Besitznehmung und des Zuwachses ist hier ganz, wie bey dem einzelnen Menschen im Naturstande, (§. 195 - 200.) zu beurtheilen.

§. 448.

Auch beym Volk ist Eigenthum und Besitz (§. 201.) verschieden.

Eroberte Länder, Beute.

§. 449.

Das Volk hat eben die Rechte aus dem Eigenthum als ein einzelner Mensch (§. 203 - 205.)

Dass die europäischen Völker Eigenthum und seine Wirkungen anerkennen, beweisen die Manifeste, welche sie vor Anfang der Kriege zum Beweise ihrer Rechte bekannt machen.

§. 450.

Das vornehmste Eigenthum der Völker besteht in dem Lande, das sie bewohnen; man nennt dies *Territorial-Eigenthum*.

§. 451.

§. 451.

Auch gegen Völker behält ein andrer Mensch 1) das Recht des unschädlichen Gebrauchs 2) des Nothgebrauchs ihres Eigenthums (§. 206.).

1. Die Beurtheilung hängt ganz von denjenigen ab, welche Rechte auszuüben haben.

2. Ein Beyspiel des Nothgebrauchs ist, wenn man sich in den Besitz einer fremden Festung zur Sicherheit gegen einen andern Feind setzt.

§. 452.

Wegen des unschädlichen Gebrauchs kann von den Völkern im allgemeinen nicht gewehrt werden: 1) der Durchgang durch ihr Gebiet, 2) das Anbauen wüster Stellen in ihrem Territorium, u. d. gl. m.

1. Beides kann gewehrt oder eingeschränkt werden, wenn oder in wiefern das Volk es für schädlich oder gefährlich hält; aber für die bloße Erlaubniß des Durchgangs durch das Gebiet eines Volks kann dies Volk keine Abgabe oder *Zoll* nehmen, da das Volk dies gar nicht verbieten durfte. Aber der Zoll läßt sich sehr wohl rechtfertigen, als eine Abgabe für die Vortheile des Staats, die man in demselben genießt, so lange man sich darinn aufhält.

2. Hieraus und aus einigen schon vorher beygebrachten Erinnerungen läßt sich das Recht der Völker gegen *Ankömmlinge* beurtheilen.

§. 453.

§. 453.

Auch unter Völkern kann es gemeinschaftliches Eigenthum geben (§. 207.)

Länder, Flüsse u. s. w.

§. 454.

Eben so können dieselben auch vermeyntes Eigenthum besitzen (§. 208, 209.)

§. 455.

Eben die Arten, wie das Eigenthum einzelner Menschen aufhört, verletzt und geschützt wird, (§. 210-213.) treten auch unter Völkern ein.

§. 456.

Auch Völker können sich durch gute Handlungen Ruf erwerben, den sie sich erhalten dürfen (§. 215.).

1. Nur kein Rang ohne Verträge.

2. Böses darf ich auch von einem Volk nur dann sagen, wenn dadurch Vollkommenheit anderer zu erhalten ist.

§. 457.

In Ansehung der Verträge müssen im Völkerrecht die Verträge einzelner Mitglieder des
Volks

Volks und die Verträge des Volks selbst unterschieden werden. Beide Arten sind im Völkerrecht besondern Bestimmungen unterworfen.

§. 458.

Jene können hier nur betrachtet werden in Ansehung des Vermögens der Bürger, Verträge zu schliessen. Dies darf ihnen niemand nehmen und das Volk darf es seinen Mitgliedern erhalten.

§. 459.

In Ansehung der Verträge einzelner Glieder des Volks ist vorzüglich die Handlung zu bemerken. Diese darf von keinem dritten Volk eingeschränkt werden. Hierinn besteht vorzüglich die *Freyheit der Handlung* unter Völkern.

1. Die Arten der Handlung (Länd - und See -, Activ-Passiv- und Zwischen-Handel etc.) machen hier gar keinen Unterschied in den Rechten.
2. Eine Ausnahme wäre, wenn das dritte Volk durch die Handlung der beiden andern Völker Schaden an den ihm wirklich zustehenden Gütern litte.

§. 460.

Handlung mit einem bestimmten Volk hängt unstreitig von dem Willen dieses Volks ab,

ab, und es kann derselben Gränzen und Bedingungen setzen, wie es dieselben für gut hält, theils weil der Inhalt jedes zu schliessenden Vertrages von dem Willen der Partheyen abhängt, theils weil das Volk, sobald es in einen Staat vereinigt ist, seinen Gliedern vorschreiben darf, unter welchen Einschränkungen sie Verträge schliessen dürfen.

Contrebande. Visitirung der Waaren und Schiffe.
Schleichhandel.

§. 461.

Ueber die Vortheile, die etwa einzelne Nationen im Handel haben sollen, kann jede Nation, wie sie will, disponiren.

Häfen; Freyhäfen.

§. 462.

Auch die Verträge der Völker selbst hängen einzig von der Einwilligung und ihren nöthigen Bestimmungen ab; auch hier ist Versprechen und Acceptation nöthig (§. 217 - 222.); und der Grund des Zwangsrechts ist gleichfalls derselbe (§. 223. 224.)

§. 463.

Ein Volk kann und darf eben so gut durch Verträge seine Vollkommenheit mehren, als
ein

ein einzelner Mensch (§. 226.) folglich kann und darf ein Volk Verträge schliessen.

§. 464.

Weil die Oberherren das Volk repräsentiren (§. 386.); so können sie Verträge im Namen des Volks schliessen, und für das Volk sowohl dadurch etwas erwerben, als demselben Verbindlichkeiten auflegen.

§. 465.

Aber nur 1) insofern sie das Volk repräsentiren können; 2) nach den Verträgen, die sie mit dem Volk geschlossen haben.

Ungültigkeit der Verträge des gefangenen Oberherrn. Einfluss der Minderjährigkeit und Vormundschaft auf die Volksverträge.

§. 466.

Das Volk kann Verträge mit allen schliessen, die durch Verträge etwas weggeben können (§. 227.).

Auch mit Ungläubigen.

§. 467.

Viele Völkerverträge werden durch Gesandte geschlossen. Ein *Gesandter* (*legatus*) ist eine Person,

Person, die von einem Volk ans andre geschickt wird, um im Namen des ersten seine Geschäfte zu besorgen.

Verschieden von Deputirten, Commissarien, Agenten, Consuln etc.

§. 468.

Die Gesandten sind in Ansehung der Ehrenbezeugungen, die sie erhalten, in Ansehung ihrer Macht und der Dauer ihrer Geschäfte unterschieden. Dies hängt meistens von Gewohnheiten ab. Im allgemeinen steht es in des sendenden Volks Willen, Gesandte zu schicken wie es will; eben wie in dem Willen des Volks, an das sie gesandt worden sind, was es gegen sie beobachten will.

Gesandte des ersten, zweyten Rangs u. s. w. *Plenipotentiairs*. Ordentliche und außerordentliche Gesandte. Gesandtschaftspersonen.

§. 469.

Gesandte kann jedes Volk schicken, insofern es frey ist (§. 423.)

1. Also nicht ganz freye Völker in den Geschäften, worinn sie frey sind.
2. Durch Verträge und Gewohnheiten ist dies Recht verschiedentlich bestimmt, genommen, eingeschränkt u. s. w.

§. 470.

Gefandter kann nach dem allgemeinen Völkerrecht jeder seyn, der die physischen Erfodernisse dazu hat.

Aus Observanz nur eine Person vom bestimmten Stande.

§. 471.

Das Volk, an das der Gefandte geschickt wird, muß wissen, daß er Gefandter sey und wie weit seine Macht gehe.

Dies lernt es nach den europäischen Gewohnheiten aus dem *Creditiv* und der *Vollmacht* des Gefandten. Die *Instruction* ist bloß für den Gefandten allein.

§. 472.

Das Volk ist nicht verbunden, einen Gefandten anzunehmen; und noch weniger, gegen den Gefandten gewisse besondere Handlungen zu beobachten, ohne besondere ausdrückliche oder stillschweigende Verträge darüber.

1. Aus Observanz kann man verbunden seyn, Gefandte anzunehmen.
2. Gefandte eines nicht souveränen Volks und Personen, die den Gefandtschaftsposten der Observanz wegen nicht führen können (§. 470. Anm.), darf auch das Volk itzt nicht annehmen.

§. 473.

§. 473.

Durchreise und Aufenthalt in seinem Territorium muß das Volk jedem Gefandten, wie einer Privatperson (§. 452.), gestatten, es sey denn daß das Recht der Erhaltung und Sicherheit es verbieten.

Die Observanz bestimmt hier etwas anders.

§. 474.

Eigentlich erhält der Gefandte seine besondern Rechte bey dem Volke, an das er gefandt ist, erst durch Annahme und Einwilligung.

1. Nach dem heutigen Gewohnheits-Völkerrecht hat er sie ohne besondre Einwilligung.

2. *Admissio privata et publica.*

§. 475.

Seine Rechte in Ansehung seiner Geschäfte werden aus der Vollmacht beurtheilt. Dadurch wird bestimmt, was und wie viel er im Namen des Volks, das ihn sendet, thun könnte.

Gewohnheit erfordert zur Sicherheit Ratification.

§. 476.

Independenz, Exterritorialität, Unverletzbarkeit
u. a. Rechte der Gefandten hängen theils von

ausdrücklichen Verträgen, theils von Gewohnheiten ab (§. 472.)

So wird auch alles übrige Ceremoniel u. f. w. durch Verträge oder Gewohnheit bestimmt, oder es ist ganz willkührlich.

§. 477.

Die Pflichten der Gesandten in ihren verschiedenen Verhältnissen hängen von den verschiedenen Verträgen ab, die sie mit dem Volke, das sie sandte, oder mit dem, das sie annahm, geschlossen haben.

§. 478.

Ihr Amt hört nach den verschiedenen Verhältnissen, in denen sie stehen, auf, wie die Rechte aus jedem Vertrage.

Es sind in Ansehung derselben Rechte gegen das sendende und annehmende Volk aufzuheben.

§. 479.

Völkerverträge werden auf eben die Art geschlossen, als andere, und sind eben den Regeln unterworfen (§. 228 - 265.).

Die Lehre von der Furcht ist hier auf die Verträge gefangener Regenten anzuwenden.

§. 480.

§. 480.

Die Gültigkeit der Völkerverträge gründet sich auf die wirkliche Einwilligung, nicht auf den Zweck derselben.

Sponsionen. Verbindlichkeit der Verträge des Regenten für seinen Nachfolger.

§. 481.

Das Volk beurtheilt nach seiner Einsicht und Ueberzeugung den Inhalt der Verträge und die daraus fließenden Rechte und Pflichten.

Auch hier sind die Regeln der Auslegung bloß als Beweismittel, nicht als schlechterdings geltender Grund der Entscheidung, anzusehen (§. 278.)

§. 482.

Die Völkerverträge können auch wider-
ruflich und unwiderruflich seyn (§. 270. Anm. 1.)

§. 483.

Man fügt bey Völkerverträgen manche Verstärkungen hinzu: *Eid*, *Garantie* (*guarantia*), *Bürgschaft*, *Pfand*, *Geißeln* (*obsides*).

Die Rechte in Ansehung der Geißeln hängen von dem über dieselben geschlossenen Verträge ab, vorausgesetzt daß sie festgesetzt werden konnten. Kein Recht, sie zu tödten.

§. 484.

Ein drittes Volk kann zu einem Völker-
vertrage mitwirken durch Vermittelung (*media-*
tio), Garantie, Bürgschaft, Miteinschließung
in den Vertrag.

§. 485.

Völkerverträge können nach ihrem Inhalt
und Gegenstande mannichfaltig unterschieden
seyn. Unter denen, wodurch nicht Völker-
freiheitigkeiten geendigt werden, sind die merk-
würdigsten: *Bündnisse* (*foedera*), *Subsidentracta-*
ten, *Handlungsverträge* u. s. w.

Sonst können auch fast alle Verträge zwischen Völkern
geschlossen werden, welche einzelne Menschen ein-
gehen können.

§. 486.

Durch Verträge kann sich ein Volk auf alle
Art Güter erwerben; folglich sowohl Eigen-
thum als Rechte auf andrer Handlungen, eben
so gut auf passive als active.

1. Völkerfervitut. Rang. Schiffsgrufs, Segelstreichen.
Hülfe. Handlungsvortheile.
2. Bey allen kommt es zuerst darauf an, was verspro-
chen ist, und bey dem Widerstreit zweyer Pflichten
(z. B. bey einer an zwey Völker versprochenen Hülfe)
auf die höhere oder doch frühere Verbindlichkeit.

§. 487.

§. 487.

Die Völkerverträge hören auf, wie alle andern Verträge im Naturstande (§. 269-274.)

Die positiven Bestimmungen können hier nicht anders Einfluss haben, als wenn ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung in Ansehung derselben eintritt. In Europa aber werden viele Völkerverträge, der angenommenen Gewohnheit wegen, nach den Grundsätzen des positiven Rechts beurtheilt, welches aus dem allgemeinen Einflusse des römischen u. a. Rechts entstanden ist.

Fünfter Abschnitt.

Art zu verletzen:

§. 488.

Man verletzt die Rechte des Volks; 1) wenn man demselben nimmt, was es besitzt oder erwartet, 2) wenn man es am Erwerbe hindert.

§. 489.

Unwahrheit, Lügen, Verläumdung werden auch hier darnach beurtheilt, ob sie Mittel zur Minderung der Vollkommenheit sind (§. 158.)

Sechster Abschnitt.

Art zu schützen.

§. 490.

Bey allen Mitteln, die zum Schutz von Völkern gebraucht werden, kann nur Erhaltung und Sicherheit der Zweck seyn; Ersatz nicht anders, als wenn es verabredet ist.

§. 491.

Völker sind eben so gut, als einzelne Menschen, berechtigt, sich auf einen künftigen Anfall und gegen eine zu fürchtende Verletzung vorzubereiten; also ihre Lande in Verthei-

theidigungsstand zu setzen, und Leute zur Vertheidigung sich zu verschaffen.

Festungen. Magazine. Exerciren des Volks. Stehende Soldaten.

§. 492.

Die Handlungen, wodurch ein Volk gegen andre Menschen aufser demselben Gewalt braucht, zusammen, nennt man *Krieg* (*bellum*). Doch unterscheidet man den eigentlichen Krieg noch von andern gelindern Mitteln.

Gewohnheiten und Erfahrungen können so wenig in Ansehung des Krieges als in Ansehung anderer Lehren Rechte begründen, noch gegen die gültig entwickelten Rechte gegründete Einwürfe hergeben.

§. 493.

Jeder kann mit einem Volke Krieg (§. 492.) führen, zu dem er nicht gehört.

Doch ist es der Staatsklugheit gemäfs, diese Gewalt nicht einzelnen Bürgern im Volke oder einzelnen Staatsbeamten zu lassen.

§. 494.

Das Volk kann gegen jeden Krieg (§. 492.) führen, der nicht zu demselben gehört.

§. 495.

Ursachen zum Kriege, in sofern sie rechtmässig seyn sollen, müssen entweder aus dem Recht der Erhaltung oder aus dem Recht der Sicherheit fließen.

§. 496.

Aus dem Recht der Erhaltung sind alle Handlungen Ursachen zum Kriege, wodurch dem Volk oder andern ein Gut wirklich genommen wird.

Wegnahme von Personen, Ländern, Schiffen, u. a. Gütern. Einnahme eines Landes, das einem andern zufallen sollte. Beraubung gültiger Ansprüche.

§. 497.

Ferner solche, wodurch dem Volk oder andern ein Mittel zur Mehrung genommen wird.

Herabsetzung des Volks. Beleidigung der Gesandten.

§. 498.

Aus dem Recht der Sicherheit ist alles Ursache zum Kriege, wodurch die Erhaltung des Volks oder anderer in Gefahr kommt.

1. Anstalten zum Kriege, die auf das Volk gehen können. Furcht vor der Uebermacht eines andern Volks. Gleichgewicht von Europa (recht verstanden ist es keine Chimäre). Bloße Rivalität kann keine gerechte Ursache zum Kriege werden.

2. Der so leicht mögliche Mißbrauch hat es meistens bewirkt, daß man die *Kriege für andere* als unzulässig erklärt hat; allein auf welche Art sollen dann die Völker, deren Pflichten doch bloß auf dem Grunde der menschlichen Pflichten überhaupt beruhen, von diesen Pflichten der Menschen, andern beyzustehen, befreit worden seyn? Jener Mißbrauch wird ohnehin sehr gut vermieden, wenn man die Regel, daß die Mittel nicht mehr Vollkommenheit mindern müssen, als durch sie erhalten werden (§. 96.), nicht aus den Augen läßt; denn daß alle diese Regeln verletzt werden können, darauf kann hier gar nicht gesehen werden, weil dies der Fall bey jeder moralischen Vorschrift, ihrer eigensten Natur nach (§. 1. Anm. 2.), ist, und es also, wenn dieser Einwurf einige Bedeutung haben sollte, gar keine moralische Vorschrift geben würde.

§. 499.

Man muß nicht eher zum Kriege schreiten, bis friedliche Mittel, die Streitigkeiten zu beendigen, versucht sind. Zu diesen gehören: Vorstellungen, Vergleiche, Schiedsrichter, Retorsion, Repressalien, und Selbsthülfe.

In ältern Zeiten Duelle u. d. gl.

§. 500.

§. 500.

Der eigentliche Krieg ist entweder Land-, oder See-Krieg; ferner Offensiv- oder Defensiv-Krieg.

Der wahre Begriff vom Offensiv- und Defensiv-Kriege hängt nicht von der frühern Zeit, in der einer oder der andere die Gewaltthätigkeiten anfängt, sondern von der Absicht des Kriegführenden ab.

§. 501.

Kriegsankündigung ist nicht nothwendig erforderlich.

Sie könnte als gelinderes Mittel zur Verhütung des Kriegs zuweilen nützlich seyn. — Publication durch Herolde. Manifeste.

§. 502.

Ein Krieg ist gerecht, der 1) bloß zur Erhaltung und Sicherheit geführt wird, 2) der nicht mehr Vollkommenheit mindert oder in Gefahr bringt, als er verhüten sollte.

Weil nur wilde und barbarische Völker bey ihren Kriegen auf völlige Ausrottung des feindlichen Volks bedacht sind, unter den europäischen Völkern aber die Kriege nie in dieser Absicht geführt werden; so kann man von dieser Seite wohl sagen, daß der Krieg, bey dem immer das Leben vieler Menschen aufgeopfert wird, nur gegen barbarische und wilde Völ-

Völker gerecht seyn könne, unter europäischen Völkern hingegen gänzlich vermieden werden müsse. Allein so gewiss es die Pflicht aller Völker und ihrer Regenten ist, Kriege auf alle Art zu vermeiden, oder auch wohl Anstalten zu treffen, wie man ihnen für immer zuvorkommen könne; so kann es doch jetzt noch nicht als geboten angesehen werden, jedem Kriege, durch was für Mittel oder Aufopferungen es immer sey, auszuweichen. Denn wenn die Völker bey jedem Angriffe sogleich zurückweichen wollten; so würde nichts leichter seyn, als das ein ehrgeiziger und herrschsüchtiger Despot sich diese friedlichen Stimmungen zu Nutze machen und nachher mit dem Leben und der Freyheit der Menschen ganz willkürlich schalten könnte. Es ist vielleicht weit rathsamer, schon mehr Menschenleben und sichert die wichtigsten Güter der Völker weit besser, wenn man jedem Angriff, sobald gelindere Mittel nicht hinreichen, auf alle Weise sich entgegen setzt, indem dies für desto längere Zeit gegen Anfälle, weil man so eines tapfern Widerstandes gewiss ist, Ruhe schafft.

§. 503.

Jedes Mittel im Kriege selbst ist rechtmässig, das 1) wirklich auf Erhaltung und Sicherheit abzweckt, 2) nicht mehr und wichtigere Vollkommenheit mindert als erhält.

1. Todtschlagen einzelner Fouragirungen, Lieferungen, Brandschatzungen. Partheygänger und Caper. Marodeurs. Seeräuber. Art der Waffen. Gift. Vergiftung der Quellen und Waffen. Meuchelmörder. Reizung der Unterthanen zum Aufruhr u. a. m.

2. Was

2. Was nicht mehr Vollkommenheit erhält als mindert, ist verboten; ich bin also auch nicht berechtigt, dem Volke, mit dem ich Krieg führe, irgend einigen Schaden zuzufügen, welcher mir zur Erhaltung, oder zur Erreichung des erlaubten Zwecks beym Kriege, nichts hilft.

§. 504.

Betrug, sobald er ein gutes Mittel zur Erhaltung und Sicherheit ist, muß als erlaubt betrachtet werden.

Kriegslisten. Spione.

§. 505.

Auch Verträge mit dem Feinde ist das Volk zu halten schuldig, und der Feind hat ein Zwangsrecht dazu, da die Ungerechtigkeit eines Menschen weder ihn noch andere von irgend einer Pflicht entbinden kann. Eine Ausnahme ist es auch hier, wenn die Pflichten aus den Verträgen mit höheren Pflichten in Widerstreit kommen. Die vornehmsten Verträge im Kriege sind: *Waffenstillstände* (*induciae*, *armistitia*), *Capitulationen*, *Cartelle*, *Freypässe* u. s. w.

Nähere Bestimmungen treten auch hier aus Gewohnheit ein.

§. 506.

§. 506.

Die Rechte im Kriege gegen ein drittes Volk werden bestimmt, nachdem das Volk entweder gar keinen, oder einigen, aber nicht directen, Antheil am Kriege nimmt.

Ein Dritter heißt hier jeder, der nicht selbst mit Krieg führt.

§. 507.

Das kriegführende Volk hat gegen ein drittes Volk nur insofern ein Zwangsrecht, als sie Handlungen vornehmen, die ihm seinen Krieg oder seine Erhaltung erschweren.

§. 508.

Das Volk, welches keinen Antheil am Kriege nimmt, heißt *neutral*. Unternimmt dies Volk nun gar keine Handlung, die mir die Ausübung und den guten Erfolg meines Zwangsrechts erschwert; so habe ich auch gar kein Zwangsrecht gegen dasselbe; sonst aber wohl.

1. Handlung neutraler Völker. Wegnahme ihrer Schiffe.
2. Höchste Gleichheit im Betragen gegen die beiden kriegführenden Völker zu beobachten, ist das neutrale Volk nicht verbunden. Manches können hier wieder Gewohnheiten näher bestimmen.

§. 509.

§. 509.

Niemand kann ein neutrales Volk zwingen, die Neutralität zu verlassen.

Bewafnete Neutralität.

§. 510.

Völker, die einigen Antheil am Kriege nehmen, sind entweder *Bundsgenossen* (*socii*), oder sie senden *Hülfsstruppen*, oder sie zahlen *Subsidien*. Man hat kein Zwangsrecht gegen sie, als um sie von Handlungen abzuhalten, welche die Erhaltung der Vollkommenheit erschweren.

§. 511.

Nothrecht kann hier auch manches an den Zwangsrechten ändern.

§. 512.

Auch die Rechte aus dem Kriege sind alle nur insofern gültig, als sie aus dem Recht der Erhaltung und Sicherheit fließen.

§. 513.

Gefangne werden bloß durch die Gefangenschaft weder Knechte (§. 330. Anm. 1.) noch Unterthanen (§. 364.). Man kann sie in der Ge-

Gefangenschaft halten, so lange Erhaltung und Sicherheit es nöthig machen.

Auswechfelung der Gefangenen. *Postliminium.*

§. 514.

An den eroberten Sachen erhält der Eroberer kein Eigenthumsrecht.

Eroberungen und Wiedereroberungen der Länder. Beute gehört eigentlich weder dem Volk, noch dem einzelnen Soldaten. Die Besitznehmung im Kriege (*occupatio bellica*) ist also keine rechtmäßige Erwerbungsart.

§. 515.

An eroberten Ländern hat der Eroberer bloß Zwangsrechte, insofern er sie als nothwendige Mittel zu seiner Erhaltung und Sicherheit braucht.

§. 516.

Ueberwundene Völker würden nicht anders Unterthanen des Siegers als durch ihre Einwilligung (§. 364.). Ist die Unterwerfung desselben aber das einzige Mittel, sich vor demselben in Sicherheit zu setzen; so kann man es zur Huldigung zwingen (§. 259.) oder auch es versetzen, zerstreuen u. f. w.

§. 517.

Die Völkerstreitigkeiten werden geendigt durch *Frieden* (*pax*). Dies ist ein Vertrag und ganz nach den Regeln der Verträge zu beurtheilen.

1. Jetzt hängt dabey sehr vieles von Gewohnheiten ab. Friedensvorschläge. Friedenstractaten. Friedenscongresse. Friedensvermittelungen. Friedenspräliminarien. Friedensschlüsse. Ihre Abfassung, Ausfertigung und Ratification.
2. Auch die Folgen des Friedens sind meistens durch Gewohnheit bestimmt. Abstellung der Feindseligkeiten. Amnestie. Vollstreckung des Friedens. Erklärung und Erläuterung desselben. Erfüllung und Uebertretung desselben. In wiefern hebt ein nachfolgender Krieg die vorhergehende Friedensschlüsse auf? (§. 271. u. a.)

§. 518.

Alle bisherigen Frieden waren, wenigstens dem Erfolge nach, bloß temporär. Ein ewiger Friede kann nicht anders als durch ein gesetzmäßiges großes Völkerverhältniß mehrerer (oder eigentlich aller) Völker erhalten werden.

Kant Ideen zu einer allg. Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. 7 Satz. — Berlin! Monatschrift 1784. November.

Ein solches ist nicht von Natur da, sondern muß errichtet werden.

§. 519.

Erbrecht, Verjährung, Strafe gehören nicht ins allgemeine Völkerrecht (§. 173. 279-283.)

Sie können durch das positive Völkerrecht auf verschiedene Art eingeführt seyn (vergl. §. 487. Anm.)

§. 520.

Vieles hier vorgetragene muß zum bessern Gebrauch näher bestimmt werden. Das kann durch Verträge und Gewohnheit, welche auf stillschweigender Einwilligung beruht, geschehen; und so entsteht das *positive Völkerrecht*.

Vierter Theil.

Allgemeines bürgerliches Recht.

Erster Abschnitt.

Vorbereitung.

§. 521.

Das *allgemeine bürgerliche Recht* (*jus civile universale*) ist die Wissenschaft, welche die Rechte der Bürger im Staate lehrt, mit Ausschluss derer, welche sie gegen die höchste Gewalt haben, insofern keine individuellen Voraussetzungen dazu nöthig sind (§. 24.).

Warum die Rechte hier ausgeschlossen sind, welche die Bürger oder Unterthanen im Staate gegen die höchste Gewalt haben, versteht sich aus dem Verhältniß der verschiedenen Theile des Naturrechts (§. 21.) von selbst.

§. 522.

§. 522.

Es ist verschieden von allen andern Naturrechtswissenschaften, von der Politik, von der Philosophie des positiven Rechts, und von allen einzelnen Theilen des positiven Rechts; gränzt aber mit allen zusammen und macht gleichsam mit ihnen eine Kette aus.

§. 523.

Sein Nutzen ist sowohl für den, der die natürlichen Rechte genauer beurtheilen, als für den, der sie auf das positive Privat-Recht anwenden und überhaupt Gültigkeit und Gränzen des letztern bestimmen will, unverkennbar.

§. 524.

Es ist bisher als eine überflüssige Wissenschaft fast immer bloß dem Namen nach angezeigt worden, weil die Bürger im Staate gar keine andere als die Rechte der Menschen im Naturstande gegen einander hätten. Da aber diese sich wirklich sehr verändern, und verändern müssen; so muß es, als ein Innbegriff ganz neuer Lehren, durchaus besonders abgehandelt werden.

§. 525.

Literatur dieser Wissenschaft können wir noch nicht wohl haben, da höchstens nur einige Theile oder Fragen aus derselben bey andern Lehren gelegentlich, oder doch ganz im allgemeinen, abgehandelt worden.

Joh. Werthoff *diss. de potestate legislatoris civilis circa ea, quae sunt juris naturae.* Helmst.

Jo. Balth. Wernher *diss. de auctoritate juris civilis circa obligationes naturales.* Viteb. 1701. — et in *ej. diss. jur. nat.* Viteb. 1721. 8. n. 13.

Car. Gottfr. Winkler *de potestate legum civilium in jus naturae.* Lips. 1713.

Car. Ferd. Schmid *Oratio de juribus singulorum hominum naturalibus propter societatem civilem immutandis.* Viteb. 1788. 4.

§. 526.

Im Naturstande übt jeder seine Zwangsrechte selbst, ist sein eigener Richter und im vollen Besitz seiner Rechte. Im Staate darf er sie nicht selbst ausüben; der Staat, der sie im Namen der einzelnen ausübt oder ausüben läßt, muß sie also kennen und deshalb untersuchen und beurtheilen; und, um dies leichter thun zu können, manche Rechte anders oder doch genauer bestimmen. Der
 bloße

blofse Eintritt der Menschen in den Staat läßt also schon ihre Rechte nicht so, wie sie vorher waren.

§. 527.

Zur Erhaltung und Vermehrung der Vollkommenheit und der Mittel dazu müssen die Rechte der Menschen eingeschränkt und geändert werden (§. 145.). Dies Aendern kann vermöge des Zwecks, den der Staat hat (§. 371.), auch vom Staat geschehen; allein da einige ursprüngliche Rechte der Menschen unveränderlich sind (§. 146.); so wird auch der Staat einige ändern und andere nicht ändern dürfen.

§. 528.

Der Staat soll für die einzelnen Menschen Rechte ausüben und muß sie also daher beurtheilen (§. 527.). Viele desselben beruhen aber auf innern Handlungen, die äußere Zeichen voraussetzen, welche nicht ganz nothwendig, sondern größtentheils willkührlich sind (§. 186. 217. Anm. u. a.). Daher müssen dieselben bestimmt, auch überdem manche andere Rechte anders festgesetzt werden.

Es ist daher nicht gegründet, wenn einige sagen: es dürfe durch positive Gesetze nichts festgesetzt werden, was nicht schon nach dem Naturrecht gelte.

§. 529.

Aus diesen Betrachtungen entstehen folgende drey Fragen, deren Beantwortungen den Stoff des allgemeinen bürgerlichen Rechts ausmachen:

1) Was ändert der Eintritt der Menschen in den Staat an den Rechten der einzelnen, die sie auſser demſelben hatten?

2) Was darf der Staat an denſelben ändern?

3) Was muß der Staat an denſelben ändern?

Bey allen dieſen Fragen wird ein Staat vorausgeſetzt, der den (§. 371.) angegebenen Zweck, oder doch, wenigſtens nicht bloß äußre, ſondern auch innre, Sicherheit zum Zweck hat (vergl. §. 370. Anm.).

Zweyter Abschnitt.

*Was ändert der Eintritt in den Staat an
den Rechten der einzelnen Menschen.*

§. 530.

Der Eintritt in den Staat geschieht durch einen Vertrag, dadurch kann nichts unmögliches und nichts verbotnes weggegeben werden (§. 228.)

§. 531.

In Ansehung der unveräußerlichen ursprünglichen Güter (§. 146.) ändert der Eintritt in den Staat nichts.

§. 532.

Das Vermögen, sich zu vervollkommen, schränkt er wirklich ein (§. 145.)

§. 533.

Die Beurtheilung über die Rechte an denen Gütern, welche nur so lange zu meiner

Vollkommenheit gehören, als ich sie dazu rechne, kann in gewissen Fällen dem Staate zukommen (§. 145. 146. u. Anm.).

§. 534.

Erworbene Güter gehören mit der Staatsverbindung und den daraus fließenden Rechten, die auch erworben sind, in eine Classe, und hier bestimmt also die verhältnißmäßige Wichtigkeit, welche vorgehen oder nachstehen. Die Staatsverbindung überhaupt aber ist wichtiger als alle andere erworbene Güter und geht also allen solchen vor.

§. 535.

Man darf nichts erwerben noch weggeben, was dem Vertrage des Staates entgegen ist.

§. 536.

Alle erworbenen Güter stehen den Vortheilen aus dem Staate, also in Ansehung der Rechte dem Staate, nach (§. 396.)

§. 537.

In Ansehung der Art, seine Güter zu schützen, geht nothwendig diese Veränderung vor, daß sie nicht mehr jeder selbst, sondern der Staat für

für ihn ausübt. Damit bey zwey Menschen, von denen jeder behauptet, ein Zwangsrecht gegen den andern zu haben, dies möglich sey, muß der Staat unterfuchen und beurtheilen, wer eigentlich das Zwangsrecht auf seiner Seite habe.

Wer also sein Recht nicht beweisen kann, der hat im Staate keins. Wirkliches und förmliches Recht (§. 4. Anm. 4.) Oft steht auf der eignen Ausübung eines Zwangsrechts Verlust der selben. Nur bey unveräußerlichen Rechten hängt die Ausübung nicht vom Beweise ab.

§. 538.

Nur wo der Staat nicht helfen *kann* oder bey unveräußerlichen Rechten nicht helfen *will*, da übt der Bürger sein Zwangsrecht selbst aus.

Moderamen inculpatæ tutelæ.

Dritter Abschnitt.

*Was darf der Staat an den Rechten der
einzelnen ändern?*

§. 539.

Das ganze Recht des Staats beruht auf dem Vertrage (§. 365.) Was nicht durch den Vertrag weggegeben werden kann, (§. 228.) darf daher auch der Staat nicht ändern.

1. Die Frage: kann Gott das Naturrecht ändern? ist freylich an sich ganz überflüssig, kann aber, wenn man eine Antwort fodert, schon aus den oben angegebenen Bestimmungen über Sittlichkeit verneint werden.

2. Man sagte sonst zuweilen: Was das Naturrecht *unbestimmt* gelassen hätte, könne das positive Recht ändern. Allein das Naturrecht läßt nichts unbestimmt, sondern theils geben ihm die Schwierigkeiten in der Anwendung der Lehren des Naturrechts, theils die Erlaubniß desselben, an gewissen ursprünglichen Rechten zu ändern, den Schein von Unbestimmtheit. Die Regel muß daher eigentlich heißen: Was das Naturrecht nicht unveränderlich bestimmt hat,

hat, das kann das positive Recht im allgemeinen ändern.

3. Hiemit stimmt auch überein, was *Kant* (über Aufklärung — Berlin. Monatschrift. 1784. Dec. S. 488.) sagt: „der Probiertestein alles dessen, was über ein „Volk beschlossen werden kann, liegt in der Frage: „ob ein Volk sich selbst wohl ein solches Gesetz auflegen könne?“

§. 540.

Die unveräußerlichen Güter (§. 146.) darf kein Staat mindern oder ändern.

§. 541.

Das Leben darf also der Staat nie nehmen, weder durch Gesetze noch willkürlich, den Fall, da es zur nothwendigen Erhaltung mehrerer nothwendig ist, ausgenommen (§. 171.).

Er darf daher auch Selbstmord und Ermordung eines Embryo oder Kindes nicht in die Willkühr der Menschen stellen.

§. 542.

Die Sittlichkeit und die dazu nothwendige Freyheit kann und darf nicht eingeschränkt werden.

Natürliche Verbindlichkeiten können nicht aufgehoben werden.

§. 543.

§. 543.

Das Vermögen, sich zu vervollkommen, (§. 72. 146. 542. u. a.) darf nicht ganz genommen und nicht in Ansehung der edelsten Kräfte erschwert werden.

§. 544.

In Collision mit der Erhaltung schon erworbener Güter oder eines wichtigern Theils desselben Vermögens darf es etwas eingeschränkt werden (§. 72. 145.)

§. 545.

Bey dem eigentlichen Vermögen, sich zu vervollkommen, kann ein solcher Collisionssfall schwerlich eintreten; in Ansehung der Ausbildung der edelsten Kräfte gar nicht. Daher kann dies Vermögen gar nicht eingeschränkt werden.

1. Aufklärung und Religion ohne Handlungen kann nie schaden; (§. 122.) *Ausbreitung* von Sätzen etc., die der Moralität gefährlich sind, darf der Staat hindern; eigentliche Religionssätze aber sind das nie, und auch gegen die andern ist das bessere und wirksamere Gegengift nicht Zwang, sondern Belehrung.
2. *Gewissensfreyheit* (*libertas conscientiae*) kann nicht genommen oder eingeschränkt werden.

§. 546.

§. 546.

Das Vermögen, sich Mittel zur Vervollkommenung zu verschaffen, darf eingeschränkt werden, aber auch nur im Collisionsfalle (§. 145.)

Diesemnach darf die Lehr- und Schreibe-Freyheit im Collisionsfalle eingeschränkt werden; aus dieser Bestimmung ergiebt es sich aber auch, daß es nicht im hohen Grade geschehen könne, weil nur in seltenen Fällen sich eine wahre Collision denken läßt.

§. 547.

Alle erworbenen Rechte stehen dem Staate nach (§. 536.) und dürfen also geändert werden, wenn dieser nicht anders erhalten werden kann.

§. 548.

Dies gilt noch mehr von einzelnen Arten des Erwerbs, die den Vortheilen des Staats nachzusetzen sind.

Nur aus diesen Gesichtspunkten ist das ganze Recht des Staats, an diesen Rechten zu ändern, zu beurtheilen.

§. 549.

Der Staat darf also bestimmen, wer erwerben soll.

a. Dies

1. Dies gilt zumal in Ansehung der Erwerbung gewisser bestimmter Güter.
2. Der Staat darf einer Art von Menschen einen Vorzug in Ansehung des Erwerbs vor andern geben, (z. B. Bürgern vor Ausländern, Christen vor Juden u. s. w.) Hier ist nemlich nur von der allgemeinen Zulässigkeit solcher Verordnungen in den wirklich angegebenen Fällen (§. 547. 548.) die Rede, nicht von der Billigkeit und Rätlichkeit, selbst nicht von der Zulässigkeit, derselben in andern Fällen.

§. 550.

Der Staat darf bestimmen, *von wem* man erwerben soll,

Um z. B. überhaupt der Gewalt, dem Betrug, den übeln Folgen der Unwissenheit, u. s. w. vorzubeugen, kann er von manchen Personen gar nicht oder nur unter bestimmten Einschränkungen zu erwerben erlauben. Rechte gegen die *Weiber* in Ansehung der von ihnen gethanen Versprechen. Versprechen der *Kinder*. Bestimmung der *Volljährigkeit*. Zeichen und Rechte der *Verstandeslosen*. Rechte der Vormünder und Pfleger.

§. 551.

Er darf auch die Arten, wie man erwerben solle oder dürfe, genauer bestimmen.

Bey allem diesem ist nur von der Zulässigkeit im allgemeinen, nicht von Rathschlägen der Politik, die oft dagegen seyn können, die Rede.

§. 552.

§. 552.

Er darf einige Arten des Erwerbs, die außer dem Staate gelten würden, ganz aufheben, zu andern seine Hülfe verlagern, andre nur unter vorgeschriebenen Bedingungen zulassen, bey noch andern die Art der Ausübung festsetzen u. d. gl.

1. Auswahl dessen, was Privatleute nicht in Besitz nehmen dürfen. Güter des Staats (*res publicae*). Güter von Gemeinheiten (*res universitatis*). Bestimmung der herrenlosen Güter, welche nicht Eigenthum von Privatleuten werden können. Verbot des Vertrags *de quota litis*. Bestimmung einer Gränze in Ansehung der Zinsen. Wuchergesetze. Verbotene Grade bey der Ehe.
2. Ungültigkeit der *legis commissoriae* bey dem Pfandcontract. Contomandat der Studenten. *Senatus consultum Macedonianum*. Natürliche und bürgerliche Verbindlichkeit (*obligatio naturalis et civilis*); vergl. *Grotius de I. B. et P. L. II. c. 12. §. 12. not. 2. in fin.*
3. Festsetzung besondrer Zeichen, Solennitäten, Formen u. s. w. bey verschiedenen Erwerbsarten, gerichtliche Bestätigung der Schenkung, die über 500 *solidos* geht. Wirkung des Eides im Staat. *Laesio ultra dimidium*. Vorschriften über den Handel. Bestimmung von Preisen, Taxen u. s. w.
4. Wechselvertrag. Bestimmung von Größen, Tagen u. s. w. in mancherley Rücksichten.

§. 553.

Der Staat darf auch neue Arten des Erwerbs festsetzen, gegen bloße Verbindlichkeiten Zwangsrechte geben u. s. w.

Veränderungen in der Lehre vom Zuwachs (§. 200.)

Obligaciones quasi ex contractu, ex delicto und *quasi ex delicto*. Bestimmung von nicht versprochenen Zinsen. Erbrecht. Testamente (§. 283.). Verjährung (§. 279.). *Actio quadrupedaria*. Das Recht, Ersatz der Eviction zu fordern.

§. 554.

Er darf Anstalten treffen, den Vertrag zu erleichtern.

Marktpreise. Geld. Münze.

§. 555.

Die erworbenen Rechte darf er erweitern und einschränken.

§. 556.

Er darf Rechte, die nur auf das Leben des Inhabers derselben gingen, mit einer Sache verbinden, und sie jedem Besitzer derselben ertheilen.

Reallservitut.

§. 557.

§. 557.

Er darf den Gebrauch einer eigenthümlichen Sache einschränken 1) zum Besten des Staats, 2) zum Besten des Besitzers, 3) zur Sicherheit und bessern Nutzens des Eigenthums überhaupt.

1. Theilung des Eigenthums und daraus entspringende mehrere Arten des Erwerbs (§. 204. u. Anm.)

2. Vormundschaft und Pflegschaft in Rücksicht der Wirkungen derselben auf die Güter.

3. Abschaffung des Zwangsrechts zum unschädlichen Gebrauch gegen den Willen des Eigenthümers (§. 206.)

§. 558.

Er darf die Rechte zum Besten des Staats, zum bessern Gebrauch u. s. w. vermehren.

Eigenthumsrechte an unkörperlichen Sachen.

§. 559.

Er darf die Rechte in Ansehung der Ehre genauer bestimmen.

Rang, Rangordnung; Ehrenbezeugungen.

§. 560.

Er darf die Arten, die Rechte aufzuheben, genauer bestimmen, auch mehrere derselben festsetzen.

Verjährung.

§. 561.

Der Staat darf mehrere Arten, eine Gesellschaft zu errichten oder in eine Gesellschaft zu treten, festsetzen, oder auch die Vereinigungsverträge, oder die Verträge, wodurch neue Mitglieder aufgenommen werden, (wenigstens in Rücksicht auf ihre Gültigkeit bey der gerichtlichen Ausübung ihrer Zwangsrechte,) einer gewissen Form, oder auch Bestätigung, unterwerfen.

1. Aber sie nicht ganz hindern, einen wahren Collisionsfall ausgenommen.

2. Besonders ist Bestätigung der Natur der Sache nach nöthig, wenn die Rechte der Gesellschaft auch andern außer derselben neue Zwangsrechte auflegen sollen oder wenn dadurch Gesetze des Staats abgeändert werden sollen.

3. Oeffentliche und Privatgesellschaften.

§. 562.

Er darf mancherley Rechte für Gesellschaften festsetzen.

1. Rechte über das Eigenthum der Gesellschaften, die Verwaltung desselben.

2. Eigne Gerichtsbarkeit kann eine Gesellschaft, der Natur des Staats wegen (§. 537.), nicht ohne besondere Verleihung haben.

§. 563.

§. 563.

Er darf Gesellschaften durch Gesetze anordnen.

Collegien, die zur Regierung des Staats, zur Ausbreitung der Wissenschaften, u. s. w. gehören.

§. 564.

Er darf Gesellschaften aufheben, aber nur im Collisionsfall, und auch manches über die Arten, wie sie aufhören sollen, bestimmen, oder sie an die Einwilligung der höchsten Gewalt im Staate binden (vergl. §. 561.)

§. 565.

In Ansehung der Ehe darf der Staat den Zweck genauer bestimmen (§. 303.), über die Eingehung derselben genauere Bestimmungen festsetzen (§. 304.), gewisse Arten derselben verbieten (§. 305. 306.), gewisse Erfodernisse allgemein machen (§. 308-310.), gewissen Personen die Schließung derselben untersagen (§. 311.), die Rechte derselben genauer bestimmen (§. 312-316.) und die Aufhebung derselben besondern Bedingungen unterwerfen (§. 317-320.)

§. 566.

In Ansehung der elterlichen Gewalt darf er die Verpflichtung und das Recht zur Erziehung, um für die Gewissheit der Erziehung und die leichtere Entscheidung des Streits darüber zu sorgen, gewissen Personen vor andern geben (§. 321. 322. 327.), die im Staate anzuerkennenden Rechte derselben und ihr Verhältniß genauer bestimmen (§. 323. 324.), ihr Ende bestimmt festsetzen (§. 325.), auch den Eltern gegen die Kinder aus der Erziehung besondere Rechte geben.

1. Recht der Eltern und Vormünder zur Erziehung.
2. Größere Ausdehnung der väterlichen Gewalt im Staat, wie sie nemlich vom Richter anzuerkennen ist, damit nicht durch allzuhäufiges und unzeitiges Einmischen der Obrigkeit die Erzieher an der Erziehung gehindert werden. Unterschied der väterlichen und mütterlichen Gewalt im Staate.
3. Bestimmte Zeitdauer der Minderjährigkeit.
4. Gegen die Kinder können *Zwangsrechte* der Eltern nur dann gelten, wenn die Kinder im Staate bleiben wollen, wo sie sich dann auch den Gesetzen desselben unterwerfen müssen.

§. 567.

In Ansehung der Gesellschaft zwischen Herrn und Knecht darf der Staat die Einwilligung

gung der Kinder, im Staat zu bleiben, mit der Bedingung der Leibeigenschaft verknüpfen (§. 330.), manche neue Rechte der Knechtschaft, die bey jedem Vertrage darüber als vorausgesetzt angesehen werden sollen, festsetzen (§. 331.), und neue Arten der Aufhebung einführen (§. 333.).

Was hier als etwas, das dem Staat einzuführen erlaubt ist, angegeben wird, ist darum bey weitem nicht alles politisch rathsam. Dafs aber auch alles dieses immer unter der Einschränkung, dafs keine unveräußerlichen Güter genommen werden dürfen, zu verstehen sey, ergiebt sich von selbst.

§. 568.

Alle Rechte, die dem Staat in Ansehung der Religionsübungen und Religionsgesellschaften zukommen, heissen zusammen das *Majestätsrecht in Ansehung der Religion* (*jus circa sacra majestaticum*.)

Es muß nicht mit den übertragenen *Gesellschaftsrechten* der Kirche (§. 344. 345.) und mit der *Hierarchie* verwechselt werden.

§. 569.

Einige darinn enthaltene Rechte fließen schon aus dem allgemeinen Begriff vom Staat, andere können durch positive Verträge mit dem

Staat festgesetzt werden; nur haben sie eben dieselben Gränzen, wie alle durch Verträge erworbenen Rechte (vergl. §. 338. fgg.)

§. 570.

Ueberhaupt darf die Gesellschaft nur so wenig als möglich eingeschränkt werden; Zwang ist auch hier nur erlaubt, so weit er auf Erhaltung geht.

§. 571.

Das Reformatationsrecht (*jus reformandi majestaticum*), oder das Recht, bestimmte Arten des Gottesdienstes zu erlauben, einzuschränken und zu verbieten, das Schutzrecht über die Kirche (*tutela et advocatia ecclesiastica* §. 395. Anm. u. a.) das Recht der Oberaufsicht (§. 393.), das Obereigenthum und äußerste Recht (§. 396.) kommt dem Staat auch in Ansehung der Religionsgesellschaften zu, aber nur unter den angegebenen Bestimmungen (§. 569. 570.).

1. Da Lehren und Meynungen an sich nie Vollkommenheit mindern können; so ist der Staat eigentlich nur in dem Fall, sie zu verbieten, berechtigt, wenn sie durch ihre zufällige Wirkungen auf Handlungen wirklich Vollkommenheit mindern, welches bey eigentlichen bloßen *Religionsmeynungen* nie der Fall seyn kann. Vorgebliche moralische Lehren, welche wenigstens Handlungen erzeugen sollen, sind von Religionsmey-

nun-

nungen wohl zu unterscheiden. Hieher gehört auch die Toleranz. — In einzelnen Staaten kann manche besondere positive Bestimmung des Reformationsrechts festgesetzt werden. Mehr gehört in die Politik.

2. Aus der Oberaufsicht fließt das Recht, die Bestätigung der symbolischen und liturgischen Bücher, der Beamten der Kirche etc., die Aufsicht bey Versammlungen u. s. w. zu fordern; doch ist dies alles nur bey wirklichen oder sehr wahrscheinlichen Gefahren zu erzwingen. Von dem Recht der Oberaufsicht des Staats ist das Recht der gesellschaftlichen Aufsicht wohl zu unterscheiden, wie überhaupt immer die ähnlichen Rechte des Staats und der Gesellschaft.

3. Aus dem Obereigenthum fließt das Recht, Amortisationsgesetze zu geben, Güter zu säcularisiren u. d. gl.

§. 572.

Der Staat darf bey der Entscheidung der Streitigkeiten (§. 537.) die Art der Entscheidung vorschreiben, und Richter setzen.

§. 573.

Da der Staat die Zwangsrechte der einzelnen ausüben soll, so muß er sie erst als solche erkennen. Er also oder die Richter, die er gesetzt hat, dürfen Beweis davon fordern. Er darf die Art der Anzeige des Zwangsrechts, der entgegenstehenden Einwendungen, des Bewei-

les, und wie dieser geführt werden soll, etc. vorschreiben.

§. 574.

Der Zweck der Ausübung des Zwangsrechts kann mit dem im Naturstande einerley seyn, und also nur auf Sicherheit und Erhaltung gehen.

§. 575.

Der Staat darf ein Zwangsrecht zum Ersatz festsetzen (243.); aber eigentlich wohl nur bey Handlungen, die vermieden werden konnten, und wo also schon vorher Pflicht dazu da war.

§. 576.

Der Staat darf Zwangsrecht zur Strafe gesetzlich festsetzen (§. 243.). Aber manche Uebel, welche Menschen zugefügt werden, heißen nur uneigentlich Strafen.

§. 577.

Zu den uneigentlichen Strafen gehört Ersatz für den Privatmann oder für den Staat. Der Grund davon ist entweder ausdrücklicher Vertrag, oder der Staatsvertrag und das dar-
aus

aus fließende Recht der Gesetzgebung überhaupt (§. 575.).

§. 578.

Auch werden unter Strafen zuweilen Handlungen verstanden, die bloß Erhaltung und Sicherheit zum Zweck haben. Diese sind schon im absoluten Naturrecht gegründet.

§. 579.

Eigentliche *Strafe* ist ein Uebel, welches einem Menschen wegen einer begangnen Handlung zugefügt wird, um ihn und andre von einer künftigen ähnlichen abzuschrecken. Diese gründet sich auf das Recht der höchsten Gewalt, alle Mittel zur Beförderung des Zwecks zu gebrauchen, und zuletzt also auf den Vertrag des Staats oder auf einen andern ausdrücklichen.

§. 580.

Da sie sich auf einen Vertrag gründet, so kann sie auf nichts gehen, was nicht durch den Vertrag weggegeben werden kann.

§. 581.

Das Recht über meine unveräußerliche Güter darf ich nicht weggeben; also auch über
mein

mein Leben nicht. Da nun eigentliche Strafen sich im allgemeinen auf einen Vertrag gründen; so sind in der Regel eigentliche Todesstrafen unerlaubt.

1. Es ist bey dieser Behauptung zweyerley wohl zu bemerken: 1) daß hier bloß von eigentlichen Strafen die Rede sey, da die Zwangsmittel zur Erhaltung und Sicherheit sich nicht *auf Verträge* gründen, und bey solchen die Tödtung eines Menschen erlaubt seyn kann; 2) daß es auch bey den eigentlichen Strafen allein auf Abschreckung ankomme; denn wenn die Abschreckung nicht etwa bloß, wie gewöhnlich, ein Verstärkungsmittel anderer Anstalten zur Verhütung der Verbrechen, sondern das einzige hinreichende Mittel dazu ist, die Abschreckung aber allein durch Beraubung des Lebens wirken würde; so ist alsdenn dieser Fall gar nicht mehr nach den Grenzen der Verträge, sondern nach den Collisionsregeln zu beurtheilen, wo es zuweilen zu vertheidigen seyn kann, daß das Leben gar nicht anders erhalten werden kann, als wenn man diejenigen, die es ihnen rauben könnten, durch Tödtung einiger Mörder von Mordthaten abhält. — Andre Betrachtungen, z. B. über Wirksamkeit der Todesstrafe etc., gehören in die Politik.

2. Die sonst gewöhnlich angeführten Gründe für das Recht zu Todesstrafen, z. B. daß der Mörder sein Recht zu leben aufgegeben habe, daß der Staat das von dem Angegriffenen ihm übertragene Recht über Leben und Tod des andern ausübe, daß die Gefängnisse nicht sichern, oder zu theuer seyn, daß die Gefangenen ihren Unterhalt nicht verdienen, selten gebessert werden

werden etc., können die genaue Prüfung nach den bisher entwickelten Lehren nicht wohl aushalten.

§. 582.

Nur solche Handlungen, die dem Staat oder einzelnen schädlich sind, und bey denen Abschreckung etwas wirken kann, können gestraft werden.

Also nicht innerliche, unfreywillige Handlungen u. f. w.

§. 583.

Hier ist also Zurechnung nothwendig und der Staat darf die Zeichen und Gränzen derselben bestimmen.

§. 584.

Die Zwecke der Strafe geben dem Maasse derselben seine Bestimmung.

§. 585.

Alle Ursachen, warum die Strafe nicht zur Abschreckung nöthig ist, oder warum der Zweck derselben nicht erreicht werden würde, sind Milderungsursachen.

Vierter Abschnitt.

*Was mußs der Staat an den Rechten der
einzelnen Menschen ändern?*

§. 586.

Im Naturstande urtheilte jeder über seine eigenen Handlungen und Rechte, und brauchte also keine Zeichen dazu (§. 86. u. a.). Hier mußs ein Dritter über dieselben urtheilen, der dies nicht anders als nach äußern Zeichen thun kann (§. 528.). Diese sind meistens willkührlich (§. 199. Anm. u. a.) und müssen also festgesetzt werden.

§. 587.

Ferner müssen, damit der Richter in jedem Fall entscheiden kann, alle Rechte, die erst von menschlichen Bestimmungen abhängen, für alle Fälle genauer bestimmt und so allen Streitigkeiten vorgebeugt werden.

§. 588.

§. 588.

Demnach kann man im allgemeinen die Punkte angeben, über welche der Staat theils Zeichen, an denen die Rechte zu erkennen seyn, theils neue Bestimmungen der Rechte festsetzen muß.

Nicht die Bestimmungen selbst, welche größtentheils von der Politik abhängen, und wovon höchstens nur einige, um in dem, was sonst im Naturrecht gewöhnlich vorgetragen wird, vollständig zu seyn, Beyspielsweise hier berührt werden können, sondern nur die *zu bestimmenden* Punkte sind der eigentliche Gegenstand dieser Wissenschaft.

§. 589.

In Ansehung der eigentlich ursprünglichen Rechte ist der Staat nicht genöthigt, zu ändern.

Die zu den Strafen nöthige Zurechnung bezieht sich nicht eigentlich auf ursprüngliche Rechte (§. 98. Anm.), sondern auf die durch den Staat erst eingeführten Strafen (§. 390.)

§. 590.

In Ansehung der erworbnen Rechte muß der Staat *erstlich* Zeichen, nach denen sie beurtheilt werden sollen, festsetzen.

§. 591.

§. 591.

Dadurch dafs der Staat Zeichen für die Zwangsrechte festsetzt, hebt er die Verbindlichkeiten nicht auf, sondern bestimmt den Zwang zur Erfüllung derselben nur.

§. 592.

Da der Staat gegen Verbindlichkeiten, die sonst nicht erzwungen werden konnten, oder die er überhaupt erst als solche auflegt, Zwangsrechte festsetzt; so mufs er auch besonders Zeichen für die Fälle festsetzen, wo der Zwang Statt haben soll. Es ist natürlich und billig, dafs der Staat hier die Natur der Verbindlichkeiten unverändert läfst, und also natürliche Zeichen derselben zu positiven macht.

§. 593.

Alle Verbindlichkeiten sind ausser dem Staat blofs subjectiv und der Staat kann sie auch nur als solche behandeln. Daher wird hier nun die *Zurechnung* (*imputatio*) nebst ihren Folgen wichtig.

Die Begriffe von *eigner* Zurechnung haben hier freylich grossen Einflufs; sind aber nicht geradezu, sondern nur immer mit der nothwendigen Rücksicht auf den Richter im Staat anzuwenden, weil hier von *bürgerlicher*

licher Zurechnung die Rede ist. Jede Vergleichung der hier vorzutragenden Lehre mit der moralischen Lehre über Zurechnung kann indessen nicht anders als vortheilhaft seyn. S. besonders *Schmid* Moralphilosophie §. 252. 344-407. — Bey der folgenden Entwicklung bin ich in vielen Stücken der Darstellung *Mendelssohns* (über das sittlich und physisch gute. Berlin. Monatschrift 1784. October) gefolgt.

§. 594.

Zurechnung ist das Urtheil, wodurch ein Mensch für die freye oder selbstthätige Ursache einer Handlung erklärt wird.

§. 595.

Die Ausübung des Zwangs bey ursprünglichen Gütern (§. 51. u. a.) und bey allen Rechten, die nicht von der gegenüberstehenden Verbindlichkeit abhängen (§. 185. u. a.), geschieht ohne Rücksicht auf Zurechnung; aber bey allen Zwangsrechten, die sich auf die zu erzwingende Erfüllung von sonst schon gültigen Pflichten beziehen, also bey allen durch willkührliche Einrichtungen (§. 225.) oder positive Gesetze (§. 553.) in Verhältniß gegen Pflichten festgesetzten Zwangsrechten, ist Zurechnung sehr wichtig, vorzüglich bey Ersatz und Strafe.

§. 596.

Moralisch gute oder böse Handlungen werden nur durch die sie hervorbringenden Absichten bestimmt; Absichten setzen Vorhersehung der Folgen einer Handlung voraus.

Intentio directa et indirecta, simplex s. interna et qualificata s. externa.

§. 597.

Nicht bey allen Handlungen giebt es Absichten; daher sind *freywillige* oder *freye*, und *bloß willkührliche*, *unfreywillige*, *nicht freye* Handlungen wohl zu unterscheiden.

Der wirkliche Urheber der Handlung (*auctor*) ist von andern, die nur dazu beytragen (*socius auctoris, factor actionis etc.*), sehr unterschieden.

§. 598.

Zur Subjectiven Güte einer Handlung (§. 593.) gehört zweyerley: *Vermögen*, der Pflicht ein Gnüge zu leisten, und *Entschluß*, dies zu leisten.

§. 599.

Das dazu nöthige Vermögen ist entweder Vermögen, sie zu *erkennen*, oder Vermögen, sie

zu

zu erfüllen. Der Entschluß bezieht sich auf den Willen.

§. 600.

Ist ein Entschluß da, der Verbindlichkeit nicht Genüge zu leisten, so heißt dies *vorsätzliches Vergehen* oder *Vorsatz* (*dolus*). Den entgegengesetzten Entschluß kann man *Verdienst* nennen.

Dolus bonus et malus, antecedens et consequens, manifestus et clandestinus.

§. 601.

Fehlt es am Vermögen, so kommt es darauf an, ob der, dem eine Handlung zugerechnet werden soll, Ursache dieses Mangels ist. Jeder Mangel an Vermögen, der verhütet werden konnte, heißt *Schuld* oder *Verschulden* (*culpa*.)

1. Hieher auch die Begriffe von *diligentia* und *negligentia*.

2. Ein Mensch kann mehr oder weniger Ursach an dem Mangel des Vermögens gewesen seyn, das zu der Erkenntniß oder Erfüllung einer Verbindlichkeit nothwendig war; daher hat die *Schuld* Grade. Allein die bestimmte Abtheilung derselben in drey (*culpa lata, levis et levissima*), welche der Abtheilung der *diligentia* (in *maxima, media et minima*) entspricht,

ist zwar ohne ein ausdrückliches Gesetz denkbar, setzt aber, um eigentlich bestimmt gedacht und gegen einander begränzt zu seyn, durchaus ein solches voraus.

§. 602.

Ist wirklicher Mangel des Vermögens zu erkennen, folglich Mangel des Verstandes, da; so ist an gar keine Zurechnung zu denken.

§. 603.

Bey unvermeidlichem Mangel an Macht (§. 599.) hat auch keine Imputation statt.

1. Dieser Mangel an Macht kann auch durch ein höheres entgegenstehendes Verbot entstehen; daher die Nothfälle (§. 100. Anm. 1.).

2. *Favor necessitatis* ist eigentlich erst in Gerichten denkbar.

§. 604.

Mangel an Erkenntniß der Verbindlichkeit oder der Folgen der Handlung heißt *Unwissenheit* (*ignorantia*). Diese ist entweder vermeidlich oder unvermeidlich (*i. vincibilis et invincibilis*). Jene ist imputabel (§. 601.).

§. 605.

§. 605.

Keine Handlungen können vom Richter zugerechnet werden, die nicht frey sind (§. 594.), und bey denen keine Beziehung auf (natürliche oder positive) Verbindlichkeit eintritt (§. 595.).

§. 606.

Die Zurechnung hat Grade, je nachdem die Handlung freyer oder die Verbindlichkeit gröfser ist.

Gradus moralitatis.

§. 607.

Die vornehmsten Regeln der bürgerlichen Zurechnung, insofern sie aus der Natur und den Verhältnissen derselben fließen, sind folgende:

- 1) Eine *vorsätzliche* Handlung (§. 600.) wird mehr zugerechnet als eine blofs *verschuldete* (§. 601.)

Dafs die Schuld Grade hat, ist schon oben (§. 601. Anm. 2.) gesagt. *Culpa lata aequiparatur dolo.*

- 2) Je mehr Gründe gegen eine Handlung waren, um desto mehr hatte der Voratz

zu überwinden und um desto mehr wird die daraus entstandene Handlung zugerechnet.

3) Je mehr Gründe dafür waren, um desto weniger kräftig war der Entschluß oder Voratz, und um desto weniger ist die Handlung zuzurechnen.

4) Eine Hauptabsicht bey einer Handlung (*intentio primaria*) macht, dafs die Handlung, mehr zugerechnet wird, als eine Nebenabsicht.

5) Je länger man überlegen konnte und wirklich überlegte, um desto imputabler ist die Handlung.

Actio deliberata et indeliberata.

6) Je mehr Schwierigkeiten zu übersteigen waren, um sie zu begehen, um desto imputabler ist sie.

§. 608.

Hier kann aber der Staat ändern, abnehmen, und zusetzen; und wirklich ist auch in unsern Staaten vieles anders bestimmt. Meistens wird nicht blofs auf die Folgen, die man zur Absicht hatte, sondern vorzüglich auch auf die

die wirklich daraus entstandenen gesehen. Daher gelten itzt z. B. noch im allgemeinen folgende Regeln:

- 1) Je mehr böse Folgen aus einer Handlung entstehen, um desto imputabler ist sie;
- 2) Eine Handlung, die aus irgend einer Ursache die beabsichtigte Folge nicht bewirkt, wird nicht für so imputabel gehalten, als im Gegentheil, u. a. m.

Diese Regeln fließen zwar nicht aus den allgemeinen Begriffen von der Zurechnung, da es bey der Beurtheilung, in wiefern jemand Ursache einer Handlung ist, auf seine Absicht, und nicht auf die Folgen ankommt; allein sie sind, besonders bey den Strafen, wegen des zufälligen Guten immer zuzulassen, da es immer noch möglich bleibt, daß jemand selbst z. B. auf die Unterbleibung der Folgen einigen Einfluss gehabt hat, oder doch noch gehabt haben könnte, wenn auch andere Umstände sie nicht verhütet hätten.

§. 609.

Tritt weder Vorsatz noch Schuld ein, so ist die Handlung gar nicht imputabel. Alsdenn schreibt man sie dem Zufall (*casus*) zu.

1. Hier ist eben nicht der metaphysische Begriff vom Zufall zum Grunde zu legen.
2. Der Zufall ist entweder *casus merus* oder *mixtus*.

§. 610.

Nach diesen allgemeinen Zeichen der Rechte muß es für die einzelnen Rechte besondere Zeichen geben, nach welchen sie beurtheilt werden können.

§. 611.

Der Staat muß bestimmen die Gründe, wodurch man ein Eigenthum erlangen kann, und Zeichen, das den Zeitpunkt zeigt, von dem es anhebt. Das sind nach positivem Recht die *Rechtstitel* und die *Erwerbungsarten* (vergl. §. 192. - 194.)

§. 612.

Der Staat muß für die oben (§. 195.) genannten Erwerbungsarten Zeichen festsetzen, bey denen auch die natürlichsten die besten sind; so ist bey der Besitznehmung erste Ergreifung (§. 202.), und bey dem Zuwachs Eigenthum der Hauptsache (§. 200.) natürliches Zeichen.

1. Es ist zur Vorbeugung der Streitigkeiten am sichersten, bey dem Zuwachs anzunehmen, daß der Eigenthümer der Hauptsache die neu entstandene Sache auch als sein ansehen wolle, und also erst bey einer Gegenerklärung desselben ändern das Recht, sie zu ihrem Eigenthum zu machen, zuzugestehen.

2. Indessen bedürfen alle diese Erwerbungsarten, und eben so auch die Uebergabe, sonst ein sehr natürliches Zeichen für den Anfang des von andern erworbenen Eigenthums, mehrerer genaueren Bestimmungen im Staate.

§. 613.

Besitz ist ein natürliches Zeichen des Eigenthums (§. 201.), aber freylich kein untrügliches oder allgemein hinreichendes.

§. 614.

Die Ehre (§. 215.) fodert nähere Bestimmungen und Zeichen sowohl in Ansehung des Erwerbs als Besitzes.

§. 615.

In Ansehung der Verträge ist genauere Bestimmung sehr nothwendig, sowohl in Ansehung der Auslegung der wirklichen Verabredungen, als auch in Ansehung der Rechte, welche in solchen Fällen gelten sollen, wo keine Einwilligung der Partheyen da ist.

Fehlt es an solchen Bestimmungen, so tritt der Mangel an Bestimmtheit ein, der im Naturrecht bey den Rechten aus Verträgen immer seyn muß, da alles hier von der wirklichen Einwilligung abhängt (§. 241. u. a.); und eine nothwendige Folge ist alsdann Entscheidung des Richters nach Convenienz und Willkühr.

§. 616.

Der Staat muß Regeln der Auslegung der Verträge festsetzen; damit der Richter *jedesmal* entscheiden könne. Nun giebt es freylich einige natürliche Regeln der Auslegung, von denen man leicht zeigen kann, daß sie in den meisten Fällen den Sinn herausbringen werden; allein da diese nicht immer zur Entscheidung hinreichen können und doch durchaus entschieden werden muß (§. 537.); so ist es nothwendig, daß noch andre, wenn gleich willkührliche, Regeln festgesetzt werden.

§. 617.

Natürlich, d. h. geschickt, in den *meisten* Fällen zur Ausfindung des wahren Sinns der vertragsschließenden Partheyen zu helfen, sind folgende beide Regeln:

- 1) Man muß sich bey den Verträgen die *gewöhnlichste Bedeutung* der Worte voraussetzen.
- 2) Wenn der Buchstabe der Verabredung noch zweifelhaft läßt; so muß man auf den *Grund*, warum der Vertrag geschlossen worden, auf die sonst erweislichen *Gesinnungen und Absichten* der pacificirenden Theile bey *Errichtung* des Vertrags, und auf

auf ihr zunächst darauf folgendes Verhalten in Ansehung desselben Rücksicht nehmen.

§. 618.

Bey den übrigen willkührlichen Auslegungsregeln hat man die allgemeine Voraussetzung zum Grunde gelegt:

Man müsse annehmen, dass das geringste versprochen worden.

Daraus fließen denn z. B. folgende einzelne Regeln:

1. Von zwey übrigens gleichgegründeten Auslegungen geht diejenige vor, welche dem Versprechenden günstig ist.

Man drückt dies auch so aus: *favorabilia sunt extendenda, odiosa restringenda*. Der Grund, dies anzunehmen, liegt darinn, weil alsdenn nur kein neues Recht anerkannt, nicht aber etwa ein altes genommen wird.

2. Bey Verträgen sonst gleicher Partheyen muß das zweifelhafte so verstanden werden, daß beide Theile einander gleich bleiben.

3. Ferner geht die Auslegung vor, welche billiger und gemeinnütziger ist:

- 4) Rechte und Verbindlichkeiten, bey denen persönliche Eigenschaften und Verhältnisse, als die ursprünglichen Beweggründe, sich vermuthen lassen, sind im zweifelhaften Falle auch für solche, die *an der Person haften*, nicht auf andre übergehen können, zu erklären, u. s. w.

§. 619.

Da in Ansehung aller Verträge Regeln festgesetzt werden müssen, nach denen in Fällen, wo nichts ausgemacht ist, entschieden werden kann; so müssen die Verträge in mehrere Klassen getheilt werden.

§. 620.

Ihre natürlichsten Hauptverschiedenheiten hängen entweder vom Gegenstande derselben oder von der Art des Versprechens ab.

§. 621.

In Ansehung des Gegenstandes kann entweder eine Sache, oder der Gebrauch einer Sache, oder eine Handlung versprochen seyn.

§. 622.

§. 622.

Es kann ein einseitiges oder doppelseitiges Versprechen seyn; jenes ist ein *wohlthätiger* oder *unentgeltlicher*, dies ein *vergeltlicher* Vertrag (*pactum gratuitum* f. *beneficium et onerosum*). Einige werden bald unentgeltlich, bald für eine Vergeltung geschlossen.

§. 623.

Die vornehmsten unter den unentgeltlichen sind die *Schenkung*, das *Verleihen* und die *Niederlegung*; unter den vergeltlichen der *Kauf*, der *Tausch*, und die *Miethe* nebst den *ungenannten* Contracten; von beiden Arten können seyn das *Darlehn* und die *Bevollmächtigung*.

§. 624.

Die Begriffe aller dieser Verträge sind an sich natürlich und leicht zu entwickeln (§. 241.); ihre weitem Bestimmungen aber sind größtentheils bloß willkürlich und hier also nur problematisch vorzutragen. Die Gründe zu der positiv festzusetzenden Gültigkeit dieser Bestimmungen liegen theils in der *Natur der Sache*, d. h. in den positiv festgesetzten Grundbegriffen der Verträge, theils in den andern im Staat vorwaltenden Umständen.

§. 625.

§. 625.

Die *Schenkung* (*donatio*) ist ein Vertrag, durch welchen man jemanden *eine Sache* unentgeltlich überläßt. Sie geschieht entweder *unter Lebenden* (*d. inter vivos*), oder *auf den Todesfall* (*d. mortis causa*); ferner entweder zur Belohnung empfangener Wohlthaten (*d. remuneratoria*) oder ohne Rücksicht auf solche (*d. simplex*).

1. Acceptation ist bey ihr, wie bey andern Verträgen, nöthig (§. 248.).
2. Zu bestimmen sind folgende Fragen, die wir des Beyspiels wegen anführen wollen: Ist ein Vertrag, worinn etwas wenigens von der andern Seite gegeben wird, eine Schenkung? Wann geht das Eigenthum bey der Schenkung über? Ist eine Schenkung auf den Todesfall widerruflich? Sollen die Zeichen für alle Schenkungen gleich seyn? (gerichtliche Bestätigung der größern Schenkungen etc.). Kann man die Schenkung unter den Lebenden wegen Undankbarkeit, oder wegen nachgebohrner Kinder, oder wenn der Schenkende selbst nothleidet, widerrufen? Gilt eine Schenkung zwischen Eheleuten? zwischen Vater und Kindern? u. s. w.

§. 626.

Das *Verleihen* ist ein Vertrag, durch den man einem den *Gebrauch einer Sache* unentgeltlich verstattet.

1. Ist

1. Ist dieser Gebrauch, und besonders die Dauer, bestimmt; so nennen es die römischen Rechtsgelehrten *commodatum*; ist er es nicht, so heisst es *precarium*.

2. In wie weit ist der Inhaber einer solchen Sache für die Beschädigung derselben zu stehen verpflichtet? Wer muss die Kosten für die Erhaltung tragen? Kann der Eigenthümer die Sache zurückfordern, wenn er sie braucht? u. s. w.

§. 627.

Die *Niederlegung* (*depositum*) ist ein Vertrag, durch welchen sich jemand verbindlich macht, eine ihm übergebene Sache *unentgeltlich* in *Verwahrung* zu nehmen.

Kann der Depositor die Sache gebrauchen? Wie bald muss er sie wiedergeben? wie lange sie verwahren? In wie weit muss er für den Schaden stehen? u. s. w.

§. 628.

Bey einem vergeltlichen Verträge hängt die Bestimmung des Werths einer Sache bloß von der Willkühr der Vertragsschliessenden Personen ab; daher ist der Begriff von *Verletzung* (*laesio*), darauf sich beziehendem *Irrthum*, u. s. w., nur im Staate bey einem ausdrücklich oder durch Gewohnheit bestimmten Werthe möglich.

Im Staate ist es zuweilen gut, den Werth von Sachen festzusetzen.

§. 629.

§. 630.

Der Kauf (*emptio venditio*) ist die Veräußerung einer Sache gegen Geld.

1. *Emptio strictae sic dicta, emptio rei speratae, emptio spei, emptio in genere et in specie.*

2. Wann ist ein solcher Vertrag völlig geschlossen? Wann geht das Eigenthum der gekauften Sache und die Gefahr auf den Käufer über? Muß Eviction geleistet werden? u. f. w.

§. 631.

Die Miete (*locatio conductio*) ist ein Vertrag, durch welchen einer dem andern für eine Vergeltung (*locarium*) den Gebrauch einer Sache überläßt (*locatio conductio rerum*) oder Dienste zu leisten verspricht (*l. c. operarum*).

1. *Locatio conductio operarum* ist verschieden von *locatio conductio operis*.

2. Kauf bricht nach dem Naturrecht nicht Miete; der Staat darf dies bestimmen; denn er sagt hier in der That weiter nichts, als daß jeder Miethcontract im Staate nicht anders geschlossen werden solle, als unter der Bedingung, daß die gemiethete Sache nicht verkauft werde.

3. Wer trägt die Gefahr? Wer leidet den Schaden? Wer erhält die Sache? Ist *Aftermiethung* (*sublocatio*) erlaubt? Kann der Miethsmann Erlassung am Miethgelde fordern?

4. Ein ähnlicher, obgleich in mehreren Stücken ganz anders bestimmter, Vertrag ist der *Lehnscontract* (*contractus feudal*).

§. 631.

Der *Tausch* (*permutatio*) ist ein Vertrag, vermöge dessen man eine *Sache für eine andre* giebt.

§. 632.

Ueberläßt man jemanden eine fungible *Sache* eigenthümlich, mit der Bedingung, daß er eine andre von gleicher Menge und Beschaffenheit wiedergeben soll, so heisst dies ein *Darlehn* (*mutuum*).

1. *Fungible* Sachen sind solche, die nach Zahl, Maass und Gewicht bestimmt werden können, oder (nach einer andern Bestimmung) solche, die nur in sofern gebraucht werden können, als man sie zerstört oder veräußert.
2. Wann wird der Empfänger Eigenthümer des Darlehns? In welcher Münze muß ein Darlehn in Gelde bezahlt werden?

§. 633.

Zins (*usura*) heisst eine Sache, die für den Gebrauch einer dargelehnten Geldsumme

T

gege-

gegeben wird. Das Darlehn ist entweder *verzinslich* oder *unverzinslich*.

1. Im Deutschen bedeutet *Zins* eigentlich im allgemeinen eine Sache, die für den Gebrauch einer andern gegeben wird, und begreift alsdenn auch das noch, was im lateinischen *census* und *locarium* genannt wird.
2. Sind Zinsen erlaubt? Kann man Zins von Zinsen nehmen? Was ist Wucher? Ist er verboten? — Geht ein Gläubiger andern vor? u. f. w.

§. 634.

Die *Bevollmächtigung* (*mandatum*) ist ein Vertrag, wodurch einer (*mandatarius*) verspricht, die Geschäfte eines andern (*mandantis*) im Namen desselben zu verrichten. Dies Geschäft wird durch die *Vollmacht* übertragen.

1. *Mandatum universale et particulare; generale s. cum libera et speciale; expressum, tacitum et praesumptum.*
2. Wie weit muß der Bevollmächtigende für des Bevollmächtigten Handlungen stehen? Muß die Bevollmächtigung unentgeltlich seyn? (Wäre sie vergeltlich, so würde es eher ein Miethcontract seyn, allein ein *Honorarium* läßt man doch zu) u. f. w.
3. Vom Gesellschaftsvertrag s. oben (§. 284. flg.).

§. 635.

Es giebt noch mehrere Arten von Verträgen, worinn man Sache für Sache, oder Sache für Hand-

Handlung, oder Handlung für Handlung leistet, die im positiven Recht keinen besondern Namen haben, und daher *ungenannte Contracte* (*contractus innominati*) genannt werden.

§. 636.

Einige Verträge können erst im Staate eingegangen werden, besonders die, welche den Erben Rechte geben (§. 280.), z. E. *Emphyteusis*, Erbpacht, Erblehn u. s. w.

§. 637.

In Ansehung der Art, Verträge zu schließen, sind die Verträge *bedingt* oder *unbedingt* (§. 242.).

Die bedingten Verträge sind entweder solche, zu deren Wesen die Bedingung gehört, z. B. Spiel, Wette, Affecuration etc., oder solche, die es durch einen Zusatz werden.

§. 638.

Ferner können es *einfache* oder *verstärkte* Verträge seyn.

§. 639.

Ein Mittel, jemand zur Erfüllung einer Verbindlichkeit noch mehr zu verbinden, oder

wenigstens den aus der Nichterfüllung entstehenden Schaden abzuwenden, heißt eine *Sicherheitsleistung* (*cautio*). Das durch eine solche erhaltene Recht richtet sich ganz nach dem Rechte, zu dessen Sicherheit sie eingegangen ist.

§. 640.

Die Sicherheitsleistung, wenn sie durch Verträge eingegangen wird, besteht entweder in einer auf die Nichterfüllung gesetzten Strafe, oder in einem *Eid*, oder in einer *Bürgschaft*, oder in einem *Pfande*, oder in einer Verpflichtung zu *persönlichem Arrest*.

§. 641.

Die Strafe hängt meistens ganz vom Willen der vertragsschließenden Partheyen ab.

§. 642.

In Ansehung des Eides ist hier nichts neues (§. 260 - 262.) im allgemeinen zu merken; doch kann der Staat noch mancherley bestimmen.

Ist eine gegen eine eidliche Verpflichtung vorgenommene Handlung gänzlich nichtig?

§. 643.

§. 643.

Die *Bürgschaft* (*fidejussio*) ist ein Vertrag, wodurch sich jemand verbindlich macht, etwas auf den Fall zu leisten, wenn es der, dem eigentlich die Verbindlichkeit obliegt, nicht leisten sollte.

1. Es ist nicht immer nöthig, daß dasselbe geleistet werde.
2. Die Bürgschaft ist von der gänzlichen *Uebernahme der Schuld* (*expromissio*) verschieden.
3. Hat die *Einrede der Excussion* oder der *Ordnung* statt? Können Weiber sich gültig verbürgen?

§. 644.

Die *Verpfändung* (*oppigneratio*) ist ein Vertrag, wodurch der, welcher eine Verbindlichkeit gegen einen andern hat, diesem zur Sicherheit ein Recht auf eine ihm gehörige Sache giebt.

1. Pfand im eigentlichen Verstande und Hypothek.
2. Gegen wen erhält man aus diesem Vertrag ein Recht? und wie weit geht es in jedem Fall? Hört die Forderung des Gläubigers auf, wenn das Pfand durch einen Zufall zu Grunde gehet? Darf der Gläubiger von dem Pfande Nutzen ziehen? (*Antichretischer Vertrag*). Darf man bey dem Pfande einen commissorischen Vertrag schließen? Darf man das Pfand wegen einer andern Schuld behalten?

3. Auch für die Verträge der Ehe und der Gesellschaft zwischen Herrn und Knecht müssen Bestimmungen auf solche Fälle, wo nicht Verabredung der Partheyen zur Entscheidung hinreicht, gemacht werden.

§. 645.

Außer dieser Eintheilung der Verträge in Classen muß der Staat noch mehr in Ansehung derselben bestimmen; dahin gehört die Art, die Verträge einzugehen. Der Staat muß bestimmen, wie solche Leute, die keine Einwilligung geben können, Güter erwerben oder weggeben sollen; was für ein Recht aus Versprechen entstehen soll, welche der, dem sie gethan sind, nicht annehmen konnte u. s. w.

1. Erdichtete Einwilligung kann im Staate eingeführt werden (§. 247. Anm. 3.). Eben so können auch über Pollicitation (§. 248. Anm. 1.), Pönitenz (§. 270.) etc., neue Bestimmungen im Staat erscheinen. *Grotius de I. B. et P. L. II. c. 11. §. 14.*

2. Besondere Feyerlichkeiten bey jedem Vertrage; römische *Stipulatio*.

§. 646.

So muß auch der Staat die Arten, Verträge aufzuheben, genauer bestimmen. Die allgemeine Eintheilung bleibt wie im Naturstande (§. 269-274.); sie werden aufgehoben durch gegen-

gegenseitige Einwilligung, durch Erfüllung und durch äußere Zufälle.

§. 647.

Im ersten Falle ist entweder gänzliche Erlassung, oder Vergleich (§. 272.).

§. 648.

Die gänzliche Erlassung ist entweder einseitig oder gegenseitig. Jene heißt *Erlassung* im eigentlichen Verstande (*remissio*); diese ist die gänzliche Aufhebung eines gegenseitigen Vertrags (*diffensus mutuus*).

1. Wenn bey den Römern zur Erlassung die bestimmten Feyerlichkeiten hinzukamen, so hieß sie *Acceptilatio*.
2. Zur ersten ist, um das Zwangsrecht aufzuheben, Acceptation eigentlich nicht nöthig. Wäre sie hinzugekommen; so wäre dies ein *pactum de non petendo*.

§. 649.

Der Vergleich kann mehrere Unterarten haben: Entweder kann der Pflichttragende oder ein anderer noch eine Verbindlichkeit übernehmen, oder das Zwangsrecht kommt auf einen andern.

§. 650.

Uebernimmt der Pflichttragende eine Verbindlichkeit dabey; so ist die übernommene Verbindlichkeit entweder ein Theil der vorigen oder eine ganz neue. Jenes heist im eigentlichen Verstande *Vergleich* (*transactio*), dieses *Novation*.

§. 651.

Entsteht für einen andern dabey eine Verbindlichkeit statt des ersten Pflichttragenden; so geschieht dies entweder ohne Zuthun des ersten Pflichttragenden (*expromissio*), oder mit Zuthun desselben, aber doch auch mit eigener Einwilligung des neuen Pflichttragenden (*delegatio*), oder aber ohne diese Einwilligung (*assignatio*).

§. 652.

Ueberträgt der Rechthabende das Zwangsrecht einem andern; so heist dies *Cession*. Diese kann ohne Einwilligung des Pflichttragenden nicht geschehen.

Eigentlich ist Assignation und Cession immer zusammen; daher dann zur Assignation in der Folge wenigstens Einwilligung hinzukommen muß.

§. 653.

§. 653.

Durch Erfüllung wird ein Vertrag aufgehoben: 1) wenn man wirklich das erfüllt, was man versprochen hat — *Zahlung (solutio)*; 2) wenn man etwas anders erfüllt, was der Rechthabende als gleichgeltend annimmt — *Gebung an Zahlungsstatt (Datio in solutum)*; 3) wenn beide Partheyen Zwangsrechte gegen einander haben und sie gegenseitig aufheben — *Gegenrechnung (compensatio)*.

Wenn aber der Rechthabende die Erfüllung nicht annehmen will, so ist in unserm Staate auf den Fall *Darbietung und gerichtliche Niederlegung (oblatio et depositio)* als hinreichend eingeführt.

§. 654.

Durch äussere Zufälle werden die Zwangsrechte noch auf mancherley Art aufgehoben: 1) durch den *Tod* des Rechthabenden und Pflichttragenden; wenn der Staat nicht die Fortdauer der Verbindlichkeit eingeführt hat; 2) durch den Untergang der Sache, der entweder durch Zufall oder durch eines Menschen Schuld geschehen kann; in welchem letztern Fall gesetzlicher oder conventioneller Ersatz statt finden kann; 3) dadurch dass Recht und Pflicht auf eine Person kommen (*confusio*).

1. Dies letztere ist im Staat fast allein denkbar.
2. Was im eigentlichen Naturrecht von Aufhebung der Verträge durch Ablauf der Zeit, Eintritt der Bedingungen, Veränderung der Umstände (§. 274. u. a.) etc. gesagt worden, gilt auch hier; doch kann der Staat noch manches ändern.

§. 655.

In Ansehung der schon erworbenen Rechte muß der Staat den Unterschied der eigenthümlichen, der gänzlich herrenlosen und noch nie besessenen Sachen durch Zeichen angeben.

§. 656.

In Ansehung der herrenlosen muß er bestimmt angeben, was zu solchen zu rechnen sey, oder was schon dem Eigenthum dieses oder jenes Menschen, selbst wenn er es nicht weiß, (vergl. §. 645. u. a.) zugerechnet werde; ferner was von denselben nicht jedem, sondern nur einer gewissen Classe von Menschen, oder dem Staat zu erwerben erlaubt sey (§. 552.).

§. 657.

In Ansehung der schon besessenen Sachen muß die Gesetzgebung auf den Todesfall des Eigenthümers und auf den Fall der Verlassung Bestimmungen festsetzen.

1. Für

1. Für jenen Fall hat unsre Gesetzgebung, theils durch Angabe von Arten, wie der Eigenthümer eine Sache auf andre bringen kann, theils durch gesetzliche Vorschriften auf den Fall, daß er nichts verordnet hätte, geforgt. Erbvertrag (§. 282.) mit den genauern Bestimmungen des Staats. Testamente (§. 283.). Intestaterbfolge (§. 280.) Succession des Fiscus.
2. Um allem Streit wegen verlassner Sachen vorzubeugen, ist *Verjährung* (§. 279.) eingeführt.
3. Wegen geraubter Sachen hat der Staat, wie wegen aller andern, die durch eigne Schuld eines Menschen am Werth verloren haben, Ersatz für den Eigenthümer eingeführt; auch nach den Umständen Ersatz für den Staat und Strafe.

§. 658.

Endlich muß der Staat noch genauer bestimmen, wer die Zwangsrechte für andre ausüben soll; folglich Richter setzen, die sie im Namen des Staats (§. 537.) ausüben, aber auch zugleich die Nothfälle bestimmt auszeichnen, wo jeder für sich selbst Zwangsrecht ausüben kann.

§. 659.

Ferner muß auch der Staat die Art bestimmen, wie man sein Recht suchen, oder sich Hülfe für seine Zwangsrechte erbitten, sie beweisen soll, u. s. w., und wie der Richter darüber

über erkennen, und sie schützen soll. Das heisst: Der Staat muß den *Proceß* einrichten (§. 572.).

Auch im *Proceß* müssen oft Zeichen statt Wirklichkeiten (§. 537.), der Natur der Sache nach, gelten; folglich muß der *Proceß* Förmlichkeiten haben. Die Politik giebt hievon noch andre Ursachen an; doch lehrt sie auch, daß ihrer nicht zu viel seyn müssen.

§. 660.

Auch in Ansehung der Selbsthülfe muß der Staat Art und Verfahren bestimmen.

§. 661.

Dies sind die Gründe alles Privatrechts, soviel man davon ohne willkührliche Voraussetzung sagen kann. Nun lehrt ferner die Politik, was für Gesetze im allgemeinen und im besondern rathsam sind, die Philosophie des Rechts, was aus willkührlich bestimmten Voraussetzungen für natürliche Folgen fließen, und endlich das positive Recht, was in jedem einzelnen Falle wirklich bestimmt sey.

Register

der merkwürdigsten Sachen.

Die erste Zahl zeigt die Seite, die zweyte den Paragraphen an, und die dritte, mit einem N. davor, eine Anmerkung. Falls aber nur eine Anmerkung, mit dieser Ziffer bezeichnet, auf der angegebenen Seite befindlich ist; so ist die Zahl des §. als überflüssig weggelassen.

A.

Aemter 182. N. 2.

Anarchie 302. N. 1.

Antrieb 4. N. 1.

Aufklärung, Cultur, widerspricht nicht der Idee des Naturstandes 8. 17.

— — und Religion ohne Handlungen kann nie schaden 254. 545.

Aufsicht über Beamte, ein Recht des Oberherrn 188. 385.

B.

Bedingungen bey Verträgen 113. 242.

Befugniß 2. 3.

Be.

Begriffe, allgemeine, von gut und böse, Recht und Unrecht,
haben alle Menschen 34. N. 2.
35. N. 8.

Besitz 97. 201.

— als Zeichen des Eigenthums 281. 613.

Besitzer, redlicher und unredlicher, 100. N. 1.

Besitznehmung 95. 197.

— — — vermeynte 100. 209.

— — — im Kriege 241. 514.

Betrug 117. 251.

— in wie weit er im Kriege erlaubt sey 238. 504.

Betrüger, gegen sie kann man sich durch Zwang schützen
56. N. 2.

Beute 241. 514.

Bevollmächtigung 290. 635.

Beweis seines Rechts 74. 165.

Bewußtseyn des Willens führt zugleich Bewußtseyn der
Gesetze mit sich 31. 60.

Bürgschaft 293. 644.

C.

Cession 296. 653.

Collisionen, was sie seyn und wodurch sie gehoben wer-
den 29. 57. 51. 100.

— — — Regeln für dieselben 76. 167. u. f. w.

Contract, ungenannter 291. 636.

Creditiv und Vollmacht der Gesandten 426. 471.

D.

Darlehn 289. 633.

Durchgang durch fremdes Gebiet 220. 452.

E.

Ehe 142. 300.

— einfache, vielfache, temporäre, lebenslängliche 144.
305. u. f. w.

Ehe

- Ehe, wodurch sie aufgehoben werde 148. 317.
 — Rechte des Staats in Ansehung derselben 261. 565.
 Ehebruch 148. 314.
 Ehescheidung 149. 318.
 Ehre, natürliche, ursprüngliche 62. 132.
 — Erwerbung und Schützung derselben 103. 215.
 — Rechte derselben im Staat 259. 560.
 Eid 122. 260.
 —, zu demselben giebt es ein Zwangsrecht 72. 156.
 Eigenthum 87. 181.
 — — Rechte desselben 98. 204.
 Eigenthum am Meer 218. 446. N. 1.
 — — — Arten der Aufhebung desselben 101. 210.
 — — — Verletzung 101. 211.
 — — — Einschränkung desselben im Staat 259. 557.
 — — — vermeyntes 100. 209.
 — — — gemeinschaftliches 99. 207.
 — — — gemeinschaftliches und vermeyntes unter
 Völkern 221. 453. u. 454.
 Eigenthumsrecht, Grund desselben 89. 185.
 Einwilligung 104. 217.
 — — — ausdrückliche, stillschweigende 115. 247.
 — — — muß frey seyn 120. 256.
 Eltern, wenn neue Zwangsrechte derselben gegen die
 Kinder gelten können 262. N. 4.
 Erbrecht durch Vertrag 131. 282.
 Ergreifung 97. 202.
 Erkenntniß 59. 124.
 Ersatz, zu demselben giebt es kein urspr. Zwangsrecht 48. 93.
 — — im Staat festgesetzt 266. 575.
 — — wegen geraubter Sachen 299. N. 3.
 Erwerbung 92. 191.
 — — — Rechte des Staats in Ansehung derselben
 255. 549. u. f. w.
 — — — Einschränkung und Erweiterung derselben
 im Staat 257. 552. u. 553.
 Erwerbungsart 93. 194.
 Erziehung der Kinder 151. 322.

F.

Familie 160. 334.

Familienerbrecht ist nicht im N. R. 130. 280.

Freyheit des Willens, eine nothwendige Bedingung der Sittlichkeit 53. 103.

— — unumschränkte, in Ansehung alles Intellectuellen 59. 123.

— — innerliche 53. 103.

— — äußerliche 65. 141.

— — bürgerliche, ist von politischer zu unterscheiden 197. 404. N. 1.

Freylassung 160. 333.

Freystaaten 204. 418.

Friede 242. 517.

— ewiger 242. 518.

G.

Gebrauch, ausschließender 87. N. 2.

— — unschädlicher 99. 206.

— — — — unter Völkern 220. 452.

Gefangenschaft, bloße, macht weder einen zum Knecht noch zum Unterthan 240. 515.

Gegenversprechen 105. N. 2.

Geißeln, Rechte in Ansehung derselben 229. 423.

Gelübde 116. 246. N. 2.

Gefandter 224. 467.

— — dessen Rechte und Pflichten, wovon sie abhängen 227. 476. u. 477.

Gesellschaft 132. 284. 140. 296.

— — — Nutzen und Schaden derselben 177. 361. u. f. w.

— — — Eintheilungen derselben im Staat. ebenda.

— — — Rechte des Staats in Ansehung derselben 260. 561.

Gesellschaften, in wiefern sie im Staat eingegangen und verhindert werden können 198. 406.

Gesellschaftsrecht, allgemeines 9. 20.

- Gesellschaftsrecht, einheimisches, auswärtiges, ursprüngliches, erworbenes 135. 289. u. f. w.
- Gesetze, sittliche, ihre Unverbrüchlichkeit, wovon sie abhänge 31. 61. u. 62.
- — Kennzeichen derselben 31. 63. u. 64-46. N. 1.
- Gesetzgebung, ein Recht der höchsten Gewalt 186. 382.
- Gesundheit und Wohlbefinden 67. 116.
- Gewalt, gerechte, ungerechte 121. 259.
- — elterliche 153. 323.
- — Zwangsrechte derselben, wann sie aufhören 156. 326.
- — Rechte des Staats in Ansehung derselben 262. 566.
- — höchste 183. 378.
- — — — Rechte derselben, woraus sie fließen 185. 380.
- Gewissensfreyheit 254. N. 2.
- Gleichheit der Menschen 64. 137.
- Glückseligkeit und Mittel dazu kann durch Zwang erhalten werden 63. 134.
- Grundsatz der Sittlichkeit 32. 64.
- Gundling und Gerhard 17. 41.
- Gut, was es sey 44. 84.
- geraubtes, kann ich wiedernehmen 47. 92.
- — — — 49. 94.
- — — wird ersetzt im Staat 299. N. 3.
- Güter, erworbene, stehen der Staatsverbindung nach 250. 534.

H.

- Handlung. Freyheit derselben unter Völkern 222. 459.
- — mit einem bestimmten Volk 222. 460.
- Handlungen, erlaubte, unerlaubte 1. 1.
- — freywillige, unfreywillige 274. 597.
- — strafbare 269. 582.
- — moralische, werden durch die Absicht bestimmt 274. 596.

H

Hand-

Handlungen, sittliche, das Vermögen sie auszuüben wird
durch Zwang erhalten. 60. 125.

— — —, Erfodernisse zur subjectiven Güte derselben
274. 598.

— — zur Vervollkommnung; Recht sie auszuüben
58. 121.

Herrschaft, Recht derselben 158. 329.

Hülffleistung darf ein Volk dem andern unaufgerufen er-
weisen 215. 439.

J.

Irrthum 118. 254.

Jus naturae et gentium, Ursprung der Benennung 14. 35. N. 2.

Justiz mit dem Executionsrecht verbunden 190. 390.

K.

Kauf 288. 630.

Kirche 162. 336 - 166. 343.

Kirchengewalt. Regierung der Kirche. Gesellschaftsrechte
d. K. 166. 344.

Knecht 158. 329.

Knechtschaft wird nur durch einen Vertrag gegründet
158. 330.

— — — Rechte des Staats in Ansehung derselben
262. 567.

Krieg 233. 492.

— Ursachen zum Krieg 234. 495.

- Krieg, Arten, desselben — 236. 500.
 — gerechter 236. 502.
 — rechtmäßige Mittel in demselben 237, 503.
 Kriegsankündigung 236. 501.

L.

- Leben 53. 104.
 — Mittel zur Erhaltung desselben 54. 107.
 Leben, darf der Staat nicht nehmen 253. 541.
 Lehr- und Schreibefreyheit 255. 546.
 Lehrbegriff, festgesetzter, Dauer seiner Gültigkeit 164. 541.
 Leib 56. 113.

M.

- Majestät 183. 378.
 Majestätsrechte 184. N. 6.
 — — — in Ansehung der Religion 263. 568.
 Metapolitik 176. 358.
 Miethe 288. 631.
 Milderungsurfachen 269. 585.

N.

- Naturrecht, dessen Gegenstand 5, 8. 6, 12. 26, 50. 27, 52.
 — — Eintheilung 8. 18. 11. 19.
 Naturrecht, zu welchem Zweck es brauchbar, 7. 15.

Naturrecht im weitern Verstande 11. 25.

— — Nutzen und Geschichte 11. 28. u. f. w.

— — das Erwerbliche 83. 176.

Naturrecht hängt von der Vernunft ab 25. 48.

— — Eigenschaften desselben 26. 49.

Naturstand 6. 10.

Niederlegung 287. 627.

Nothgebrauch 99. 206.

— — unter Völkern, Beyspiel davon 220. 451.

Nothrecht, Nothfall 51. N. 1.

Novation 296. 651.

Q.

Oberaufsicht, Obereigenthum in der Kirche 264. 571.

— — ein Recht der höchsten Gewalt 192. 393.

Obereigenthum 193. 394.

Oberherren 138. 292. - 185. 379.

— — in wiefern sie sich ihrer Rechte begeben können.
195. 399.

— wenn sie gestraft werden können 200. N. 1. u. 2.

— — können Verträge im Namen des Volks schließen 224. 464. u. 465.

Oberherrschaft, eingeschränkte, uneingeschränkte 184.
N. 3. 139. 291.

P.

Pflichten 2. 2.

— der Moral und des Naturrechts sind nicht unterschieden 27. 52.

Politik kann verbieten, was nach dem Naturrecht nicht ganz unerlaubt ist 11. 27.

Polizey, ein Recht der höchsten Gewalt 192. 392.

Privatfürstenrecht 194. 396.

Proceß 300. 660.

Pufendorf, der wahre Vater des Naturrecht 16. 39.

R.

Rechte 74. 163.

Rang giebt es nach dem Naturstande nicht 65. 140.

Recht 3. 4.

— allgemein. bürgerl. 10. 24. - 244. 521.

— — — — — Stoff desselben 248. 529.

— äußerstes 193. 394.

— auf das Vermögen des Unterthanen 187. 384.

— des Kriegs und Friedens 190. 389.

Recht, einzelne Befehle zu geben 137. 237.

— öffentliche Aemter einzurichten 188. 385.

Recht, positives, was es ändern könne 252. N. 2.

Rechte, zwey Classen derselben 4. 7.

— fehlerhafte Eintheilung derselben. 5. 7.

— sind nicht eines jeden Willkühr überlassen 46. N. 2.

— wer sie im Naturstande ausübt 45. 87.

— erworbene, darf der Staat erweitern und einschränken 258. 555.

— Vermehrung und Bestimmung derselben im Staat 259. 558.

— des Volks, ursprüngl., erworbene 213. 434.

— Verletzung derselben 231. 488.

Rechtstitel 93. 193. - 280. 611.

Reciprocität der Rechte und Pflichten zweyer Menschen
27. 51.

Regel, Fragen aus dem positiven Recht nach dem N. R.
zu beurtheilen 85. N. 1.

Regierung des Staats 185. 379.

Regierungsform 203. 416.

— — einfache, zusammengesetzte 204. N. 2.

— — Arten derselben 204. 419. u. 420.

Religion und Religionshandlungen 61. 126.

Religionseid 165, 341.

Religionsgesellschaft, gleiche, ungleiche 167. N. 1.

— — Rechte des Staats über dieselben 264. 571.

Religionsmeynungen, wann der Staat sie verbieten dürfe
254. N. 1.

Religionsübung 161. 335.

Repräsentationsrecht 189. 306.

Richter ist nicht im Naturstande 45. 86.

— muß der Staat setzen 299. 659.

S.

Sache 84. 178-86. N. 2. u. 3.

— eigenthümliche, herrenlose 91. N. 1.

— herrenlose, schon besessene im Staat 299. N. 3.

Schenkung 286. 625.

Schmerz 67. 116.

Schuld, Verschulden 275. 601.

— Grade derselben 375. N.

Sclav 158. 329.

Selbsterhaltung, nützliche Einrichtung des Triebes 54. N. 2.

Selbsthülfe im Staat 251. 538. - 300. 661.

Selbst-

Selbstmord 54. N. 3.

— — Verhinderung desselben 69. 149.

— — darf der Staat nicht der Willkühr der Menschen
überlassen 253. 341.

Seele 55. 109.

Seelenkräfte, ihre Ausbildung mehrt die Vollkommenheit
58. 122.

Sicherheit, Recht derselben 74. 162.

Sicherheitsleistung 291. 640.

Sittlichkeit, die ersten Grundsätze derselben sind nöthig
im N. R. 29. 58.

— — darf der Staat nicht einschränken 253. 542.

— —, erläuternde Betrachtungen über die Gründung
derselben 33. 64.

Staat 171. 351.

— Eintritt in denselben 249. 530.

— einziger Grund desselben 178. 365.

— Errichtung desselben ist Pflicht 177. 364.

— im Staate 198. 406.

Staat, Verhältniß des Menschen in demselben 9. 21.

— was er nicht ändern dürfe 252. 539.

— zwey Bedeutungen desselben 181. 373.

— Zweck desselben 180. 371.

Staaten, verbundene 205. 421.

Staatenystem 205. 421.

Staatsrecht, allgemeines 10. 22. - 171. 352.

— — angewandtes 201. 412.

Stand 5. 9.

Strafe 114. 243.

Strafen, uneigentliche, eigentliche 266. 577. u. f. w.

Strafrecht gehört der höchsten Gewalt 191. 391.

Streitigkeiten unter Völkern, friedliche Mittel sie beyzulegen 235. 499.

Symbol, Symbol. Buch 164. 339.

T.

Tausch 289. 632.

Territorialeigenthum 219. 450.

Testamente, ihre Gültigkeit ist im Naturstande nicht zu denken 131. 283.

Thomasius. 17. 40.

Todesstrafen sind in der Regel unerlaubt 267. 581.

Tyrannen, Befreyung von, kann durch Zwang geschehen 216. 441.

U.

Ueberzeugung, eigne freye, darf nicht eingeschränkt werden 163. 338.

Unterthanen 138. 292. - 196. 400.

— — Rechte des einzelnen 196. 402.

Unterwerfungsvertrag 138. N. 2.

Unwissenheit 276. 604.

V.

Verbindlichkeit 2. 2.

Verleihen 286. 626.

Verdienst 275. 600.

Vereinigungsvertrag 134. 285. N. 1.

- Vergehen, vorsätzliches 275. 600.
- Vergleich im eigentlichen Verstande 296. 651.
- Verjährung gilt nicht im N. R. 129. 279.
- Verletzung 70. 152.
- Verlöbniß 146. 307.
- Vermögen, sich zu vervollkommen, ob es einzuschränken
254. 543. u. f. w.
- der Pflicht eine Gnüge zu leisten 274. 599.
- Vernunft erforderlicher Gebrauch derselben bey Ausübung
der Zwangsrechte 50. 99.
- Verpfändung 293. 645.
- Versprechen 105. 219.
- — Annahme desselben 106. 220.
- Vertheidigung, Recht derselben 73. 160.
- Vertrag 106. 221.
- — einseitige, doppelseitige 117. 250.
- — wiederrufliche, unwiderrufliche 129. N. 1.
- — zusammengesetzte, einfache 117. 249.
- — Erfüllung desselben 297. 654.
- — Erlassung — 295. 549.
- Verträge, ihr Unterschied 122. 263.
- — ihre Hauptverschiedenheiten 284. 620-291. 637.
- — Anstalten zur Erleichterung derselben im Staat
258. 555.
- — ihr Unterschied im Völkerrecht 221. 457.
- — mit dem Feind 238. 505.
- — nichtige 110. 234. u. 268.
- — werden auf dreyfache Art gehoben 125. 269.
- — die den Staat gründen 182. 374.
- — genauere Bestimmung derselben ist nöthig
281. 615.
- — Regeln der Auslegung derselben 282. 617. u. 618.

Vindication 102. 212.

Volk 206, 423. 209, 428.

— Eigenthum desselben 217. 443.

— in wie fern es einen Gesandten schicken könne
225. 469.

Völkerrecht, allgemeines 10. 23.

— — positives 207. 424.

— — Geschichte seiner Bearbeitung 207. 425.

— — Grundsatz 211. 432.

Völkerverträge, worauf sich ihre Giltigkeit gründe
229. 480.

— — — hinzugefügte Verstärkungen 229. 483.

— — — merkwürdigsten Unterschiede derselben
130. 485.

Völkerverträge, Mitwirkung eines dritten Volks 230. 448.

Vollkommenheit, ihre Theile 43. 80. u. 81.

— — — des Menschen 43. 79-44. 83.

— — — ihre Theile 52. 101. - 67. 118.

— — Maassstab d. V. andrer 69. 150.

— — Minderung desselben wie sie zu verhindern
47. 90. u. f. w.

— Mittel zu derselben, angebohrne 62. 132.

— — Mittel zur Erhaltung und Mehrung derselben
43. 82. 193. 395.

— — — —, die unmittelbar, oder erst künftig,
zu brauchen sind 62. 129. u. 130.

— — zur Mehrung derselben darf man den andern
nicht zwingen 81. 172.

— — — — kann die höchste Gewalt nicht zwingen
193. 394.

— — veräußerliche, unveräußerliche Theile derselben
67. 145. u. 146.

Vollmacht des Gesandten 227. 475.

Vormund 156. 327.

W.

Wahrscheinlichkeit, hohe, wann sie für Gewissheit zu nehmen 50. 97.

Werth einer Sache 287. 628.

Wesen, vernünftiges, ist nicht bloß ein Mittel zu höheren Zwecken 36. 66. u. 67.

— eigentliche Bestandtheile desselben 38. 68.

Wiederruf 72. 157. u. 158. N. 1.

Wille, praktische Vernunft 30. 59.

— die vornehmste Kraft des Menschen 52. 102.

Wille im Staat muß nur einer seyn 185. 381.

Wohl der Gesellschaft 135. 288.

Worte und Zeichen, wie sie zu betrachten seyn 71. 154.

Z.

Zahlung 126. 273.

Zeichen zur Begründung des Eigenthums sind im N. R. nicht nothwendig 90. 186-95. 199.

Zeichen zur Begründ. d. Eigenthums unter freyen Völkern 218. 445.

— im Staat in Ansehung erworbnener Rechte 271. 590. 298. 656.

— beste, für die Erwerbungsarten 280. 612.

Zins 289. 634.

Zoll, in wie weit er zu rechtfertigen sey 220. 452. N. 1.

Zufall bey einer Handlung 279. 609.

— äußerer, zur Aufhebung der Zwangsrechte 297. 655.

Zurechnung 269, 583. 272, 593. 273, 594.

— — wann sie nicht statt haben können 276. 602. u. s. w.

— — Regeln der bürgerlichen 277. 607. - 608.

Zu-

Zufage, wiederholte, zum Vertrag nicht nothwendig
106. 221.

Zuvorkommen, Recht des Zuvorkommens 73. 161.

Zuwachs 69. 200.

Zwang 4. 5.

— — gegen wen er auszuüben 50. 99.

— — in wie weit er in der Gesellschaft erlaubt sey
264. 570.

— — wovon er zu beweisen sey 27. 51.

— — was man dadurch erhalten dürfe 45. 88.

— — wie lange man dazu Recht habe 50. 98.

Zwangsmittel, erlaubte 49. 96.

— — gelinde 74. 165.

Zwangsrecht, Ausübung desselben im Staat 263. 573.

— — Ausübung desselben, wann es eintrete 73. 179.

— — Gründung desselben auf Pflichten 28. 55.

Zwangsrechte, von wem man sie durch Verträge erwerben
könne. 108. 227.

— — — gleiche, aller Menschen 64. 136.

— — — für Freunde 69. 148.

Zweck 32. 61.

— — d. sittlichen Gesetze, woraus sie bestimmt werden
36. 65.

Druckfehler.

Seite 17. v. o. Z. 9. *dissertatione* statt *dissertatio*.

S. 36. v. u. Z. 9. das zweyte als fällt weg.

S. 47. ist aus Versehen die Numer 89. bey den §§. weggelassen.

S. 205. Z. 5. v. o. *Reichsverweser* statt *Reichsweser*.

S. 236. Z. 8. v. u. *erhalten* statt *verhüten*.

S. 259. Z. 5. *Nutzung* statt *Nutzens*.

S. 288. müssen die §. Numern 629. 630. statt 630. 631. heißen.

JENA, gedruckt mit Göpferdtischen Schriften.





Hufeland, Gottlieb, / Cuno, Christian Heinrich, / Goepferdt, Johann
Christian Gottfried,

Lehrsätze des Naturrechts und der damit verbundenen Wissenschaften

Jena 1790

Ph.pr. 665

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040907-9

VD18 11355948